80. Sitzung

Mittwoch, den 21.03.2012

Erfurt, Plenarsaal

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Blehschmidt, DIE LINKE	7554
Leukefeld, DIE LINKE	7554
Emde, CDU	7555

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Ein Jahr nach Fukushima - Energiewende in Thüringen vorantreiben“ 7555

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/4163 -

Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	7555
Worm, CDU	7556
Hellmann, DIE LINKE	7557, 7558
Weber, SPD	7558, 7559, 7559, 7565, 7566
Hitzing, FDP	7559
Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	7560, 7560, 7564
Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	7563

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Anerkennung von Erziehungsleistungen in der Rente verbessern“ 7566

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/4182 -

Worm, CDU	7566, 7571
Koppe, FDP	7567
Bärwolff, DIE LINKE	7568, 7572
Künast, SPD	7569
Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	7569
Stange, DIE LINKE	7571
Dr. Schubert, Staatssekretär	7572

c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Equal Pay Day - Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen in Thüringen überwinden“ 7573

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/4183 -

Pelke, SPD	7573
Leukefeld, DIE LINKE	7574
Holzappel, CDU	7575
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	7576
Untermann, FDP	7577, 7578
Barth, FDP	7579
Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	7579

d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Soziale und rechtliche Gleichstellung von Flüchtlingen als Beitrag zum Abbau rassistischer Einstellungen in Thüringen durchsetzen!“ 7581

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/4209 -

Berninger, DIE LINKE	7581, 7582, 7582, 7586
Holbe, CDU	7582
Bergner, FDP	7583, 7586
Kanis, SPD	7583
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	7584, 7587
Rieder, Staatssekretär	7586, 7588

e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP zum Thema: „Umweltzone - Ein Modell für saubere Luft in Thüringer Kommunen oder Wachstumsbremse?“ 7588

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/4210 -

Aussprache

Untermann, FDP	7588, 7589, 7595
Wucherpfennig, CDU	7589
Dr. Lukin, DIE LINKE	7590, 7591, 7595
Weber, SPD	7591
Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	7591, 7595
Kuschel, DIE LINKE	7592
Richwien, Staatssekretär	7593, 7593

**Fünftes Gesetz zur Änderung
des Thüringer Landeswahlge-
setzes**

7596

Gesetzentwurf der Fraktionen
der CDU und der SPD
- Drucksache 5/4064 -
dazu: Beschlussempfehlung des
Innenausschusses
- Drucksache 5/4205 -
dazu: Änderungsantrag der Frak-
tion DIE LINKE
- Drucksache 5/4215 -
ZWEITE BERATUNG

*In getrennter Abstimmung zu den Nummern I. 1 bis 3, I. 4 sowie
II. wird der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.*

Die Beschlussempfehlung wird angenommen.

*Der Gesetzentwurf wird unter Berücksichtigung der Annahme der
Beschlussempfehlung in ZWEITER BERATUNG und in der
Schlussabstimmung jeweils angenommen.*

Kuschel, DIE LINKE	7596, 7598
Hey, SPD	7597, 7597, 7597, 7598, 7598
Blehschmidt, DIE LINKE	7597
Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	7598
Fiedler, CDU	7599
Hauboldt, DIE LINKE	7600
Bergner, FDP	7602
Stange, DIE LINKE	7603
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	7604

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Carius, Diezel, Emde, Fiedler, Grob, Gumprecht, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, von der Krone, Lehmann, Meißner, Mohring, Primas, Scherer, Schröter, Tasch, Walsmann, Wetzel, Worm, Wucherpfennig, Dr. Zeh

Fraktion DIE LINKE:

Bärwolff, Berninger, Blechschmidt, Hauboldt, Hausold, Hellmann, Hennig, Dr. Kaschuba, Keller, Dr. Klaubert, König, Korschewsky, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Dr. Lukin, Ramelow, Renner, Sedlacik, Stange, Wolf

Fraktion der SPD:

Baumann, Döring, Doht, Eckardt, Gentzel, Dr. Hartung, Hey, Höhn, Kanis, Künast, Lemb, Marx, Metz, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Taubert, Weber

Fraktion der FDP:

Barth, Bergner, Hitzing, Kemmerich, Koppe, Untermann

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Dr. Augsten, Meyer, Rothe-Beinlich, Schubert, Siegesmund

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Die Minister Carius, Machnig, Taubert, Dr. Voß, Walsmann

Beginn: 14.01 Uhr

Präsidentin Diezel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich heiÙe Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Sitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne. Ich begrüÙe unsere Gäste auf der Zuschauertribüne und die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Besonders herzlich möchte ich zum ersten Mal im Hohen Hause die neue Staatssekretärin im Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Frau Inge Klaan, begrüÙen. Herzlich Willkommen!

(Beifall im Hause)

Als Schriftführerin hat neben mir Platz genommen die Frau Abgeordnete Berninger. Die Rednerliste führt die Frau Abgeordnete Kanis.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt - hier haben wir eine leider sehr lange Liste: Herr Abgeordneter Kubitzki, Frau Abgeordnete Jung, Herr Abgeordneter Bergemann, Herr Abgeordneter Günther, Herr Abgeordneter Krauße, Herr Abgeordneter Recknagel, Herr Abgeordneter Dr. Voigt, Herr Abgeordneter Schröter zeitweise, Herr Abgeordneter Meyer, die Frau Ministerpräsidentin Lieberknecht, der Minister Geibert, der Minister Dr. Poppenhäger und Herr Minister Reinholz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, gestatten Sie mir folgende Gedanken. Der heutige 21. März wird weltweit als Internationaler Tag gegen Rassismus begangen. Die Vereinten Nationen haben diesen Gedenktag 1966 ausgerufen, um auf die vielen Gesichter des Rassismus aufmerksam zu machen und eine aktive und offene Auseinandersetzung mit diesem Thema zu befördern. Auch in Deutschland müssen wir uns intensiv mit dieser Problematik auseinandersetzen, denn auch in unserem Land gibt es noch immer rassistische und antisemitische Übergriffe. Das ist nicht zuletzt durch die Morde der Zwickauer Terrorzelle augenfällig geworden. In ganz Deutschland setzen heute daher Schulen, Vereine, Betriebe, Religionsgemeinschaften und lokale Initiativen Zeichen gegen rassistische Diskriminierung, Vorurteile und Ausgrenzung.

Unter anderem hat die Türkische Gemeinde in Deutschland unter dem Motto „5 vor 12“ zu deutschlandweiten, dezentralen Aktionen aufgerufen. Die Bürgerinnen und Bürger waren dazu eingeladen, um 11.55 Uhr für fünf Minuten vor ihre Wohnungen, Geschäfte und Betriebe zu treten und damit deutlich zu machen, dass sie gegen Rassismus und für ein friedliches und solidarisches Zusammenleben sind.

Auch wir Abgeordneten bekennen und bekräftigen an diesem Tag uns zu den Menschenrechten und zu einem weltoffenen demokratischen Land.

(Beifall im Hause)

Gerade vor dem Hintergrund des furchtbaren, vermutlich antisemitisch motivierten Attentats in Toulouse, bei dem drei Kinder und ein Lehrer vor ihrer Schule erschossen wurden, müssen wir klar bekennen, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit haben keinen Platz in der Welt, in Europa, in Deutschland und in Thüringen.

(Beifall im Hause)

Dafür wollen wir Thüringer Abgeordneten mit unserem politischen Wirken in unseren Wahlkreisen, in den Städten und Gemeinden im ganzen Freistaat alles Erdenkliche tun. Herzlichen Dank.

(Beifall im Hause)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, folgende allgemeine Hinweise: Der Ältestenrat hat gemäß § 17 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung eine Dauergenehmigung für Bild- und Tonaufnahmen für Frau Jacqueline Piwon vom ZDF erteilt.

Die Fraktion der CDU hat mich darüber unterrichtet, dass sie Herrn Maik Scholkowsky und Herrn Ronny Ludwig beauftragt hat, in diesen Plenarsitzungen von den dafür vorgesehenen Flächen im Plenarsaal Filmaufnahmen der Abgeordneten der CDU zu fertigen. Gemäß Ältestenratsbeschluss vom 15. Dezember 2009 ist dazu keine Genehmigung, sondern lediglich die Unterrichtung der Präsidentin erforderlich. Die Parlamentarischen Geschäftsführer sind informiert.

Darüber hinaus habe ich aufgrund der Eilbedürftigkeit für Herrn Peter Endig von dpa eine Sondergenehmigung für Bild- und Tonaufnahmen gemäß der Regelung für dringende Fälle nach § 17 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung für diese Plenarsitzung erteilt.

Das Thüringer Handwerk hat heute Abend zu einem parlamentarischen Abend eingeladen, der nach dem Ende der Plenarsitzung beginnen wird.

Die UNICEF-Arbeitsgruppe Erfurt führt morgen im Foyer vor dem Landtagsrestaurant ihren traditionellen Verkauf von Osterkarten durch. Dazu präsentiert die Arbeitsgruppe am Weltwassertag eine kleine Ausstellung zur UNICEF-Kampagne „Wasser hilft“ in verschiedenen Regionen unserer Welt, unter anderem im Südsudan, Sambia und Bangladesch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, folgende allgemeine Hinweise zur Tagesordnung:

Die Fraktionen sind im Ältestenrat übereingekommen, den Tagesordnungspunkt 3 „Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes“

(Präsidentin Diezel)

heute nach der Aktuellen Stunde sowie die Tagesordnungspunkte 12 und 22 in jedem Fall in dieser Plenarsitzung aufzurufen.

Die Beschlussempfehlung des Innenausschusses zu TOP 3 hat die Drucksachennummer 5/4205. Als Berichterstatter wurde der Abgeordnete Kuschel benannt.

(Beifall DIE LINKE)

Dazu wurde ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/4215 verteilt.

Die Beschlussempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses zu den TOP 8 a und b haben die Drucksachennummern 5/4184 und 5/4185.

Die TOP 10 und 11 werden von der Tagesordnung abgesetzt, da die zuständigen Ausschüsse noch nicht abschließend beraten haben.

Zu TOP 23, der Fragestunde, kommen die Mündlichen Anfragen in den Drucksachen 5/4186, 5/4190 bis 5/4197 hinzu.

Die Landesregierung hat mitgeteilt, für die Tagesordnungspunkte 15, 16 und 18 von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 Abs. 2 der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen.

Gibt es weitere Anmeldungen zur Tagesordnung? Bitte schön, Herr Blechschmidt.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Namens meiner Fraktion beantrage ich die Aufnahme des Antrags in Drucksache 5/4178 „Frauen in Thüringen - Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit noch nicht eingelöst“, der fristgerecht eingereicht worden ist, in die Tagesordnung. Damit verbinden wir gleichzeitig die Bitte um Abarbeitung während dieser Plenartage. Die Begründung zu diesem Antrag, den ich jetzt formuliert habe, würde die Kollegin Leukefeld geben.

Präsidentin Diezel:

Gibt es weitere Anträge zur Tagesordnung? Das ist nicht der Fall, dann würden wir über diesen Antrag abstimmen. Aber erst die Begründung. Frau Leukefeld, bitte.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte zunächst noch einmal feststellen, dass der Antrag „Frauen in Thüringen - Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit noch nicht eingelöst“ fristgemäß eingereicht wurde, und zwar vor der Aktuellen Stunde, die jetzt zum gleichen Thema von der SPD auf der Tagesordnung steht. Deshalb möchte ich Sie noch einmal bitten zuzustimmen, dass wir am Freitag diesen Antrag behandeln, weil an diesem Tag der Equal Pay Day ist. Was heißt das? Der

Equal Pay Day, das wissen eigentlich mittlerweile alle, entspricht symbolisch der Zeit oder wird an dem Tag durchgeführt, bis zu dem Frauen hätten arbeiten müssen, um den Lohn, den im Durchschnitt ihre männlichen Kollegen als Vorjahresgehalt erhalten haben, zu bekommen. Das heißt im Klartext: In Deutschland klafft eine Lohnlücke von 23 Prozent, in Europa sind es 17 Prozent. Der europäische Equal Pay Day war am 1. März. Das macht es noch einmal sehr symbolisch; wir haben am 23. März auch hier in Thüringen diese Zeit erreicht. Ich denke, man sollte nicht nur wie alljährlich in Aktuellen Stunden oder auf den verschiedensten Foren und außerparlamentarisch darüber sprechen, sondern es ist an der Zeit, dass endlich auch konkret diskutiert wird und Politik mehr tut, als immer nur diesen Zustand zu konstatieren. Es geht eben nicht nur um einen symbolischen Akt, sondern es geht darum, tatsächlich die Differenz durch entsprechende Festlegungen, auch durch Gesetzesinitiativen, auszugleichen. Politik hat meines Erachtens oder unseres Erachtens viel zu lange auf Selbstregulierung gewartet und es ist nur zu begrüßen, dass beispielsweise auch von Baden-Württemberg eine Bundesratsinitiative zum gleichen Thema auf den Weg gebracht wurde.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hoffe sehr, dass diese Bundesratsinitiative auch von der Thüringer Landesregierung unterstützt wird. Wir fordern mehr Verbindlichkeit, wir bitten um Ihre Zustimmung, dass dieser Antrag am Equal Pay Day, am 23., also am Freitag, hier in diesem Hohen Haus behandelt wird. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Möchte jemand gegen die Dringlichkeit sprechen? Ich sehe, es gibt keine Wortmeldung, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer damit einverstanden ist, dass der Antrag in der Drucksache 5/4178 auf die Tagesordnung kommt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Ich sehe Zustimmung bei der FDP, CDU, SPD, bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN. Wer ist dagegen? Keine Gegenstimmen. Wer Enthaltung, damit ist der Antrag auf der Tagesordnung.

Wir kommen zur Platzierung. DIE LINKE hatte beantragt, in jedem Fall während dieser Plenartage zu beraten. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das ist Zustimmung bei den Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Wer ist dagegen? Dagegen sind die CDU und die SPD. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Herr Emde, bitte schön.

Abgeordneter Emde, CDU:

Frau Präsidentin, ich würde gern beantragen, dass wir den Tagesordnungspunkt 15 morgen in jedem Falle behandeln.

Präsidentin Diezel:

Tagesordnungspunkt 15. Gibt es andere Meinungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann lassen wir darüber abstimmen. Wer damit einverstanden ist, dass wir morgen den Tagesordnungspunkt 15 - Drucksache 5/4160 - beraten, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Zustimmung bei der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? Keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? Enthaltung bei der FDP. Damit ist bestätigt, dass wir auf jeden Fall morgen den Tagesordnungspunkt 15 behandeln.

Dann kommen wir zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 24**, Aktuelle Stunde. Alle Fraktionen haben jeweils eine Aktuelle Stunde beantragt. Die Zeit für jedes Thema beträgt 30 Minuten, die Redezeit der Landesregierung bleibt dabei unberücksichtigt. Die Redezeit für einen Redebeitrag eines Abgeordneten beträgt maximal 5 Minuten, Geschäftsordnung § 93.

Ich rufe auf den **ersten Teil**

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Ein Jahr nach Fukushima - Energiewende in Thüringen voranbringen“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/4163 -

Ich eröffne die Aussprache und als Erste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Anja Siegesmund von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesen Tagen jährt sich die unfassbare Tragödie von Fukushima. Der Tsunami und der darauffolgende atomare Gau haben unbeschreibliche Folgen für die japanische Bevölkerung ausgelöst, für ihre Um-, für ihre Lebenswelt. Auch heute noch ist das ganze Ausmaß der Tragödie nicht bezifferbar. Bis heute können Zehntausende Menschen nicht in ihre Wohnungen und Häuser zurück und derzeit werden rund 360.000 japanische Kinder per Massenuntersuchung auf die Folgewirkungen hin untersucht. Das hat ein Gutachten von Ärzten aus Fukushima als notwendig erachtet, weil bei 10 von 130 in Sicherheit gebrachten Kindern hormo-

nelle und andere Unregelmäßigkeiten in der Schilddrüse festgestellt wurden. Auch hier wird es noch viel zu tun geben, viel darüber zu evaluieren geben, welches Ausmaß diese Tragödie tatsächlich hat. Japan befindet sich nach wie vor im Ausnahmezustand.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt einige, denen das scheinbar egal ist, unter anderem unserer Bundesregierung, die zwar mit der CDU gemeinsam zu Beginn der Legislatur den rot-grünen Ausstiegsbeschluss revidiert und es sich dann wieder anders überlegt hat, jetzt aber eindeutig bei der Frage, wie in der Bundesrepublik die Energiewende vorangebracht wird, wieder auf der Bremse steht.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir finden, wer A wie Atomausstieg sagt, muss auch E wie Energiewende sagen, und das passiert im Augenblick nicht.

(Beifall SPD)

Lernen Sie dieses Wort. Sie sabotieren geradezu - und ich schaue da in die Fraktionen von CDU und FDP - die Energiewende und machen mit aller Kraft das, was Sie richtig gut können in den letzten zwei Jahren, zumindest in Berlin, nämlich Klientelpolitik für vier große Stromkonzerne.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Energiewende auf Schwarz-Gelb sieht nämlich allein in den vergangenen drei Monaten so aus: Im Strombereich wird die Solarindustrie kaputt gemacht. Im Wärmesektor werden die Mittel für die Gebäudesanierung und das Marktanreizprogramm gestrichen und im Mobilitätssektor wird die Besteuerung der Biokraftstoffe ab 2013 auf 45 Cent pro Liter erhöht. So geht Energiewende nicht, und das müssen Sie sich hier auch anhören.

Das Ganze hat verheerende Folgen für Thüringen. Ich will das am Beispiel der Photovoltaik deutlich machen. In ihrer 4. EEG-Novelle allein in zwei Jahren - das muss man sich auch mal geben - verhackstücken Sie alle Erfolge, die die Photovoltaikbranche in den vergangenen Jahren erreicht hat.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie verhackstücken nicht nur die Erfolge der Solarbranche, sondern auch der Unternehmen, die unmittelbar betroffen sind. Das sind nämlich diejenigen, die im Handwerksbereich, als Projektierer, als Planer, als Architekten und als viele andere unterwegs sind und dafür sorgen, dass die Energiewende auch in Thüringen umgesetzt wird. Ich darf Ihnen versichern, bei der installierten PV-Leistung hängt Thüringen auch hinterher, wir sind hinter Sachsen-Anhalt, hinter Bayern und auch hinter an-

(Abg. Siegesmund)

deren Bundesländern. Und erzählen Sie mir nicht, dass hier weniger die Sonne scheint als in Sachsen-Anhalt.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das lasse ich nicht gehen und auch nicht durchgehen, auch nicht Ihnen, Herr Barth. Dass Sie sich angesprochen fühlen, freut mich, Sie werden munter, das finde ich gut. Die FDP ist eine besonders mittelstandsfreundliche Partei, so heißt es jedenfalls immer. Ich behaupte, Sie sind mittelstandsfeindlich.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Weil Sie keine Ahnung haben, das ist Ihr Problem, das hören Sie nicht gerne.)

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, genau, das hören Sie nicht gerne, das kann ich mir gut vorstellen. Weil das, was Sie tun, dem Mittelstand den Boden unter den Füßen wegrißt, weil Sie im Augenblick 5.000 Arbeitsplätze in Thüringen allein in der Photovoltaik und angeschlossenen Unternehmen gefährden. Und das sind allein im Kammerbezirk Erfurt - Herr Barth, hören Sie sich die bittere Wahrheit an - 380 Unternehmen. Die FDP ist mittelstandfeindlich.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was ist zu tun? Zu tun sind verschiedene Dinge. Zum einen hat diese Landesregierung die Pflicht - ich schaue zu Herrn Machnig, könnte genauso gut zur Ministerpräsidentin schauen - Sie haben die Pflicht, bei dieser EEG-Novelle dafür zu sorgen, dass Thüringen dagegen stimmt. Weil so, wie Sie es im Augenblick immer machen - nämlich sich enthalten und sich damit irgendwie rausmogeln -, kommen wir dieses Mal nicht hin. Sie wissen genauso wie ich, die EEG-Novelle dieses Mal ist einspruchspflichtig, es ist kein zustimmungspflichtiges Gesetz. Wenn Sie sich dieses Mal enthalten, sind Sie inkonsequent in jeder Hinsicht. Das muss sich auch die SPD gefallen lassen. Und Herr Machnig, entweder setzen Sie Ihren Koalitionspartner unter Druck und können hier als grüner Motor in Thüringen rumagieren oder Sie schaffen es wieder nicht und sind unglaubwürdig.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das trifft Sie genauso wie alle anderen.

Reformieren Sie das 1.000-Dächer-Programm. Das ist das Nächste, was Sie machen müssen. Sogar die konservative IHK sagt, da muss ein bisschen mehr Modernität rein. Das dürfte Ihnen zu denken geben. Stellen Sie Energiekonzepte für Landesliegenschaften auf. Es gibt auch unter Herrn Machnig

nur ein Drittel Energiekonzepte für Landesliegenschaften. Das ist dünn. Legen Sie los - das fängt bei der JVA Goldlauter an, hört bei anderen Dingen auf - und binden Sie die Stadtwerke ein, damit die Energiewende tatsächlich gelingt. Schmeißen Sie also wirklich den grünen Motor an und reden Sie nicht nur darüber.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Als Nächster spricht für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Henry Worm.

Abgeordneter Worm, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir alle erinnern uns noch gut, vor gut einem Jahr erschütterte das größte jemals in Japan verzeichnete Erdbeben das Land. Doch nicht das Erdbeben selbst, sondern der dadurch ausgelöste Tsunami mit dem Reaktorunfall im Kernkraftwerk Fukushima in der Folge sorgte für weltweite Aufmerksamkeit. Radioaktives Material in größeren Mengen wurde ausgestoßen und kontaminierte mehrere Hundert Quadratkilometer Fläche im Umkreis. Über 100.000 Menschen mussten dauerhaft ihre Heimat verlassen. Die Ereignisse von Fukushima waren und sind eine grundlegende Zäsur; es wird noch lange dauern, bis die Menschen dies verarbeitet haben. Die Katastrophe von Fukushima hat zu einer grundlegenden Kursänderung in der Energiepolitik der Bundesregierung und der Länder geführt. Das Ziel, so schnell wie möglich aus der Kernenergie auszusteigen und regenerative Energien in den Mittelpunkt der Energieerzeugung zu rücken, ist mehr als ambitioniert. Es gilt nunmehr seit einem Jahr eine zukunftsweisende, vernünftige und vor allem auch eine bezahlbare Energiewende herbeizuführen. Auch wir als Freistaat Thüringen haben uns klar zur Energiewende bekannt. So soll Thüringen nicht nur das energieeffizienteste Bundesland beim Pro-Kopf-Energieverbrauch werden, sondern gerade die dezentrale Energieversorgung im ländlichen Raum besitzt für uns hierbei eine große Bedeutung. Es gilt das Ziel, den Ökostromanteil in Thüringen bis 2020 auf 45 Prozent zu erhöhen, und es gilt vor allem, dass wir das mit einem vernünftigen Energiemix erreichen wollen. Nur zur Information: Derzeit oder aktuell werden bereits 25 Prozent des Thüringer Stroms aus erneuerbaren Quellen gewonnen. Ich denke, wir befinden uns diesbezüglich auf einem guten Weg. Und dass dies kein leichter Weg ist, ist im Übrigen allen, die sich etwas tiefgründiger mit dieser Materie beschäftigen, auch völlig klar. Denn natürlich hängt auch eine erfolgreiche Energiewende von einer entsprechend funktionierenden Infrastruktur ab - Stichwort 380-kV-Leitung. Und dass das in den betroffenen Re-

(Abg. Worm)

gionen nicht unbedingt Begeisterungstürme auslöst, das ist uns ja auch allen in der Vergangenheit mehr als deutlich geworden.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie stehen Sie dazu?)

Aber wer sich hier hinstellt und so tut, als bedürfe die Energiewende in Form verstärkter dezentraler Einspeisung, in Form des un stetigen Einspeisens von Wind oder Solarstrom, oder in Form mangelnder Energiespeicher nicht notwendigerweise des massiven Ausbaus der Verteilungs- und Übertragungsnetze, der erklärt uns und an dieser Stelle auch, dass die Erde eine Scheibe ist und Schweine fliegen können. Das muss ich an dieser Stelle schon mal ein Stück weit polemisch zum Ausdruck bringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen den Umstieg,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie ist Ihre Haltung zur 380-kV-Leitung?)

aber wir wollen ihn bewusst. Wir brauchen keine Polemik oder ideologische Diskussion über den beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie. Was wir brauchen, sind Engagement, Tatkraft und Ideen. Hier ist die Landesregierung auf dem richtigen Kurs und es gibt zumindest bei uns in der Koalition keinen Zweifel daran, dass wir mit diesem Kurs unser Ziel auch erreichen werden. Vielen Dank.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was hat die Koalition getan?)

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Als Nächster spricht für die Fraktion DIE LINKE der Herr Abgeordnete Manfred Hellmann.

Abgeordneter Hellmann, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, es hatte mich zweifellos überrascht, dass nach der Katastrophe von Fukushima es doch eine bemerkenswerte Regierungserklärung gegeben hat hier in Thüringen. Wir reden ja heute vor allem über Thüringen und über die Energiewende, wie wir die hier bei uns voranbringen wollen. Man muss auch mal was Positives nennen dort, wo etwas Positives zu nennen ist. Es ist zweifellos auch positiv zu werten, dass unser Wirtschaftsminister konzeptionell und informativ sehr viel getan hat - ich denke auch an das 1000-Dächer-Programm oder an entsprechende Gesetze -, um die Energiewende zu befördern. Nicht zuletzt - daran ist man aber in Thüringen schon länger interessiert - haben wir beispielhafte Ergebnisse bei der Bioenergiege-

winnung erzielt. Aber die Opposition hat natürlich immer das Aber aus völlig berechtigtem Grund parat. Ich frage mich natürlich: Wieso gelingt uns das wirkliche Tore-Schießen so schlecht. Oder ich sage es mal anders: Es ist einfach zu viel Sand im Getriebe.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Vorredner haben das bereits betont. Ich will jetzt gar nicht bei der Bundesregierung anfangen. Wir werden noch Gelegenheit haben, am Freitag dazu zu sprechen, Herr Barth. Aber das hat einfach seine Ursache darin, dass die Koalition diesbezüglich nicht harmoniert. Uns als Opposition bleibt es nicht verborgen, dass die Differenzen, die in der Koalition bestehen, zu diesem Konflikt und zu diesen Reibungsverlusten führen. Ich frage mich allen Ernstes: Warum kommen wir in Thüringen nicht dahin, wo andere Bundesländer auch sind, dass wir fortschrittliche Regelungen zu den erneuerbaren Energien übernehmen, aufnehmen?

(Beifall DIE LINKE)

Das hat nichts mit der politischen Farbenlehre zu tun. Ich will mal ein Beispiel nennen: Horst Seehofer hat sechs Wochen gebraucht, bevor er sich von dem Schock des Atomausstiegs erholt hat, und hat wenige Wochen später dann verkünden lassen, dass Bayern bis 2020 1.500 Windgeneratoren aufstellen wird. Man hat verkünden lassen, dass Bayern es zulässt, dass auf 90 Prozent der Fläche Windgeneratoren aufgestellt werden können. Auf 2 Prozent der Fläche, die man als Windvorranggebiete ausweisen will, ist es möglich, dass man innerhalb von drei Monaten die Baugenehmigung hat. Man stelle sich so etwas mal vor! Da können wir in Thüringen uns nicht nur eine Scheibe, da können wir uns mindestens drei abschneiden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage mich: Wieso ist es möglich, dass im Saarland jede Kommune darüber befindet und entscheidet, ob ein Windgenerator aufgestellt werden kann oder nicht? Wieso geht das bei uns nicht? In Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen ist es möglich, dass man auch im Wald, zumindest in Randgebieten, Windgeneratoren aufstellt. Das ist auch für Thüringen schlicht und ergreifend ein Fremdwort.

Verlassen wir mal das Thema Wind. Ich hatte vor wenigen Wochen die Gelegenheit, ein informelles Gespräch mit der Arbeitsgemeinschaft Thüringer Wasserkraft zu führen. Der Vorsitzende sagte mir, dass 50 Prozent unserer potenziellen Energie nicht genutzt wird. Vor allem ist es nahezu unmöglich, in Thüringen ein neues Laufwasserkraftwerk genehmigt zu bekommen. Ich darf daran erinnern, dass es vor dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland 50.000 Laufwasserkraftwerke gab. Im Jahre 2000

(Abg. Hellmann)

waren es noch 3.000. Also es geht hier nicht um unmögliche Dinge, vorher hat sich die Welt auch gedreht und das sind alles keine neuen Erscheinungen.

Zur Photovoltaik werden wir noch Gelegenheit haben zu sprechen. Darüber möchte ich mich hier an dieser Stelle nicht weiter auslassen. Ich muss allerdings sagen, ich bin persönlich betroffen und hier komme ich zum Thema Bundesregierung. Am Montag möchte ich eine Energiegenossenschaft gründen und wir haben im Prinzip die Schlinge um den Hals, ob denn diese Einspeisevergütung wirklich kommt oder nicht. Wir haben schon Geld verausgabt. Ich will nur mal die Problematik umreißen. Wir werden bei den Anträgen, die noch zu bereden sind, auf dieses Thema zu sprechen kommen.

Natürlich ist es notwendig, Henry Worm, dass parallel die Netze ausgebaut werden und die Speicher ausgebaut werden. Aber diese Versäumnisse, die wir schon eine Weile haben, das ist nicht unser Problem, sondern das Problem, was natürlich zuerst in Berlin anfängt, und da ist deine Mannschaft maßgeblich beteiligt.

Letzte Bemerkung: Ja, wer A sagt, muss auch B sagen. Pumpspeicherwerke im Thüringer Wald, ich bin für eine 500-Megawatt-Variante, nicht für ein Monsterkraftwerk, weil das nur das zentrale System stützen würde. Aber vielleicht bekommen wir ja bei allem - und das soll meine letzte Bemerkung sein - tüchtig Rückenwind von unerwarteter Seite.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit, nicht mehrere Sätze bei der letzten Bemerkung bitte. Gut.

Abgeordneter Hellmann, DIE LINKE:

Unser Ex-Superminister Trautvetter hat verkündet, einen Windgenerator in Oberhof aufstellen zu wollen. Ich glaube, wir haben noch viel Spaß bei dem Thema. Danke.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Das Wort hat jetzt für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Frank Weber.

Abgeordneter Weber, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, über die Bilder von Fukushima ist schon viel gesprochen worden von meinen Vorrednern, ich muss das nicht alles wiederholen. Aber gestatten Sie mir die Anmerkung, dass die Bilder uns deutlich gemacht haben, was sich hinter dem Begriff „Restrisiko“ verbirgt, dass vielen deutlich

wurde, die bisher dieses Risiko für ein kalkulierbares Risiko gehalten haben, für ein vertretbares Risiko, dass diejenigen endlich erkannt haben, dass man ein solches Risiko eben nicht vertreten und eben nicht verantworten kann.

(Beifall SPD)

Was sich geändert hat nach Fukushima, sind die Sonntagsreden in der Politik, sind viele Initiativen, aber es ist noch lange nicht genug. Der Bundesverband Erneuerbarer Energien hat kürzlich eine Bilanz gezogen ein Jahr nach Fukushima und er kommt zu dem Ergebnis, dass die Bundesregierung eine Blockade der erneuerbaren Energien betreibt. Er kommt zu dem Ergebnis, dass wir weit hinter den erreichbaren Zielen und weit hinter den Ausbauzielen zurückbleiben. Der Bund spielt in die Hände der vier Energieriesen alles, was man hört und alle Intentionen, die damit verbunden sind, ob es darum geht, dass man plötzlich davon spricht, dass Offshore gestärkt und Onshore-Windkraftanlagen gekürzt werden sollen, ob man davon spricht, die Photovoltaikförderung und andere Dinge herunterzufahren, ob es darum geht, dass man Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zerschlägt, die versuchen - wo der Hall herkommt, kann ich jetzt nicht sagen, aber es hatte etwas Klerikales -

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mehr Nachhall wäre gut.)

ob man Initiativen vor Ort zerschlägt oder diejenigen, die versuchen, die den Begriff prägen wollen „wir wollen das Kraftwerk sein“, ob man denjenigen - der Kollege Hellmann hat es schon deutlich gemacht - Knüppel zwischen die Beine wirft. Aber wir haben nicht nur im Bund ein Problem, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir haben auf allen Ebenen ein Problem. Einige in der Landespolitik haben immer noch nicht erkannt, dass wir alle Arten der erneuerbaren Energien fördern müssen

(Beifall SPD)

und dass wir alle Arten der erneuerbaren Energien massiv ausbauen müssen. Einige in den politischen Parteien, die sich nicht trauen, den Menschen zu sagen, dass jede Form von Energieproduktion, auch Produktion von erneuerbaren Energien auch Nachteile, auch Beeinträchtigungen mit sich zieht, die nicht bereit sind, zu sagen, dass Leitungen, Speicher, aber auch die Produktion von erneuerbaren Energien, auch das Bild in der Landschaft, wenn es um Windräder geht, die eine oder andere Geruchsbelästigung, wenn es um Biomasse geht, dass das natürlich auch stattfindet im Rahmen der Energiewende. Einige in der Kommunalpolitik, die sich immer noch nicht dazu durchringen konnten, Konzepte für ihre Region zur Umstellung der Region auf erneuerbare Energien auf den Weg zu bringen. Ich komme selbst aus so einer Region, Minister Carius kann es bestätigen, er kommt aus der

(Abg. Weber)

gleichen, da hat der Landkreis über Jahre hinweg nichts, aber auch gar nichts getan, um die Region auszubauen zur Region der erneuerbaren Energien.

Die Landesregierung hat die Weichen gestellt, aber sie kann es nicht ohne die Unterstützung der Akteure vor Ort, sie kann es nicht ohne die politischen und die gesellschaftlichen Kräfte in der Kommune, in den Landkreisen. Da müssen alle mittun, da müssen alle mithandeln; die Energiewende bedeutet, dass wir uns alle verändern müssen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher im Bereich des Energieverbrauchs und der Energieeffizienz, die Industrie im Bereich der Effizienz, die Politik im Bereich der Glaubwürdigkeit, dass das, was in Sonntagsreden angekündigt wird, auch tatsächlich vor der Haustür akzeptiert wird, dass es auch Nachteile gibt. Dass z.B. Monokulturen im Agrarbereich auch eine Folge sein können von Biomasseproduktion, dass Windräder im Landschaftsbild stehen, dass Veränderungen in der Gebäudeansicht stattfinden und auch Diskussionen mit dem Denkmalschutz notwendig sind, wenn es um Photovoltaik geht, dass sich das Landschaftsbild verändert, wenn es um Speichertechnologien geht, dass Einschnitte in der Landschaft notwendig sind, wenn man Leitungen baut, um die Massenproduzenten im Norden mit den Massenkonsumenten im Süden zu verbinden, das gehört einfach auch zur Wahrheit.

(Beifall SPD)

Es bedeutet auch, dass wir dafür werben müssen, dass neue Kraftwerke gebaut werden. Auch das wird nicht - gerade Backupleistung - überall ohne Widerstand ablaufen. Das sehe ich schon vor mir. Ich will schließen, weil jetzt gleich der Ruf kommt, dass meine Zeit zu Ende ist.

Präsidentin Diezel:

Ja, jetzt schon.

Abgeordneter Weber, SPD:

Es ist nicht die Frage, ob die Energiewende kommt, sondern es ist die Frage, wie können wir die Wende beschleunigen und welche Rolle spielt Thüringen? Seit Jahrhunderten ist es so, dass Menschen dahin ziehen, wo Energie produziert wird. Die Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik waren eindeutig. Es gab Boomregionen und Regionen, wo es weniger gut ging.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Weber, SPD:

Lassen Sie uns Thüringen zu einer Region des Booms machen im Bereich der erneuerbaren Energien. Danke.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Das Wort für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Franka Hitzing.

Abgeordnete Hitzing, FDP:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, selbstverständlich ist allen das furchtbare Ereignis in Fukushima im Bewusstsein und allen sind auch die Bilder im Bewusstsein. Lassen Sie mich zu Anfang sagen, die Energiewende ist für die FDP-Fraktion hier im Thüringer Landtag ein ganz klares Ziel, jedoch

(Beifall FDP)

ist das Ziel auch an klare liberale Voraussetzungen und Anforderungen geknüpft, die da sind: Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit.

(Beifall FDP)

Um die Auswirkungen auf jeden Einzelnen von uns besser einschätzen zu können und damit auch arbeiten zu können, haben wir bereits im vergangenen Sommer eine Bestandsaufnahme der Thüringer Energiepolitik sowie die Darstellung der Kosten der Energiewende in Form einer Großen Anfrage abgefragt und vorangetrieben. Denn so wird die Energiewende zwar von gesellschaftlicher Übereinstimmung getragen - und das ist klar -, sie bringt aber für jeden Einzelnen von uns natürlich auch unterschiedliche Auswirkungen mit sich. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall FDP)

Das ist zum einen die Sicherstellung der Energieversorgung und werden die Energiepreise in Zukunft eventuell weiter steigen? Das kann man auch nicht von der Hand weisen, die Energiepreise verändern sich nach oben. Da mit der Energiewende der Ausbau der

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Weil die Bundesregierung sie mit den Netzentgelten in die Höhe treibt.)

Stromnetze sowie weitere Investitionen in die Energienetze unvermeidbar sind, wird sich auch das auf die Energiepreise umschlagen.

(Beifall FDP)

Wir haben vorhin gerade von dem notwendigen Ausbau von Netzen gehört, Herr Hellmann sprach davon, und selbstverständlich kann man dann so-

(Abg. Hitzing)

fort auch die 380-kV-Leitung wieder ins Gespräch bringen. Sie sprachen davon, Herr Kollege Hellmann, dass natürlich alles zu lange dauert, bis man das umsetzt. Natürlich sind wir Bürger daran auch selbst beteiligt, denn immer dann, wenn ein Bauvorhaben in die Gänge kommen soll, weil es notwendig ist und wir im Allgemeinen das alle gut finden, fangen wir mit Bürgerinitiativen dagegen an, wenn es vor der eigenen Haustür ist.

(Beifall FDP)

Durch diese Energieumstellung werden enorme Investitionen auf uns zukommen und das Erneuerbare Energiengesetz ist leider ein relativ schlechtes Instrument. Meine Herren, Sie können ja das Bilaterale dann später machen, jetzt bin ich dran mit Ihrer Erlaubnis.

(Beifall FDP)

Statt in Innovation und Forschung zu investieren und das zu unterstützen, hat sich Deutschland mit dem EEG darauf konzentriert, die Erzeugung von Solarstrom zu subventionieren und da muss man ehrlicherweise sagen, die Förderung

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und hat einen ganzen Industriezweig damit aufgebaut.)

von Solarstrom ist leider nach dem Fazit, was wir heute ziehen können - sogar Herr Weber hat das eben angesprochen -, unwirtschaftlich, ineffizient und auch umwelt- und wachstumsgefährdend. Ich will das gerne an einigen Punkten ausführen. Es ist natürlich so, der Rückgang der Förderung hat ja auch seinen Grund, das kommt ja nicht von irgendwoher. Es ist ganz einfach so, wir leben in Thüringen in Deutschland und in Deutschland in Europa. Wir leben eben nicht in einem Raumschiff. Wenn wir uns Europa mal ansehen, dann müssen wir feststellen, dass Italien und Spanien die Förderungen komplett zurückgeschraubt haben. Die Chinesen haben große Schiffe und haben sich einfach überlegt, aber Deutschland hat ja noch die Förderung. Sie wissen selbst, dass sehr viele Solarzellen, die in Deutschland auf den Dächern montiert werden, eben nicht deutscher Produktion sind.

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber darum geht es doch gar nicht.)

Es geht sehr wohl darum und wir haben die 20 Jahre Einspeisepreisgarantie.

(Beifall FDP)

Man darf es einfach aussprechen und man darf es nicht wegdiskutieren. Über die Energieeinspeisevergütung werden letztendlich die Kosten auch auf die Bürger umgelegt und auch auf kleine Unternehmen, um das noch mal ausdrücklich zu sagen. Die haben nämlich schwer zu kämpfen mit diesen an-

steigenden Preisen. Momentan ist es leider auch so, dass Thüringen bereits eines der Bundesländer ist mit den höchsten Energiepreisen. Auch das ist eine Wahrheit, an der wir nicht vorbeikommen.

(Beifall FDP)

Es gibt Medienberichten zufolge schon erste Anzeichen, dass es doch den einen oder anderen gibt, der seine Energierechnung nicht mehr bezahlen kann, und das kommt nicht von ungefähr.

(Beifall FDP)

Auch das gehört zur Wahrheit.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aufgrund der Energiewende werden die Energiepreise steigen. Wenn man das eine will, muss man das andere wollen und damit leben und das ist natürlich auch unsere Position. Aber ich möchte abschließend festhalten: Es ist ganz einfach so, der umsichtige Ausbau von Hochspannungsleitungen, Energiespeichern und Kraftwerken, das muss im Blick bleiben, aber es muss umsichtig sein und wir müssen darauf achten, dass wir die Bürger nicht mehr belasten, als es sein muss. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Für die Landesregierung spricht Herr Minister Machnig, bitte schön.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, Fukushima hat in der Tat die Wende in der deutschen Energiepolitik gebracht. Das war überfällig. Ich will an dieser Stelle jetzt eines sagen: Wir sollten alle demütig sein in dieser Debatte aus folgendem Grund; demütig, ist ja einer meiner herausstechendsten Wesensmerkmale, wie Sie wissen.

Präsidentin Diezel:

Jawohl.

(Heiterkeit im Hause)

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Ja, ich weiß.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Deshalb so ungewohnte Ruhe, weil alle denken, jetzt kommt es.)

Ich will es erklären. Die Energiewende - nicht nur in Thüringen, sondern bundesweit - wird nur gelingen, wenn diese ein Gemeinschaftswerk wird von Bund,

(Minister Machnig)

Ländern, Kommunen, Unternehmen und Bürgern. Ich sage, alle, die sich mit dem Thema intensiver beschäftigt haben, werden zu einem Ergebnis kommen. Es gibt nirgendwo, weder bei den GRÜNEN noch bei den LINKEN, noch in irgendeiner Partei oder bei einem Energiekonzern, die Blaupause, wie das in den nächsten 10 bis 15 Jahren geht. Deswegen sage ich Demut, weil jetzt eine neu entwickelt werden muss. Wir brauchen eine neue Struktur unserer Energieversorgung und dafür müssen wir in den nächsten Jahren arbeiten. Dazu gibt es zwei Voraussetzungen, dass das gelingt: Klarheit im Denken und Klarheit beim Thema Koordination dessen, was wir tun.

Ich fange an beim Thema „Klarheit des Denkens“. Es gibt eine Umfrage, die hat die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland gefragt nach folgendem Thema: Was sind die wichtigsten Energieträger im Jahre 2015? Jetzt kommt die interessante Antwort, 71 Prozent sagen Solarenergie, Anteil an der Stromproduktion von 2 Prozent. 66 Prozent sagen Windenergie, Anteil an der Stromproduktion 6 Prozent. 37 Prozent sagen Wasserkraft, Anteil 3 Prozent, Erdgas 30 usw. und dann kommt Kohle und anderes mit 10 Prozent, allerdings bei einem Anteil von über 40 Prozent, heute noch 45 Prozent an der Energieversorgung bzw. der Stromversorgung. Warum sage ich das? Weil wir alle eine gemeinsame Verantwortung haben. Ich bin bekennender Anhänger der erneuerbaren Energien, wie alle wissen, dass aber auch öffentlich erkannt wird, dass bei aller Bedeutung und aller Notwendigkeit in den nächsten Jahren, die Erneuerbaren auszubauen, dass wir auch noch andere Kraftwerke und Kraftwerkskapazitäten brauchen, um Versorgungssicherheit, Planungssicherheit in den nächsten Jahren sicherzustellen. Das ist die Konsequenz aus dieser Umfrage und die sollten alle sehr ernst nehmen, denn die schöne Vorstellung, alles ist morgen erneuerbar, hat mit der Realität des sehr komplexen Umbaus der Energieversorgung in den überschaubaren Zeiträumen nichts zu tun. Das sage ich als Anhänger der erneuerbaren Energien.

Das Zweite ist, wir brauchen Klarheit in den Prozessen. Ich sage ganz offen, ich würde mir wünschen - wir haben das jetzt im Rahmen der Bundesnetzagentur im Übrigen gemacht -, im Rahmen der Bundesnetzagentur haben wir eine Monitoringgruppe, die den Prozess begleitet. Wir brauchen eine permanente Monitoringgruppe zwischen Bund und Ländern, um diesen Prozess voranzubringen.

Jetzt ein paar Bemerkungen zu dem, wo wir eigentlich stehen. Ich komme auch gleich, Frau Siegesmund, zu dem, wie wir das beim Thema Photovoltaik machen. Ich kann Sie da ganz beruhigen. Ich bin dafür, wenn wir alle ehrlich sind, dass wir auch die unangenehmen Fragen diskutieren. An die GRÜNEN sage ich und an die LINKEN sage ich das auch, ihr müsst bereit sein, Folgendes zu tun:

Ihr müsst bereit sein, mit uns gemeinsam für andere fossile Energiekraftwerke und für mehr Netzkapazitäten zu streiten.

(Beifall CDU, SPD)

Wir werden sie brauchen. Wir brauchen fossile Kraftwerke in den nächsten Jahren und wir brauchen auch Netze in den nächsten Jahren. Da darf ich mich nicht verweigern. Genauso wie ich bei anderen oder in die andere Richtung sage, FDP, verweigert euch bitte nicht beim Ausbau der Erneuerbaren. Verweigert euch nicht beim Thema Photovoltaik, wir brauchen auch die Photovoltaik in den nächsten Jahren. Jetzt will ich etwas vorlesen über die Photovoltaik, die immer so beschimpft wird: Die Bundesregierung - und zwar die schwarz-gelbe Bundesregierung - hat Kapazitätsberechnungen gemacht bis zum Jahr 2030. Das will ich Frau Hitzing gern mit auf den Weg geben. Die Bundesregierung geht davon aus, um 35 Prozent erneuerbaren Strom zu bekommen, müssen wir eine Vervierfachung - man höre genau hin - der Kapazitäten der heute installierten Leistungen im Bereich der Photovoltaik vornehmen, nämlich von 16 Gigawatt auf fast 63 Gigawatt. Das sind die Zahlen der Bundesregierung. Ich will es nur sagen, das wird man aber nicht schaffen, wenn man die Einspeisevergütung so rasiert, wie das im Moment diskutiert wird. Ich komme darauf gleich zurück.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen im Bereich Windkraft - was auch gesagt worden ist - einen Ausbau von etwa 12 Gigawatt. Im Bereich Windkraftoffshore haben wir heute eine installierte Leistung von 0,2 Gigawatt. Wir brauchen im Jahre 2020 25 Gigawatt. Ich übersetze mal, was 25 Gigawatt sind. Das sind 5.000 Windräder in Nord- und Ostsee. Wir haben heute nur einen Bruchteil davon installiert, also eine gewaltige Aufgabe. Das gehört dazu, daran müssen sich alle beteiligen. Bitte?

(Zuruf Abg. Barth, FDP: Auch die Leitungen, die den Strom dann befördern.)

Ich komme dazu, ja, die müssen wir auch bauen.

Zum Thema Netze: Wir brauchen Netze - 4.500 km. Im Übrigen sind von den 4.500 km, die wir brauchen, 214 km gebaut, das heißt 5 Prozent. Wir brauchen sie bis zum Jahre 2020. Wir haben heute Planungszeiträume in Deutschland von 121 Monaten. Das werden wir nicht beschleunigen, wenn wir eines machen, wir könnten zwar dann den EE-Anteil steigern, wir werden ihn nur nicht transportieren können. So praktisch ist das Leben. Wir brauchen Speicher, wir brauchen Effizienz und wir brauchen Wärme.

Jetzt will ich ein paar Sätze zu Thüringen sagen. Ich will das gern tun. Erstens stelle ich hier mal fest, diese Landesregierung war die erste bundesweit,

(Minister Machnig)

die im Rahmen eines Energiegipfels am 08.06. - ich halte das Papier mal hoch, ich habe an diesem Papier ein bisschen mitgewirkt, es ist im Übrigen immer noch lesenswert - die 45 Prozent beschlossen hat. Wir waren eine der ersten, die auch gesagt haben, wir wollen das konsequent vorantreiben. Wir haben das nicht nur vorangetrieben, wir machen das auch praktisch.

In der nächsten Woche wird das Landesplanungsgesetz im Kabinett verabschiedet. Das ist eine wichtige Grundlage zum Beispiel für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Kollege Carius hat den Landesentwicklungsplan vorgelegt, er ist gerade im parlamentarischen Verfahren. Auch das ist eine wichtige Planungsgrundlage dafür, dass wir in den nächsten Jahren überhaupt ausbauen können. In diesen Landesentwicklungsplan ist im Übrigen eingeflossen, das, was mein Haus auf den Weg gebracht hat, nämlich die Potenzialanalyse Erneuerbare, weil im Landesentwicklungsplan festgelegt wird, was in den Planungsregionen an installierter Kapazität zu leisten ist, damit im Jahre 2020 45 Prozent Strom erreicht wird.

Wir haben ein Pumpspeicherkataster gemacht. Wir haben einen Investor, der bereit ist, zwischen 500 Mio. und 1 Mrd. in Thüringen zu investieren. Im Übrigen bislang einvernehmlich, bundesweit einmalig dabei, auch diejenigen, deren Regionen betroffen sind - Kollege Hellmann hat darauf hingewiesen - vor Ort, sind bereit, diesen Weg mitzugehen. Wir sind im Raumordnungsverfahren - und ich bitte jetzt alle Beteiligten, auch an den früheren Superminister hätte ich eine große Bitte, lasst uns Projekte machen, die machbar sind. Das ist ein Projekt, das machbar ist. Schmalwasser, das sollten wir nicht gefährden, das ist eine Investitionssumme von bis zu 1 Mrd. für Thüringen, die brauchen wir.

(Beifall SPD)

Das schafft auch regionale Wertschöpfung vor Ort. Beim Thema Gebäudeeffizienz sind wir auf einem guten Weg. Da hat der Kollege Carius Dinge auf den Weg gebracht. Mein Haus hat entsprechende Studien gemacht zum Thema Gebäudeeffizienz. Das heißt, wir kommen voran. Auch zum Thema Netze

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wo bleibt das Gesetz?)

- ich komme doch dazu, warten Sie doch ab - haben wir uns, das sage ich noch mal ausdrücklich, sehr deutlich bekannt. Ich habe mich bekannt, die Ministerpräsidentin hat sich bekannt zur 380-kV-Leitung, damit es kein Missverständnis gibt. Jetzt hängen wir vor dem Bundesverwaltungsgericht. Ich glaube, dass wir in der Sache gut durchkommen werden. Dann muss diese Leitung gebaut werden. Wir brauchen sie, sie ist Teil der transeuropäischen Netze. Sie ist Teil des Energieleitungsausbaugesetzes.

Ich finde, alle haben eine Verpflichtung dort mitzumachen.

Jetzt noch einen Satz zum Thema Photovoltaik: Das ist eine Schlüsselindustrie und sie ist hoch wichtig für die Wertschöpfung in Thüringen. Es gibt viele industrielle Arbeitsplätze, die in dem Bereich geschaffen worden sind. In der Tat, wenn wir die Maßnahmen so durchsetzen würden, wie sie jetzt von der Bundesregierung vorgesehen sind, gehen 30 bis 40 Prozent der industriellen Arbeitsplätze in der Branche verloren. Deswegen sind wir uns in der Landesregierung einig, wir werden den Vorschlägen nicht zustimmen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

sondern, Frau Lieberknecht, am Freitag bei der Bundeskanzlerin, da wo ich helfen kann, und im Bundesrat werden wir uns dafür einsetzen, dass wir den Vermittlungsausschuss anrufen.

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Enthalten oder Nein?)

Das geht gar nicht. Wir wollen den Vermittlungsausschuss anrufen.

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bei wichtigen Gesetzen kann man dagegenstimmen.)

Ich sage es noch einmal, wir wollen den Vermittlungsausschuss anrufen. Das ist ein Einspruch, ein Widerspruch. Verstanden? Ja, so läuft das. Das wollen wir. Das ist die Haltung der Landesregierung, die habe ich in den letzten Tagen noch mal mit der Ministerpräsidentin besprochen und das ist unsere Haltung, weil wir in der Sache ein gutes Ergebnis für unsere Branche wollen. Ich will mal ein Beispiel nennen, auch da bin ich mir mit der Ministerpräsidentin einig. Wir wollen uns dafür einsetzen - auch mit den Sachsen im Übrigen -, dass es Local-Content-Klauseln gibt. Das heißt, Solarmodule aus deutscher Produktion kriegen eine höhere Einspeisevergütung. Da brauchen wir auch keine Hinweise, weil wir wissen, welche Bedeutung diese Branche für Thüringen hat. Ich habe das zwar schon mehrfach gesagt, das ist unser Mercedes Benz hier in Thüringen.

(Beifall SPD)

Jetzt noch einen letzten Satz zum Thema, weil das auch immer behauptet wird. Die Preissteigerungen im Energiesektor kommen mitnichten aus dem EEG. Wer die letzten Studien des DIW und anderer Forschungsinstitute sieht, wird im Übrigen festgestellt haben, bereits heute hat das EEG preisdämpfende Wirkung. Warum? Weil auch in der Mittagszeit zum Beispiel sehr viel Photovoltaikstrom da ist, relativ preisgünstig im Vergleich zu anderen Kraftwerken. Diese Tendenz wird sich fortsetzen. Wo wir in der Tat in den nächsten Jahren allerdings einen Preisauftrieb erleben werden, wird sein, das sind

(Minister Machnig)

die neuesten Zahlen der Bundesnetzagentur, die davon ausgeht, mindestens 7 Prozent darüber, dass wir zum Beispiel höhere Kosten beim Thema Netzausbau haben. Das ist die Realität, mit der wir uns auseinandersetzen sollten.

Meine große Bitte ist, denn da bin ich ganz bei dem Kollegen Weber, das ist eine große Chance für Thüringen, das ist eine große Chance auch für strukturschwache Gebiete, das ist eine große Chance, über den Ausbau der Erneuerbaren auch industrielle Produktion nach Thüringen zu holen. Diese Chance sollten wir nutzen. Deswegen sollten wir alles tun, dass die Probleme - und es wird Probleme geben in den nächsten Jahren, weil es eines der hochkomplexesten transformations- und Umbauprozesse ist, die wir wahrscheinlich in Deutschland in den letzten Jahrzehnten gemacht haben im technischen Bereich. Dass das gelingt, dazu müssen alle einen Beitrag leisten. Wie komplex das ist, will ich an einer letzten Zahl beleuchten. In die Netze müssen im normalen Jahr diejenigen, die Netzaufsicht betreiben, 10-mal eingreifen. Im letzten Jahr war das 900-mal notwendig. Warum? Weil wir relativ fragile Netzinfrastrukturen haben. Das zeigt, was geleistet werden soll.

Meine Bitte zum Schluss ist: Lassen Sie uns zusammenarbeiten auf diesem Feld! Diese Aufgabe ist zu wichtig, als dass wir sie in parteipolitischen Auseinandersetzungen vorantreiben, weil ich glaube, dass wir uns alle eines nicht leisten können - das will ich hier auch sagen -, dass die politische Klasse in Deutschland, alle, die Verantwortung tragen, die die Energiewende verkündet haben, sie am Ende nicht realisieren. Das wäre ein Menetekel für alle Beteiligten. Ich glaube, wir brauchen Kooperation, da es eine Gemeinschaftsaufgabe ist, ein Gemeinschaftswerk, bei dem alle mithelfen sollten. Und wenn wir das tun, dann werden wir am Ende des Tages auch erfolgreich sein. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Ich habe eine weitere Wortmeldung, Herr Abgeordneter Dirk Adams von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegin Hitzing, ich finde eine Sache immer wieder bemerkenswert, dass die FDP beklagt, dass die Bürgerinnen und Bürger mit dem Konsum von Strom auch die Herstellungskosten bezahlen müssen. Sie beklagen das insbesondere im Zusammenhang mit der Solarenergie. Mir ist nicht bewusst, dass die FDP jemals beklagt hätte, dass alle Kohlekraftwerke und

alle AKWs und alle Gaskraftwerke natürlich vom Verbraucher bezahlt werden. Das zeigt, wie verlogen Sie in dieser Debatte agieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Das zeigt auch, wie dumm Sie sind.)

Herr Worm, Sie sagen, 25 Prozent in Thüringen werden schon aus erneuerbaren Energien hergestellt. Das ist gut, da kann man sich fast auch ein bisschen zurücklehnen, wenn man 100 Prozent erst in 40 Jahren haben will. Das ist allerdings erst ein Viertel der Wahrheit, weil diese 25 Prozent nämlich nur 25 Prozent von 25 Prozent sind, denn Thüringen importiert 75 Prozent seines Stroms. Das gehört zur ganzen Wahrheit dazu. Wenn wir energieautark werden wollen, wenn wir als Thüringer die Verantwortung übernehmen wollen, unseren Strom selbst herzustellen, dann müssen wir noch mächtig zulegen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ein wichtiges Element, das wichtigste Element überhaupt, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist hierbei die Energieeinsparung und die Energieeffizienz. Bei aller Wertschätzung, Herr Minister, ich habe viel in den letzten Jahren über den Ausbau der Erneuerbaren gehört, ich habe noch allzu wenig über Effizienz gehört. Wir sind uns uneinig über die Frage der Sanierungsquote, da bremst das Carius-Ministerium, wir sind uns uneinig bei einem Gebäude-Wärme-Energiegesetz, da bremst das Carius-Ministerium, und, und, und.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt keine Formen, wie Thüringen die Effizienz voranbringen will oder eigene Schritte beim Thema Energieeinsparung gehen kann. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Minister Machnig, auch die Frage steht hier im Raum: Sie sagen, Sie seien bekannt als der Förderer der erneuerbaren Energien,

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das habe ich nicht gesagt.)

aber die Frage ist, wie viel Zubau an Windkraft haben wir in dieser Legislatur, seitdem Sie Verantwortung tragen? Wir haben kaum einen Zubau von Windkraftanlagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und damit kann die Energiewende so wie bisher nicht gelingen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Raumordnungsplan und der Landesentwicklungsplan aus dem letzten Jahrzehnt haben dazu geführt, dass es in Thüringen im Prinzip in den letzten sechs bis zehn Jahren keinen vernünftigen, bemerkenswerten Zubau an Windkraft gegeben hat. So wird das nicht gelingen. Da müssen wir dringend heran und ich bin sehr gespannt, wie man das voranbringen will. Bei all diesen - Sie haben das sehr markant beschrieben - Herausforderungen, die unsere Landschaft verändern wer-

(Abg. Adams)

den, sind wir GRÜNE nicht bereit, dies ohne Bürgerbeteiligung zu tun und dies ohne Transparenz zu tun und ohne ehrliche Einbindung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann sind wir nämlich auch wieder bei der 380-kV-Leitung, sehr geehrter Herr Machnig. Die bringen Sie vor allen Dingen auch voran, weil sie jetzt ganz neu - dazu muss man noch einmal gratulieren - der Vorsitzende des Beirates der Netzagentur geworden sind. Aber wir müssen uns doch auch einmal kritisch der Situation stellen, dass diese Trasse geplant wurde unter vollkommen anderen Bedingungen und unter Ausschluss der Bevölkerung. Der wesentliche Punkt in einem Raumordnungsverfahren stellt die Frage, brauchen wir an dieser Stelle diese Anlage. Das ist nicht in diesem Beteiligungsverfahren Raumordnungsverfahren geregelt worden, sondern durch ein diktierendes Gesetz. Durch ein diktierendes Gesetz, das EnLAG, und zu Recht gab es da auch kritische Stimmen aus der SPD, dieses EnLAG so nicht passieren zu lassen, weil es nämlich die Bürgerbeteiligung ausschaltet. Das ist das, was Sie jetzt ernten. Sie haben die Bürger nicht beteiligt, Sie haben sie nicht mal in einer Korridorentwicklung beteiligt.

Das wird uns im Übrigen auch auf die Füße fallen beim Pumpspeicherwerk. Wenn das Pumpspeicherwerk nicht mit den Bürgern vor Ort in der gesamten Region zusammen entwickelt wird, dann wird es genau diesen gleichen Weg gehen. Wir GRÜNE sagen Ihnen ganz klar: Wir sind bereit, diese unangenehmen Diskussionen zu führen, wir führen sie in unserer Partei schon, wir führen sie mit den Leuten vor Ort, aber wir schaffen das nicht, wenn Sie die Bürger da draußen vor lassen und wenn Sie sagen, im Landkreis Gotha mit denen müssen wir reden, mit der direkt betroffenen Gemeinde mit der müssen wir reden, aber schon mit Schmalkalden-Meinungen reden wir nicht mehr, dann sind Sie auf dem Holzweg und nicht mehr auf dem Rennsteig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese große Verantwortung, die wir hier übernehmen müssen, gelingt nur mit großer Bürgerbeteiligung und auch hierfür hat die Thüringer Landesregierung noch keine Vorschläge gemacht. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Uns stehen jetzt noch 1 Minute 30 zur Verfügung. Ich habe zwei Wortmeldungen in der Reihenfolge Herr Frank Weber von der SPD-Fraktion und Herr Abgeordneter Barth von der FDP-Fraktion. Herr Minister Machnig hatte sich noch mal gemeldet. Möchten Sie erst die 1:30 von Herrn Weber hören und dann schauen wir mal, wie viel dann noch für den Abgeordneten Barth herauskommt.

Herr Abgeordneter Barth, ich wollte den Abgeordneten Adams nicht unterbrechen, aber ich habe sehr deutlich gehört, wie Sie gesagt haben: „wie dumm Sie sind.“ Dafür rüge ich Sie.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer nun zuerst, Abgeordneter? Der Herr Minister. Gut, dann wissen wir, wie viel Redezeit wir insgesamt noch haben.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Ja, vielen Dank. Frau Präsidentin, ich will auf zwei, drei Dinge des Kollegen von den GRÜNEN eingehen. Herr Adams, die Zahlen, die Sie vorgetragen haben, sind schlicht falsch. Ich will sagen, was die Wahrheit ist. 24 und ein bisschen Prozent ist der in Thüringen produzierte Strom am Gesamtverbrauch in Thüringen, weil der Anteil ansonsten deutlich höher wäre. Im Übrigen, das ist mal statistisch hier so gehandhabt worden, wir haben das mal runtergerechnet und die Wahrheit ist, 24 Prozent selbst produzierten Strom am Gesamtverbrauch, das ist die Realität. Jetzt will ich was sagen, Herr Adams, da müssen Sie mir schon mal zuhören. Ich will auch sagen, die Einwände an den Kollegen Carius weise ich hier zurück, weil sie nicht wahr sind. Er hat ein Gebäudeprogramm mit KfW-Mitteln auf den Weg gebracht. Wir kämpfen gemeinsam in Thüringen, der gesamte Teil ...

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber wie wirkt es?)

Jetzt hören Sie doch mal zu. Die gesamte Regierung kämpft dafür, dass wir im Vermittlungsausschuss des Bundestages und des Bundesrates zu einer vernünftigen Lösung beim Gebäudesanierungsprogramm kommen. Natürlich wollen wir eine höhere Sanierungsquote, die muss deutlich über 1 Prozent liegen. Da sind sich auch alle einig. Wir brauchen nur einen Finanzierungskanal. Und dann sage ich mal offen, wenn Sie mehr Geld fordern, dann müssen Sie einen Vorschlag hier im Parlament machen, wie, mit welchen Mitteln denn zusätzliche Investitionen in den Bereich kommen. Wir haben gesagt, wir wollen das Bundesprogramm so aufstocken, dass eine höhere Sanierungsquote möglich bleibt und dabei bleibe ich.

Im Übrigen, es ist auch nicht wahr, was Sie behauptet haben, wir seien beim Thema Wind nicht vorangekommen. Nur auch da, Herr Adams, gilt eines: Die Landesentwicklungspläne sind älteren Datums und wir haben Regionalpläne und diese Regionalpläne sind gerade angepasst worden. Selbst unter dem obwaltenden Landesplanungsgesetz und dem obwaltenden Landesentwicklungsplan ist die Zahl zum Beispiel der Vorranggebiete gestiegen. Nicht in dem Maße, wie ich mir das wünsche, ich

(Minister Machnig)

sage das ganz offen, aber in vielen Regionen ist dort Bewegung hineingekommen und das wird sich auch fortsetzen. Eines ist doch klar, der Kollege Carius macht ein Landesplanungsgesetz und einen Landesentwicklungsplan für die Zeit ab 2013. Das wird dann eine rechtliche Grundlage dafür schaffen, dass wir im Ausbau der erneuerbaren Energien auch im Windbereich vorankommen. Ohne eine solche gesetzliche Grundlage wird das am Ende des Tages eben nicht gehen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber wie wirkt es?)

Ja, das geht nicht, weil Sie bestehende Gesetze haben und das Anpassungsverfahren sehr komplex ist. Es gibt allein beim Landesentwicklungsplan 4.000 Bemerkungen aus dem Parlament und von anderer Stelle. Das ist konkrete Beteiligung und die muss jetzt abgearbeitet werden.

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Vorlage ist doch schon schlecht.)

Ach, reden Sie doch nicht so einen Unfug daher. Das ist doch ganz normal, dass es dort Einwendungen gibt in so hochkomplexen Verfahren, und die müssen jetzt abgearbeitet werden. Das zeigt, dass da die Landesregierung, auch der Kollege Carius, jetzt bereit ist, auf die Argumente dort einzugehen.

Jetzt zum Thema Bürgerbeteiligung bei der 380-kV-Leitung: Das ärgert mich auch. Ich will noch mal an eines erinnern, Herr Adams. Ich habe zusammen mit den Koalitionsfraktionen vorgeschlagen, dass wir noch mal eine Anhörung machen im Landtag. Ich habe mit der Bürgerinitiative vor Ort gesprochen. Wir haben noch mal die Gutachten bewertet, all das ist geschehen. Aber irgendwann muss entschieden werden. Weil das Prinzip von Bürgerbeteiligung nicht sein kann, reden wir so lange, bis nichts mehr stattfindet - das kann nicht das Prinzip von Bürgerbeteiligung sein, sondern wir müssen irgendwann mal entscheiden.

(Beifall CDU, SPD, FDP)

Das ist die Wahrheit, das ist die schlichte Wahrheit.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Am Anfang.)

Nicht am Anfang. Beim Pumpspeicher - Herr Adams, hören Sie mal zu - will ich Ihnen auch sagen, was haben wir denn getan? Trianel - auf das Anraten auch meines Ministeriums - hat Folgendes getan. Die haben gesagt, wir legen nicht ein Oberbecken fest, sondern wir schlagen drei unterschiedliche vor. Wir wollen jetzt im Raumordnungs- und im Planfeststellungsverfahren den besten Standort für ein Oberbecken festlegen, das unter betriebswirtschaftlichen, naturschutzfachlichen und unter Akzeptanzgesichtspunkten dasjenige ist, das am Ende des Tages auch von allen mitgetragen wird.

Mehr Beteiligung geht doch nicht. Manche - das meine ich jetzt nicht an Sie - sagen Bürgerbeteiligung, aber sie meinen am Ende, wir wollen Dinge verhindern. Das ist unredlich und so werden wir die Energiewende nicht voranbringen. Ich bin für Bürgerbeteiligung, habe das in meiner Zeit auch in Berlin immer verteidigt, wenn es dort Hinweise gab. Aber ich sage auch, wir können uns Planungszeiträume beim Thema Netzausbau von 121 Monaten - das heißt 10 Jahre - in Deutschland nicht erlauben.

(Beifall FDP)

Wer das glaubt, der wird eines erleben, das mit der Energiewende geht schief. Das kann sich ein Land wie Thüringen, das kann sich ein Land wie Deutschland nicht erlauben. Deswegen Bürgerbeteiligung ja, aber auch Entscheidungen, wenn sie reif sind. Entscheidungen müssen getroffen werden, das ist die Grundlage dafür, dass wir als Industrieland in den nächsten Jahren auch noch entwicklungsfähig sind. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Jetzt die Wortmeldung von Herrn Abgeordneten Frank Weber von der SPD-Fraktion. Bitte schön.

Abgeordneter Weber, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich kann mich dem Minister an der Stelle nur anschließen. Herr Adams, wissen Sie, wenn Sie so tun, als würde diese Landesregierung keine Bürgerbeteiligung zulassen und nicht versuchen, transparente Verfahren zu ermöglichen, das ist völlig widersinnig. Aber der Punkt ist, gerade über die Frage Leitungsausbau können wir lange diskutieren. Am Anfang der Diskussion und der Debatte stand die finale Aussage, wir brauchen die Leitung nicht. Dann gab es die Diskussion, die Erörterung, es gab Gutachten, es gab ein Gegengutachten. Das hat gesagt, theoretisch könnte unter bestimmten Umständen vielleicht die Leitung bis 2015 noch tragen - da wird sie noch nicht mal fertig sein im Übrigen, wenn sie schon wieder überholt wäre nach Jarass. Und die Antwort derjenigen, die beteiligt werden sollten, war: Nein, wir brauchen die Leitung nicht. Wir haben die Diskussion geführt, wir haben 30 Prozent des Leitungsverlaufs noch mal verändert. Ich habe mit vielen Bürgerinitiativen auch gesprochen vor Ort, da gab es durchaus Leute, die vernünftig waren und in der Diskussion gesagt haben, wir sehen ja ein, dass wir die Leitungen brauchen, aber warum mit dieser Trassenführung, warum könnt ihr das nicht ein bisschen anders machen. Das ist alles berücksichtigt worden. Viele waren auch der Meinung, jetzt ist es verträglicher. Die

(Abg. Weber)

Antwort von Ihnen und von der Kollegin Enders war, nein, wir brauchen die Leitung nicht. Wissen Sie, das ist kein Dialog, das ist ein postulierendes Feststellen einer Position, die sich trotz Bürgerbeteiligung, trotz Transparenz und trotz langer Diskussion niemals ändern wird, bis das politische Ziel der Person erreicht ist. Ja, das ist doch so, da müssen wir uns doch nichts vormachen. Das hat doch ein Ziel, das hat doch einen Zweck, weil man nicht bereit ist, den Menschen vor Ort auch die Wahrheit zu sagen. Es ist halt nicht so, wie sich das der eine oder andere wünscht.

Der weitere Punkt ist - wenn man mal subsumiert, was dann passiert ist -, Sie streiten jetzt gemeinsam mit einigen bei den LINKEN, nicht allen, ich weiß das sehr gut, zehn Jahre um 90 Kilometer Leitung. Wir brauchen, der Minister hat es eben gesagt, 4.500.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Wir streiten darum? Nein, die Bürger streiten.)

Wir streiten mit den Bürgern, wir streiten mit den Netzbetreibern, wir streiten mit Vattenfall, wir streiten mit 50Hertz Transmission. Sie wissen doch, mit wem wir alles streiten, Kollege Ramelow.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Aber Frau Enders hat Alternativen vorgelegt.)

Ganz viele, eine einzige Alternative, die bis 2015 trägt, Kollege Ramelow. Wir können nachher noch einmal das Jarass-Gutachten durchschauen. Aber das haben wir schon so oft gemacht hier. 10 Jahre für 90 Kilometer, 4.500 brauchen wir. Das ist der Fakt. Das ist im Übrigen Wasser auf die Mühlen der Gegner der Energiewende, denn Sie müssen sich mal die Lastströme anschauen, warum

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Ja, die Bürger wollten die Lastströme wissen und haben sie nicht bekommen.)

teilweise tatsächlich Strom aus Frankreich importiert wird. Warum ist das denn so? Weil es eine Leitungslücke gibt zwischen dem Norden und dem Süden der Republik, das ist so. Das ist ein Fakt.

(Unruhe DIE LINKE)

Deswegen kommt der produzierte Strom vom Norden nicht weg. Wissen Sie, eine ...

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Wo sind die Lastströme? Das nennt ihr Bürgerbeteiligung.)

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter Ramelow, wir haben noch ein bisschen Redezeit, wenn Sie dann sprechen möchten. Ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit für den Abgeordneten.

Abgeordneter Weber, SPD:

Ich will noch einen Satz einfügen. Wissen Sie, es wäre natürlich schön, wenn die Intention zum Windkraftausbau auch in Eisenach ankommen würde, wo man massiv darum streitet, um ein Vorranggebiet zu verhindern vonseiten der GRÜNEN, das ging jetzt gar nicht in Richtung LINKE, ausnahmsweise.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Mit Herrn Köckert gemeinsam oder wie?)

Dann will ich noch einen Satz sagen; ich weiß nicht, das ist vorhin von Ihnen falsch aufgenommen worden. Ich habe gesagt - und das ist auch ein Fakt -, die Menschen sind schon immer dahin gezogen, wo Energie produziert wird. Industrie hat sich schon immer da angesiedelt, wo günstig Energie zur Verfügung stand. Da sind Boom-Regionen entstanden, Regionen mit großer Wirtschaftskraft in Deutschland, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg. Es hat Gründe, warum dort so viel Industrie, so viele Arbeitsplätze, auch so viel Wohlstand entstanden ist, weil da Energie vorhanden war, weil da Energie produziert wurde, weil da Energie bezahlbar war. Wir haben die Chance, Thüringen zum Land zu machen, in dem Energie produziert wird, wo Energie bezahlbar wird und wo Energie zukunftsfähig zur Verfügung steht. Wenn wir diese Chance nicht nutzen, dann sind wir schlecht beraten und verraten auch die Bürgerinnen und Bürger. Danke.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die FDP-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Uwe Barth. Er zieht zurück. Ich sehe keine Redemeldungen weiter. Dann schließe ich den ersten Teil des Tagesordnungspunkts und rufe auf den **zweiten Teil**

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Anerkennung von Erziehungsleistungen in der Rente verbessern“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/4182 -

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Henry Worm von der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Worm, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht nur wenn es um die jährliche Anpassung der Rente geht, und das möchte ich gleich hier vorwegnehmen, spielt dieses Thema auch eine entsprechende Rolle bei uns hier im Landtag. Wir

(Abg. Worm)

haben bekanntermaßen hier im Haus vielfach über dieses Thema mit all seinen Facetten diskutiert, insbesondere zum Beispiel was die Problematik der zu DDR-Zeiten geschiedenen Frauen betrifft, wobei es, und das möchte ich auch deutlich hier sagen, über die Fraktionen hinweg Einigkeit gibt, dass es in dieser Frage einer unbürokratischen und umsetzbaren Lösung bedarf.

Damit komme ich zu einem weiteren Punkt, der uns als Fraktion gemeinsam mit den Frauen aus der Frauen Union und den Kolleginnen und Kollegen der sächsischen CDU-Fraktion am Herzen liegt und für den wir uns einsetzen. Ich rede hier von der Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung. Um das gleich vorwegzunehmen, es geht uns nicht um die Frage der Anrechnungszeiten für die nach 1992 geborenen Kinder. Ich denke, diese sind durchaus zufriedenstellend geregelt und es ist hier gerade auch der CDU zuzuschreiben, dass Familienleistungen, beginnend ab 1986, in der Rentenversicherung anerkannt und schrittweise entsprechend ausgebaut wurden. Uns geht es an dieser Stelle um die gleichwertige Anrechnung und Anerkennung der Erziehungsleistungen für die vor 1992 geborenen Kinder für die Frauen, die künftig in Rente gehen werden. Konkret setzen wir uns dafür ein, dass auch Erziehende, die künftig in Rente gehen, und deren Kinder vor 1992 geboren wurden, insgesamt 3 Entgeltpunkte in der gesetzlichen Rentenversicherung anerkannt bekommen, also 2 mehr als jetzt. Derzeit ist die Regelung so, dass es für die vor 1992 geborenen Kinder einen Entgeltpunkt gibt und für danach Geborene durchschnittlich 3, aber unter bestimmten Voraussetzungen auch bis zu 5,3 Entgeltpunkte erworben werden können.

Das ist eine deutliche Diskrepanz in der Frage, wie Erziehungsleistung letztendlich rententechnisch bewertet wird. Ich will an dieser Stelle gar nicht auf die Frage der Gerechtigkeit im Verhältnis zu Kinderlosen einerseits und zwischen älteren und jüngeren Müttern andererseits eingehen, auch nicht auf die Tatsache, dass derjenige, der Kinder erzieht, einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft leistet. Aber was ich ansprechen will, ist, dass viele Frauen zugunsten ihrer Kinder und Familie auf Karriere und Geld verzichten und verzichtet haben und sich das nicht nur unmittelbar auf das Haushaltseinkommen auswirkt, sondern natürlich auch später auf die finanzielle Absicherung im Rentenalter.

Gerade ältere Frauen haben dadurch lange familienbedingte Lücken im Erwerbsverlauf und verbunden sind damit im weiteren Erwerbsleben vielfach langjährige Teilzeitarbeit und geringere Aufstiegschancen im Beruf. Das bedeutet letztendlich ein geringeres Erwerbseinkommen, verbunden mit einer geringeren Rentenanwartschaft, da die Rente in Deutschland stark an die vorherigen Erwerbseinkommen anknüpft.

Mit der schrittweisen Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre wird außerdem das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente weiter sinken, da die Versicherten entsprechend länger arbeiten müssen, um ihre Rente beziehen zu können.

Fakt ist auch, dass gerade Frauen ihre Rentenlücken kaum aus eigener Kraft schließen können. Wir treten dafür ein, diese Lücke zielgerichtet zu schließen, denn Frauen sollen im Alter genauso abgesichert sein wie Männer. Letztendlich geht es hierbei auch ein Stück weit um Gerechtigkeit für ältere Mütter. Wir wissen hierbei die Frauen Union und die Kollegen von der CDU-Fraktion in Sachsen an unserer Seite und würden uns freuen, wenn es auch aus den anderen Parteien Unterstützung in dieser Sache gibt. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Für die Fraktion der FDP spricht Herr Abgeordneter Marian Koppe.

Abgeordneter Koppe, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Worm, es war ja jetzt nicht ganz eindeutig, in welche Richtung Sie mit Ihrer Aktuellen Stunde gehen wollten, weil es hätte ja auch sein können, dass das ein generelles Anliegen ist, die Erziehungsleistungen anders zu vergüten über das Rentenrecht, als es heute besteht. Aber Sie haben jetzt deutlich gemacht, dass es Ihnen um die Mütter geht, die vor 1992 ihre Kinder zu Hause erzogen haben und dementsprechend ja kein Einkommen in dem Sinne haben.

Tatsächlich gebe ich Ihnen recht, das ist eine ungleiche Behandlung, darüber muss schon nachgedacht werden, wie man das macht. Ich habe zwar Zweifel, ob man das wirklich über die Rentenpunkte machen kann. Wenn ich mich so an die Zusatzrente erinnere, die zu DDR-Zeiten ja auch der eine oder andere bezahlt hat, auch da sind wir ja noch nicht da, wo wir eigentlich hinwollen oder wo es zumindest gerecht wäre.

(Beifall FDP)

Dass die ungerechte Rentenhöhe angegangen werden muss, das ist auch klar. Es gibt ja jetzt, soweit ich weiß - das wissen Sie bestimmt auch, Herr Worm -, in Berlin einen Regierungsdialog Rente, der sich nicht nur mit dem Thema, aber auch damit beschäftigt. Ich habe zumindest gehört, dass das Thema dort diskutiert wird. Ich würde schon vorschlagen, dass wir vielleicht so lange warten, bis es dort auch ein Konzept gibt. Das Anliegen kann ich schon unterstützen,

(Beifall FDP)

(Abg. Koppe)

aber jetzt als Bundesland Thüringen ins Blaue zu schießen, würde ich erstens für verfrüht halten und zweitens auch für nicht zielgerichtet. Von daher bin ich schon der Meinung, dass wir, wenn wir das Ergebnis vorliegen haben, dann schauen, was wirklich im Konzept steht, auch schauen, was das für die Mütter aus den neuen Bundesländern, denn die betrifft es ja vorrangig, bedeutet, und dann können wir schauen, was wir damit machen.

Ganz zum Schluss, lieber Kollege Worm, wäre es vielleicht ganz gut, wenn sich zu dem Thema die zuständige Ministerin mit dem verantwortlichen Bundesfinanzminister darüber unterhält, denn zum Schluss geht es auch da wieder um Geld. Keine Frage, man muss überlegen, was einem das Wert ist, und wenn man es nur aus Steuermitteln finanziert, die man bereitstellt für die Rentensicherung, wie es bis heute ist, dann kostet das automatisch mehr Geld, es sei denn, Sie wollen das über private Vorsorge arrangieren, dann müssen Sie es aber hier sagen. Ansonsten, wie gesagt, wäre es vielleicht auch interessant, dass Sie mal gesagt hätten, was die zuständige Familienministerin und die zuständige Arbeitsministerin mit dem zuständigen Bundesfinanzminister, die alle drei aus Ihrer Partei kommen, da bereits besprochen haben. Das wäre für uns auch interessant, vielleicht hätten wir da ein paar konkrete Punkte, über die wir hier auch reden können. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die Fraktion DIE LINKE hat das Wort der Abgeordnete Matthias Bärwolff.

Abgeordneter Bärwolff, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wenn man junge Leute heute fragt, was sie für eine Rente erwarten, dann sagen die meisten, ich bekomme doch ohnehin keine Rente mehr. In der Tat, die künftige Alterssicherung junger Leute steht auf sehr dünnem Eis. Menschen, die heute 20, 30 oder 40 Jahre sind, werden künftig keine Rente mehr erhalten, die ihren Lebensstandard sichert. Junge Leute werden künftig mit Armutsrenten abgespeist. Die Rentenformel hat mit den Realitäten der heutigen jungen Generation nichts mehr zu tun. Zu schlimm, zu krass waren die Kürzungen der Rentenansprüche in den letzten Jahren, vor allem, seit Rot-Grün im Bund regierte. Da hilft es auch nichts, Kollege Worm, wenn die CDU heute wahrscheinlich zum Internationalen Frauentag fordert, dass die Erziehungszeiten bei den Rentenansprüchen stärker berücksichtigt werden müssen. Sie haben vergessen, was Sie mit der Rentenformel gemacht haben. In blindem Wahn, getrieben vom neoliberalen Glaubenssatz, dass privat allemal besser sei als der Staat und nichts wichtiger sei als die Beitragsstabil-

tät, haben Sie die staatliche Rente entkernt. Die soziale Absicherung im Alter wurde über Bord geworfen. Wurden bisher rund 76 Prozent des letzten Einkommens als Rente veranschlagt, senkte man diesen Betrag für die heutigen jungen Menschen auf lächerliche 43 Prozent. Ausbildungszeiten, Studium, Praktika und andere Qualifizierungen, wie sie mit dem lebenslangen Lernen einhergehen, bleiben bei den Anwartschaften gänzlich unberücksichtigt. Auch die Zeiten der Arbeitslosigkeit schlagen bei den heute jungen Menschen stärker ins Kontor.

Mit dem letzten Sparpaket der Bundesregierung wurden selbst die 2,19 € Rentenansprüche für die Hartz-IV-Betroffenen weggekürzt. In Zeiten zunehmender Flexibilisierung und dem Umgreifen prekärer Beschäftigung, wo Niedriglohn, unbezahlte Praktika, Selbstständigkeit, Ausbildung, zeitweise Arbeitslosigkeit und befristete Beschäftigung die Regel und nicht die Ausnahme sind, brauchen wir eine starke Rente, die von der gesamten Gesellschaft getragen wird.

(Beifall DIE LINKE)

Sie aber, meine Damen und Herren der ganz großen neoliberalen Koalition, fahren die Alterssicherung mit Vollgas gegen die Wand. Private Vorsorge, kapitalgedeckt - hat uns die große Krise des Kapitalismus nicht gezeigt, dass es so nicht geht? Carsten Maschmeyer und seine AWD sind doch nicht ohne Grund so unpopulär. Sie haben bewiesen, dass die private Altersvorsorge nichts Verlässliches ist. Sie haben gezeigt, dass sich einige Wenige damit eine goldene Nase verdienen und die Betroffenen im Alter auf dem Trockenen sitzen.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Es geht doch nichts über ein gepflegtes Feindbild.)

Und weil das mit der privaten Altersvorsorge schon so gut geklappt hat, wollen Sie nun auch noch die Pflegeversicherung ebenfalls vor die Wand fahren. DIE LINKE leistet dagegen Widerstand.

(Beifall DIE LINKE)

Wir brauchen eine Rente, in die alle einzahlen, Angestellte, Arbeiter, Beamte und Selbstständige und auch wir Abgeordneten. Wir brauchen eine Rente, in der alle Einkommen berücksichtigt werden,

(Beifall DIE LINKE)

Löhne und Gehälter ebenso wie Spekulationsgewinne, Mieten, Pachten, Zinsen. Wir brauchen eine Rente, die verhindert, dass sich Besserverdienende ausklinken und weil sie mehr Geld verdienen als andere, sich auch noch preiswerter privat versichern können. Lassen Sie die Finger weg von weiteren Privatisierungen der Arbeitsrisiken! Mehr als 9 Mrd. € sind bislang in die unsichere und hoch riskante private Alterssicherung geflossen; 9 Mrd. €, die der gesetzlichen Rentenversicherung fehlen. DIE LINKE tritt für eine Stärkung der umlagefinan-

(Abg. Bärwolff)

zierten Rente ein. Die demographische Lüge hat nur einen Zweck, die gesetzliche Rentenversicherung auszuhöhlen und eine Drohkulisse aufzubauen. Umlagefinanzierung heißt doch, das, was heute erwirtschaftet wird, wird an die heutigen Rentner verteilt. Glauben Sie denn wirklich, dass in 20, 30 oder 40 Jahren nichts mehr erwirtschaftet wird, dass dann nicht mehr umverteilt werden kann? Freilich, dann gibt es mehr Alte als Junge, aber es findet doch nur eine Umkehr statt zwischen den zu versorgenden Alten, die mehr werden, und den zu versorgenden Kindern, die weniger werden. Die Steigerung der Produktivität kommt da noch hinzu. Die Schweiz, nicht gerade ein sozialistischer Vorzeigestaat, hat genau diese umlagefinanzierte Rente ausgebaut und gestärkt. Es ist übrigens nicht bekannt, dass der demographische Wandel an der Schweiz vorüberging.

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine starke Rente, die gerecht ist, die alle einbezieht und Armut verhindert, das heißt auch, Ausbildungszeiten, Arbeitslosigkeit und auch die Erziehung von Kindern anzuerkennen. Um Altersarmut zu verhindern und ein Altern in Würde zu ermöglichen, kämpft DIE LINKE für den Mindestlohn, für die Mindestsicherung und für die Mindestrente. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Abgeordnete Dagmar Künast.

Abgeordnete Künast, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Anerkennung von Erziehungsleistungen in der Rente verbessern - die Aktualität dieser Aktuellen Stunde sehe ich nicht wirklich. Das Thema wird von der CDU wohl eher deshalb als aktuell angesehen, damit sich Herr Worm dieses Themas einmal annehmen kann. Aber, Herr Worm, wäre es nicht besser, in Berlin dieses Problem einmal anzugehen, denn nur dort ist es möglich. Es hier in der Aktuellen Stunde zu bereden, finde ich ein bisschen eigenartig.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allerdings war es auch interessant, wenn sich Herr Koppe mit der CDU streitet, wer in Berlin dafür verantwortlich ist. Ich möchte deshalb, bevor ich zum eigentlichen Thema der Aktuellen Stunde etwas sage, darauf hinweisen, dass es viele rentenrechtliche Regelungen gibt, die einer dringenden Lösung bedürfen. Besonders die Regelungen, die die neuen Bundesländer und somit auch Thüringen betreffen. Die schwarz-gelbe Koalition hat im vergangenen Jahr angekündigt, zur Mitte der Legislatur ein Konzept zur Angleichung der Renten in Ost und West

vorzulegen. Die Mitte ist, glaube ich, erreicht und wenn man sich den Zustand der Koalition für einen Moment anschaut, scheint sie sich bereits dem Ende zuzuneigen. So viel dazu.

Meine Damen und Herren, feststeht, dass der Einstieg ins Berufsleben, aber auch der Wiedereinstieg ins Berufsleben mit einem oder gar mehreren Kindern schwierig ist. Besonders Frauen verlieren dadurch auf der Karriereleiter oft den Anschluss an ihre männlichen Kollegen, was auch mit unmittelbaren und künftigen finanziellen Einbußen verbunden ist. Außer Frage steht aber auch, dass die Erziehung von Kindern eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe ist, besonders in Zeiten des demographischen Wandels. Folglich sollte die Erziehung von Kindern honoriert werden. Dies geschieht renten- und steuerrechtlich bereits auf vielfältige Weise. Dass für nach 1992 geborene Kinder drei Rentenpunkte berechnet werden, während für die vor 1992 geborenen Kinder lediglich ein Rentenpunkt in die Rechnung eingeht, scheint mir in der Tat ungerecht. Es wäre deshalb zu begrüßen, wenn auch Frauen, die vor dem Jahr 1992 ein Kind bekommen haben und künftig in die Rente gehen, drei Rentenpunkte angerechnet bekommen. Es muss uns dabei jedoch klar sein, dass diese sehr wünschenswerte Änderung Milliarden kosten würde. Ich spreche mich entschieden dagegen aus, dass diese Milliarden, die dafür benötigt würden, durch Beitragskürzungen für andere Rentengruppen oder Beitragserhöhungen der Einzahler ausgeglichen würden. Wenn eine derartige Regelung kommt, und das hoffe ich, dann muss sie durch eine Erhöhung des Bundesanteils am Rententopf finanziert werden. Diese Steuern müssen erwirtschaftet werden, unter anderem von denjenigen, die vor, und auch denjenigen, die nach 1992 geboren worden sind. Ich möchte an dieser Stelle noch mal darauf hinweisen, dass Frauen im Osten Deutschlands aufgrund des geringen Rentenwertes Ost für ihre Zeit der Kindererziehung unterm Strich weniger Rente erhalten als die Mütter im Westen Deutschlands. Deshalb würde ich gerne das von der schwarz-gelben Bundesregierung in Aussicht gestellte Konzept zur Angleichung Rente Ost-West sehen, in dem die vielfältigen Probleme auf dem Gebiet des Rentenrechts angegangen und vielleicht auch gelöst würden. Danke.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Anja Siegesmund.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, Herr Worm, jetzt bekommen Sie die

(Abg. Siegesmund)

vierte Gegenrede, und Sie stehen ziemlich alleine, sowohl mit Ihrer Überschrift für die Aktuelle Stunde als auch mit dem, was Sie wollen. Wobei ich mich zwischenzeitlich fragte, ob Sie eigentlich wissen, was Sie wollen oder ob Sie nicht noch auf Dialog vor allem mit Ihrem Koalitionspartner in Berlin warten und gehen müssen, damit Sie überhaupt wissen, wovon Sie reden und was Ihr Vorschlag ist. Deswegen habe ich mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass Sie, vielleicht auch wegen des bevorstehenden Equal Pay Days, noch mal deutlich zeigen wollen, welche Familien- und Frauenpolitik Sie sich wünschen. Sie haben ja immer den Anspruch, dass die besonders modern ist. Ich sage Ihnen aber, die Ideen, die Sie hier heute präsentiert haben, oder dieses Fragment von Ideen, zeigt nach wie vor, dass Sie einfach einem tradierten Rollenbild verfallen sind, was überhaupt nicht modern ist, was überhaupt nicht nachhaltig ist und was zudem jetzt auch noch so teuer ist - die Zahlen haben Sie nämlich bewusst nicht genannt -, Sie werden damit nirgendwo Erfolg haben.

Wenn Sie denn schon dazu Presse machen, Herr Worm - ich habe ja mit Interesse auch Ihre Pressemitteilung gelesen -, dann müssen Sie sich auch entscheiden, wo Sie das Thema auf Bundesebene ansiedeln wollen. Sie haben in Ihrer Pressemitteilung davon geredet, dass Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen das Thema für sich erkannt hat. Wenn ich recht informiert bin, ist Christina Schröder Bundesfamilienministerin, richtig? Da müssen Sie sich schon entscheiden. Ich weiß, Frau Schröder ist nicht besonders wahrnehmbar. Aber meines Wissens ist Frau von der Leyen Arbeitsministerin. Wenn das nicht mal die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag weiß, dann tut es mir leid.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann sieht es wirklich schwärzer aus in Thüringen als ich immer dachte, dass es wirklich ist.

Jetzt lassen Sie mich zum Thema reden, eigentlich ein reines Bundesthema. Das finde ich deswegen bemerkenswert, weil insbesondere von der CDU sich immer darüber moniert wird, die Opposition würde hier Themen in die Aktuellen Stunden einbringen, die vor allem Bundesthema sind. Das ist ein reines Bundesthema.

Aber lassen Sie uns kurz diskutieren. Sie haben 1992 auf Bundesebene, denn da sind wir, den Anspruch auf Erziehungsurlaub von damals einem auf drei Jahre erhöht. Das wurde damals als ganz großer Fortschritt, insbesondere der damaligen Frauenministerin Angela Merkel bezeichnet und gefeiert. Dass Sie aber damit bis heute insbesondere in den alten Ländern die inzwischen von der CDU geforderte Wahlfreiheit bei der Kita-Betreuung faktisch unmöglich gemacht haben, dazu haben Sie heute nichts gesagt. Und dass es keinen guten Ausbau von Kitas, insbesondere in den alten Län-

dern, gibt und die jetzt im Nachholprozess sind, das ist einer der Gründe für Altersarmut und nicht die Tatsache, die Sie hier vorhin genannt haben. Sie haben Altersarmut generiert und jetzt versuchen Sie, fünf vor zwölf da irgendwelche Konzepte sich zu überlegen. Das, was Sie sich da überlegen, das kostet viel Geld.

Meine Bundestagsfraktion hat sich mal die Mühe gemacht, das auszurechnen. Sie sind ja mit der Zahl nicht rausgerückt. Ich habe für Sie eine Zahl, die fachkundig auf Bundesebene unsererseits berechnet wurde, würde ich mir gern von Ihnen bestätigen lassen: Bis zu 7 Mrd. € würde dieser Vorschlag kosten. Scheinbar von Bundesarbeitsministerin von der Leyen angeschoben. Wie gesagt, Bundesfamilienministerin ist ja jemand anderes. Da müssen Sie mal erklären, wo Sie diese 7 Mrd. € hernehmen wollen. Jedenfalls wird damit Altersarmut nicht verhindert, sondern im Gegenteil, die nächsten Generationen, die Sie ja immer nicht im Blick haben, die müssen dann draufzahlen und das ist kein nachhaltiges Konzept, mitnichten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wir brauchen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn es wirklich darum geht, Altersarmut zu bekämpfen, das sind andere Konzepte.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Welche?)

Die nenne ich gerne, Herr Kuschel, ich freue mich, dass Sie mit Interesse hier von der ganz linken Seite auch mit dabei sind. Ich nenne die gerne, habe aber leider nur 5 Minuten, deswegen hier die kurze Nennung. Zum einen fängt es jetzt damit an, dass wir wirklich eine Kindergrundsicherung brauchen, damit Familien von Anfang an auskömmlich leben können. Darum geht es nämlich, dass man auch wirklich Familie gründen will und sich abgesichert fühlt - erster Punkt.

Zweiter Punkt: Wir brauchen die bestmögliche institutionelle frühkindliche Bildung. Das ist das, was die CDU immer noch nicht erkannt hat. Sie machen irgendwie Politik für Muttis, die meinen, sie müssten zu Hause bleiben und am Herd stehen - Stichwort „Herdprämie“ -, kümmern sich aber nicht um frühkindliche Bildung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen - lieber Herr Kuschel, ich führe den Katalog fort - gute Ganztagschulen mit qualifiziertem pädagogischen Personal, dass Eltern sich auch darauf verlassen können, dass ihre Kinder gut betreut und gebildet werden. Wir brauchen in diesem Land - dafür können Sie etwas tun, dass wir auch kulturell da einen Schritt weiterkommen - qualifizierte Arbeitgeberinnen insofern, als dass sie flexible Arbeitszeiten möglich machen, dass sie gute Löhne ermöglichen, dass sie gute Teilzeitmodelle

(Abg. Siegesmund)

tatsächlich beigegeben. Wir brauchen die Grundsicherung im Alter. Das alles sind viele Punkte, über die kann man diskutieren. Die sorgen dafür, dass Altersarmut sowohl präventiv in gewisser Hinsicht eingedämmt als auch nachhaltig vorgebeugt wird. Das ist der richtige Weg. Alles andere ist der Griff in die Mottenkiste. Das haben Sie heute wieder gezeigt, das können Sie. Ihr Vorschlag ist Stückwerk. Denken Sie noch einmal darüber nach und reden Sie vor allen Dingen auf Bundesebene mit Ihrem Koalitionspartner, bevor so halbgeare Sachen hier in die Öffentlichkeit kommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen von Abgeordneten - Frau Stange? Bitte schön, Frau Stange.

Abgeordnete Stange, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, ich will noch mal zwei Sätze nachschieben, vor allem zu Herrn Worm.

Herr Worm, Sie wissen, das Thema Rente und Rentengerechtigkeit hat im Landtag in den letzten 20, 22 Jahren des Öfteren im Mittelpunkt gestanden. So haben wir uns als Fraktion auch gefragt, wie kommen Sie jetzt dazu, eine Idee der Vorsitzenden der Frauen Union, Maria Böhmer, aufzugreifen - deren Pressemitteilung habe ich mir noch mal angeschaut -, die eigentlich eine Problematik aufgreift, die nicht uns hier in den ostdeutschen Bundesländern betrifft, sondern sie betrifft die Frauen in den westdeutschen Bundesländern. In ihrer Pressemitteilung schreibt Frau Böhmer unter anderem: Die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen verbessert werden, weil die Frauen, die jetzt um die 50 sind, also als ihre Kinder klein waren, gab es keinen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, gab es kein Elterngeld, keine dreijährige Erziehungszeit mit Rückkehrgarantie in den Beruf, keine Hortbetreuung und keine Ganztagschulen. An der Stelle sage ich noch einmal eindeutig, das sind nicht die Probleme der Frauen hier im Osten, denn wir hatten dies alles. Wir konnten nach einem Jahr Erziehungszeit mit Garantie wieder in den Beruf gehen. Wir hatten eine durchgehende Hortbetreuung, wo wir arbeiten gehen konnten, und wir hatten auch gute schulische Bedingungen für unsere Kinder. Darum würde ich mich besonders freuen, wenn wir nicht nur die DDR-Geschiedenis in den Mittelpunkt stellen, wo es eine rentenrechtliche Klärung geben muss, sondern wenn wir auch die anderen Überführungslücken - und hier spreche ich nur mal einige an -, der Rentenwert Ost und West steht ganz oben auf der Liste, die Benachteiligung der Balletttänzerin-

nen, die Benachteiligung der mithelfenden Ehefrauen aus der Landwirtschaft,

(Beifall DIE LINKE)

die Frauen, die zu DDR-Zeiten Marken geklebt haben, die nicht angerechnet worden sind, erwähnen. Ich rede von den Frauen, die zum Beispiel in der Pflege unterwegs waren und wo auch ihre Rentenbeiträge nicht mitgerechnet worden sind. Ich rede von den Lücken, die wir haben bei Professoren und bei Anwartschaften bei Angehörigen der Deutschen Reichsbahn etc. Es sind mehr als 17 offene Lücken aus DDR-Zeiten, die noch überführt werden müssen in ein Rentenrecht. Wir fordern, dass genau diese Punkte geklärt werden. Ich sehe es ähnlich, wie das die Kollegin der SPD gesagt hat, nicht, dass die Forderungen, die in der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP im Bund stehen, dass in dieser Legislatur eine Klärung im Rentenrecht geschehen soll. Ich sehe es nicht. Wir brauchen, wenn wir uns für Frauen und gegen Altersarmut aussprechen wollen, eine Forderung, die seit vielen Jahren im Raum steht. Wir brauchen ein eigenes Frauenrentenrecht, denn dann können wir aufhören mit diesen Klein-Klein-Situationen.

(Beifall DIE LINKE)

Somit haben wir dann alle Gruppen von Frauen in einer altersgerechten existenzsichernden Rente geklärt. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Als Nächster spricht der Abgeordnete Henry Worm von der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Worm, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte schon noch mal auf zwei Aspekte eingehen. Die Frage stand stets im Mittelpunkt, wo leitet sich die Aktualität dieser Aktuellen Stunden her. Es ist das Interessante, dass es eigentlich zwei Fraktionen - SPD und FDP - in ihrer Rede deutlich gemacht haben, woher diese Aktualität kommt. Mitte des Jahres wird in Berlin ein Konzept zur Frage „Rente in Deutschland - Zukunft, Perspektive“ vorgelegt.

(Zwischenruf Abg. Künast, SPD: Soll!)

Da macht das doch Sinn, im Vorfeld auf verschiedene Aspekte einzugehen, oder ein Thema in den Mittelpunkt zu stellen, was breit diskutiert wird und was von entsprechendem Interesse ist. Das ist ein Punkt. Das Zweite, Herr Bärwolff, um auf Ihre Rede noch mal einzugehen, natürlich kann man sich hier hinstellen und kann jammern, dass in der Vergangenheit das Thema Rente ständigen Veränderungen unterworfen war. Das ist richtig. Aber zur

(Abg. Worm)

Wahrheit gehört auch dazu, dass die Rente vor 123 Jahren durch Bismarck, das war, glaube ich, 1889, eingeführt wurde. Und wenn Sie da mal gucken, wie die Lebenserwartung der Leute dort war. Die war nämlich so ungefähr bei 65 Jahren. Die Rente gab es bei 70 Jahren.

(Unruhe DIE LINKE)

Jetzt haben wir die Situation in Deutschland, dass es die Rente ab perspektivisch 67 gibt, und die Frauen eine Lebenserwartung von 82 und die Männer von 77,5 Jahren haben. Das erklärt eigentlich zum großen Teil schon die Frage.

(Unruhe DIE LINKE)

Dann kam noch die Frage nach den Kosten. Auch hier möchte ich eine Zahl sagen. Ja, es gibt hier unterschiedliche Berechnungen und Aussagen dazu, dass man sagt, wenn man die morgen einführen würde, sagen wir mal 2013, würde die 2 Milliarden kosten; nach Aussage der Bundestagsabgeordneten Antje Tillmann steigt sich das bis 3,8 Milliarden. Das sind die Zahlen, die uns vorliegen. Jetzt könnte ich natürlich auch an dieser Stelle fragen, wofür haben wir denn in dieser Bundesrepublik Geld? Wofür geben wir denn teilweise das Geld aus? Ist es vielleicht in dieser Frage nicht besser angelegt?

(Beifall CDU)

(Unruhe DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Wir haben noch 1 Minute Redezeit. Herr Bärwolff.

Abgeordneter Bärwolff, DIE LINKE:

Also, Herr Worm, ich meine, Sie sind ja nicht auf den Kopf gefallen, natürlich ist die Rente schon 130 Jahre alt. Das bestreitet doch niemand. Aber die umlagefinanzierte Rente ist doch der beste Garant dafür, dass wir weiterhin eine solide, armutsfeste Rente bekommen.

(Beifall DIE LINKE)

Das, was Sie doch die ganze Zeit auch im Bundestag verhindert haben, ist, dass wir doch die Bemessungsgrenzen fallen lassen müssen. Das, was Sie verhindert haben im Bundestag, ist doch der Umstand, dass Beamte, Selbstständige und so weiter und so fort gar nicht in die Rente einzahlen.

(Beifall DIE LINKE)

Wir haben gestritten dafür, dass wir eine ordentliche Bürgerversicherung bekommen, dass wir die Rentenversicherung auf breite Beine stellen, dass alle Einkommen, Herr Barth, alle Einkommen, also auch Mieten, Pachten, Zinsen, Spekulationsgewinne mit in die Rente eingezahlt werden. Die Schweiz

ist doch das beste Beispiel dafür. Die haben auch eine umlagefinanzierte Rente. Sie haben sie ausgebaut. Sie haben die Rentenbeiträge, die Prozentsätze gesenkt, haben aber die Bemessungsgrundlagen sehr viel erweitert. Das ist doch ein wesentlich sinnvollerer Weg, denn es wird doch immer etwas erwirtschaftet. Sie haben völlig außer Acht gelassen, dass es Produktivitätsgewinne gibt. Daran werden Sie nicht vorbeikommen.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Die Redezeit ist insgesamt aufgebraucht. Für die Landesregierung möchte Herr Staatssekretär Dr. Schubert sprechen. Bitte.

Dr. Schubert, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Diskussion zum Thema Rente ist jetzt schon sehr vielfältig und sehr weit geführt. Da ließe sich aus Sicht der Landesregierung natürlich auch eine Menge dazu sagen, ob das Angleichung West-Ost ist oder die geschiedenen Frauen oder viele, viele andere Dinge, Personengruppen der ehemaligen DDR, die davon betroffen sind. Ich möchte mich aber in meinen Ausführungen ganz konkret auf das Thema beschränken, was Inhalt der Aktuellen Stunde ist, nämlich die Anerkennung von Erziehungsleistungen der Eltern bei der Rentenversicherung. Es ist ja so, dass die schon in erheblichem Umfang honoriert werden im heutigen Rentensystem. Maßgeblich dafür ist das sogenannte Trümmerfrauenurteil aus dem Jahre 1992, in dem das Bundesverfassungsgericht gefordert hat, die Benachteiligung der Kindererziehenden in der Alterssicherung mit jedem Rentenreformschritt zu verringern. Seit diesem Zeitpunkt hat der Gesetzgeber die Leistungen kontinuierlich erweitert. Zu den familienbezogenen Leistungen der Rentenversicherung gehören insbesondere die Anrechnung von Kindererziehungszeiten. Für die Geburten ab 1992 - das ist schon ausgeführt worden, ich wiederhole es gerne noch einmal - werden drei Jahre für Geburten, davor ein Jahr rentenbegründend und rentensteigernd angerechnet. Die Beiträge werden in diesem Fall vom Bund bezahlt und orientieren sich an der Höhe eines durchschnittlichen Jahresverdienstes eines Pflichtversicherten. Zusätzlich zu den Kindererziehungszeiten werden Kinderberücksichtigungszeiten angerechnet. Hierbei handelt es sich um Zeiten der Erziehung eines Kindes bis zum 10. Lebensjahr. Die Berücksichtigungen erhöhen Renten zwar nicht unmittelbar, wirken sich aber bei Bewertung beitragsfreier und beitragsgeminderter Zeiten rentensteigernd aus. Die Rentenanwartschaft aus der Erwerbstätigkeit wird dabei um 50 auf maximal 100 Prozent des Durchschnittsverdienstes aufgewertet. Das gilt allerdings alles für Zeiten ab 1992.

(Staatssekretär Dr. Schubert)

Das ist eigentlich der Punkt, den wir auch so sehen, dass es ungerecht ist, dass das nur für die Kinder gilt, die ab 1992 geboren sind. Deshalb sollte man auf jeden Fall daran arbeiten, hier eine Gleichstellung zu erzielen. Das kann sehr wohl auch bei dem Thema Altersarmut wirken, denn man muss bedenken, dass in Thüringen gerade bei Frauen die Altersrente im Durchschnitt am 31.10. - das ist die letzte Zahl, die uns vorliegt - bei 695 € liegt. Das geht aus einer Sonderauswertung der Deutschen Rentenversicherung hervor und es ist davon auszugehen, dass sich auch in den nächsten Jahren an dieser Höhe wenig ändern wird, denn bemerkenswert ist, dass immerhin 22.187 Frauen in Thüringen einen sogenannten Auffüllbetrag erhalten. Das heißt, der wird dann immer weiter abgeschmolzen mit jeder Rentenerhöhung. Faktisch haben die seit 1992 nie eine Rentenerhöhung gehabt. Das betrifft immerhin jede 15. Frau in Thüringen. Wenn diese Regelung, die wir jetzt angesprochen haben, mit den Erhöhungen um ein bis zwei Jahre für Kinder, die vor 1992 geboren sind, getroffen werden würde, würde das auf jeden Fall zu einer Steigerung der Renten in dem Bereich führen. Aber man muss natürlich auch sagen - das hat auch Frau Künast schon gesagt -, das Ganze wird viel Geld kosten und das wird nicht aus der Rentenversicherung zu finanzieren sein, denn diese Leistungen werden auch heute schon - die ein und drei Jahre, 1992 und davor - aus dem Bundeshaushalt finanziert. Das heißt, man muss diese Finanzierung dann auch in dem Falle, wenn man das will, aus dem Bundeshaushalt vornehmen. Wir werden uns in diesem Sinne auch in Diskussionen weiter einbringen und wir warten ab, wie die weitere Entwicklung der Diskussion im Laufe des Jahres läuft. Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Ich schließe den zweiten Teil der Aktuellen Stunde und rufe auf den **dritten Teil**

c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Equal Pay Day - Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen in Thüringen überwinden“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/4183 -

Als Erste hat das Wort Frau Abgeordnete Pelke von der SPD-Fraktion.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, dieses Thema „Einkommensunterschiede zwischen Män-

nern und Frauen in Thüringen überwinden“ - und natürlich nicht nur in Thüringen, sondern in Deutschland - heute zu diskutieren, das ist kein Populismus, ist nicht, weil uns nichts anderes eingefallen ist, sondern weil man es auch immer wieder neu ansprechen muss, weil sich nämlich an dem Punkt auch im 101. Jahr des Frauentages immer noch nichts geändert hat

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

insofern, dass es gleichen Lohn für gleiche Arbeit gibt.

(Beifall DIE LINKE)

Insofern unterstelle ich Ihnen das selbstverständlich auch nicht, da Sie noch zum selben Thema einen Antrag eingebracht haben; dieses an die Kollegen der LINKEN. Gerade weil man an diesem Equal Pay Day immer wieder auf die Ungleichheit aufmerksam macht und weil dieses regelmäßig geschieht, habe ich auch das Gefühl, spricht es sich mittlerweile bis in die Wirtschaft herum. Meine Kollegin Dorle Marx hat mir heute Morgen einen Flyer in die Hand gedrückt eines bekannten Möbelgeschäftes - das ist das Möbelgeschäft „Wo du noch wohnst oder schon lebst“; also viele werden es auch kennen - und die haben einen Flyer herausgegeben und da steht drauf „Wusstest du eigentlich, dass Frauen in Deutschland bei gleicher Leistung durchschnittlich 23 Prozent weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen?“ Um auf diese Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen, gibt es seit 2008 auch in Deutschland den Equal Pay Day und bei diesem Möbelgeschäft in Erfurt gibt es am 23.03. wegen dieses Equal Pay Days viele Lieblingsprodukte von Frauen 23 Prozent günstiger. So, wenn das der Einstieg ist in die Frage gleicher Lohn für gleiche Arbeit, finde ich das ein bisschen peinlich. Im Übrigen fand ich es auch ganz witzig, dass ausgerechnet dann auch der Cäsar-Salat, also ein männlicher Salat, günstiger ist im Angebot für Frauen.

Ich hoffe und wünsche, dass dieses Möbelgeschäft und andere mehr darüber hinaus dieses zum Anlass nehmen, gutes Geld für gute Arbeit, also die Frage des Mindestlohns, in Anspruch nehmen und tatsächlich ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ordentlich entlohnen.

Dass sich weiter etwas bewegt, das hat Frau Leukefeld in der Begründung ihres Antrags vorhin schon angesprochen, das ist die Bundesratsinitiative aus Baden-Württemberg, die wir ebenfalls begrüßen, wenngleich ich feststellen muss, dass es zu diesem Thema fast wortgleich zum Thema - Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen gesetzlich durchsetzen - bereits im März 2011 einen Antrag der SPD-Fraktion im Bundestag gegeben hat, aber das schadet nichts, je mehr dies unterstützen, um so besser ist es. Ich will nur auf zwei

(Abg. Pelke)

Punkte eingehen, weil es tatsächlich fast wortgleich ist, ich zitiere aus dem Antrag der SPD-Bundestagsfraktion: Die Unternehmen werden aufgefordert, einer behördlichen Stelle anonymisierte, geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselte betriebliche Entgeltdaten in Form eines betrieblichen Entgeltberichtes in regelmäßigen Abständen vorzulegen. Das soll dann auch dem Betriebsrat vorgelegt und veröffentlicht werden im Betrieb und letztendlich soll dann, und ich halte das für eine richtige Regelung, bei Vorliegen von Entgeltungleichheit der Arbeitgeber verpflichtet werden, diese binnen einer im Gesetz festgelegten Frist zu beseitigen. Ich sage ganz deutlich, wenn sich bislang nichts ordentlich bewegt hat, dann muss es gesetzliche Regelungen geben.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Hinweise vonseiten der Wirtschaft immer, wir kriegen das alles schon selbst gebacken, funktionieren eben nicht. Das haben wir ja auch bei der Frage von Quotierung in Aufsichtsräten und in anderen Bereichen schon diskutiert. Also die Sache von Baden-Württemberg und auch die grundsätzlichen Anträge könnten die Unterstützung bekommen, weil wir wissen, dass die teilweise tatsächlich gravierenden Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern insbesondere noch auf bestimmte Berufsgruppen zurückzuführen sind. Dazu gehören gerade auch zum Beispiel die Sozialberufe, wo im Wesentlichen Frauen beschäftigt sind, genauso die Büroberufe. Selbst wenn man darauf hinweist, dass im öffentlichen Dienst diese Entgeltungleichheit für gleiche Arbeit nicht mehr vorhanden ist, so ist aber doch festzustellen, dass in den Karrierebereichen weniger Frauen beschäftigt sind und natürlich mehr in den sogenannten einfachen Büroberufen.

Dass das bei den Frauen auch immer noch mit sich bringt, dass sie Erwerbsunterbrechungen familienbedingt auf sich nehmen, dazu hat eben auch Frau Siegesmund zum anderen Thema schon viel über die Frage Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung gesagt, da muss ich mich hier nicht wiederholen. In Thüringen speziell ist der Unterschied zwischen der Entlohnung, 2010 war das, zwischen Männern und Frauen immer noch bei Frauen 1.794 € im Durchschnitt und bei Männern 2.000 €. Gerade Thüringen liegt im Vergleich der Ostländer noch ziemlich weit unten. Ich glaube, es ist letztendlich an der Zeit, hier nicht mehr nur darüber zu reden, wir sollten gemeinsam überlegen, ob wir uns einer solchen Bundesratsinitiative anschließen können, weil es heutzutage nicht mehr sein kann, dass im Vergleich zu den Verdiensten von Männern Frauen weniger für die gleiche Arbeit bekommen, wo sie auch noch viel im gesellschaftlichen und familiären Bereich mit übernehmen und trotz neben ihrer Arbeit dieses auch noch abzuleisten haben. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die Fraktion DIE LINKE hat das Wort Frau Abgeordnete Ina Leukefeld.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir setzen das Thema fort. Frau Pelke, eins will ich bloß bemerken, von Populismus habe ich wirklich nicht gesprochen, weil das ist kein Populismus. Ich denke, wir müssen alle Formen nutzen und dazu gehört eben auch der Infostand auf der Straße und die rote Tasche und auch die verschiedenen Formen der parlamentarischen Arbeit. Ja, wenn man erwerbstätige Frauen in Thüringen charakterisieren wollte, müsste man sagen, gut gebildet, flexibel, oft prekär beschäftigt, meistens unterbezahlt.

Meine Damen und Herren, Frauen haben in Deutschland im vergangenen Jahr ein Fünftel, mindestens ein Fünftel weniger Geld bekommen als Männer; die 23 Prozent stehen. Ich sage Ihnen, das ist eine Schande für eine Gesellschaft, die sich immer für so emanzipiert hält wie unsere.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das zeigt meines Erachtens auch, dass jede Debatte über Frauenquoten zuallererst am Portemonnaie ansetzen muss. Es ist so, dass Männer mehr verdienen in weniger Zeit. Rechnet man das auf das Jahr um, haben die Frauen bis zum nächsten Samstag - am 24. März - ganz umsonst gearbeitet und verdienen erst danach genauso viel wie die Männer. Wie das neueste Ergebnis vom Statistischen Bundesamt sagt, bekommen sie im Schnitt pro Stunde 4,62 € weniger ausgezahlt. Das ist in den einzelnen Bereichen sehr unterschiedlich. Da haben wir vielleicht morgen noch Gelegenheit, das etwas zu vertiefen. Aber ich glaube, es ist schon wichtig, noch mal zu sagen, dass laut Statistischem Bundesamt in 2008 in Deutschland 56 Mrd. Arbeitszeitstunden bezahlt geleistet wurden und 96 Mrd. Arbeitszeitstunden - also fast das Doppelte - unbezahlt. Von den unbezahlten, meine Damen und Herren, sind mindestens zwei Drittel Frauen, die das leisten. Ich sage nur mal, wenn man heute sagt, Ehrenamt raustreten in vielen Städten und Gemeinden, dann kommen als Erstes die Frauen

(Beifall Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und dann würden viele Leistungen gar nicht mehr stattfinden, viel Arbeit würde gar nicht mehr geleistet werden, weil sie nicht finanziert wird. Deswegen bleiben wir dabei, dass wir sagen: Gute Arbeit für

(Abg. Leukefeld)

Frauen und auch für Männer ist an der Tagesordnung.

(Beifall DIE LINKE)

43 Prozent aller erwerbstätigen Frauen verdienen weniger als 8,50 € in Thüringen. Man kann auch mal daran erinnern, dass 34 Prozent der Erwerbstätigen insgesamt im Niedriglohnsektor sind, bei den Jugendlichen ist es jeder Zweite, da liegt die Zahl bei 52 Prozent. Deswegen auch hier noch mal unsere Forderung: Mindestlohn flächendeckend, gesetzlich, existenzsichernd und nicht unter 10 € für jede Frau und für jeden Mann, für jede geleistete Arbeitszeitstunde in Erwerbstätigkeit.

Wir wissen auch, dass natürlich die Frage der Teilzeitbeschäftigung eine große Rolle spielt. Man muss auch ganz klar sagen, natürlich wollen Frauen eher auch in Teilzeit arbeiten - das ist auch sicherlich ganz individuell verschieden und es muss auch die Freiheit geben, das zu entscheiden -, aber viele Frauen, auch Männer wollen mehr arbeiten. Das ist eben nicht möglich, das wird nicht finanziert. Deswegen ist die Tatsache, dass es so viele Teilzeit-, Mini- und Midijobs gibt, die dann auch noch ganz schlechte Stundenlöhne, ganz schlechte Bezahlung haben, ein absolutes Problem und trägt dazu bei.

Bei Frauenarbeit müssen wir sagen, die muss grundsätzlich besser entlohnt werden. Wenn man hier sich noch mal die Differenzen ansieht, ist es so: In unteren und mittleren Gehaltsgruppen sind es 23 Prozent Differenz, in den höheren Gehaltsgruppen sind es sogar 27 Prozent Unterschied im Durchschnitt. Gerade in Pflegeberufen ist es besonders problematisch und das muss mal jemand erklären - ich komme zum Schluss -, warum also leichte Maschinenarbeit besser bezahlt wird als Erziehungsarbeit, als Arbeit in der Pflege, die vorwiegend von Frauen geleistet wird. Deswegen brauchen wir eine Neubewertung von Arbeit. Ich danke Ihnen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Holzapfel zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Holzapfel, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Birgit Pelke, die 23 Prozent hat IKEA, glaube ich, oder darf man es nicht sagen, auch schon voriges Jahr Preisnachlass zum Equal Pay Day gegeben.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das macht es aber nicht besser!)

Das macht die ganze Geschichte nicht besser, das ist richtig, da stimme ich Ihnen zu. Altersarmut von Frauen - ein Schreckgespenst geht um. Für Frauen und Männer, die sich mit diesem Thema fast täglich beschäftigen, ist dieses Gespenst ein ständiger Begleiter.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser internationale Aktionstag, der 23. März 2012, macht das ganze Land darauf aufmerksam. Und hier nützt es nichts, in Ost oder West zu denken, es ist das ganze Land. Dass es immer noch gravierende Unterschiede der Stundenlöhne von Männern und Frauen gibt, das sagt die OECD-Studie aus, auf die ich noch zu sprechen komme. In Deutschland markiert dieser Tag symbolisch und rechnerisch jenen Zeitraum, den Frauen über den Jahreswechsel hinaus länger arbeiten müssen, um auf das durchschnittliche Jahresgehalt von Männern zu kommen. Dieser Lohnunterschied hat eine wichtige Auswirkung auf das Lebenszeiteinkommen und damit auf die Rentenhöhe der Frauen. Jetzt sind wir wieder bei dem eingangs genannten Schreckgespenst der Altersarmut von Frauen. Wir stehen jedes Jahr um diese Zeit an dieser Stelle und beklagen einen Zustand, der uns allen bekannt ist. Die Gründe hierfür zeigt die von mir erwähnte OECD-Studie auf, sie führen vom Berufswahlverhalten von Frauen über Erwerbsunterbrechungen wegen Kindererziehung und -pflege, Schwierigkeiten beim beruflichen Wiedereinstieg und der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Schlechte Aufstiegschancen, feste Rollenzuschreibungen und Vorurteile tun ihr Übriges.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt wiederhole ich sicher Dinge, die wir hier alle genau wissen, dazu gehört, dass Frauen sehr oft bessere Abschlüsse als Männer haben.

(Beifall DIE LINKE, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es fehlt bei gleicher Tätigkeit und gleicher Qualifikation der klare Indikator der Chancengleichheit und der Chancengerechtigkeit. Wir müssen dafür sorgen, dass Menschen, die Verantwortung für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige übernehmen, die daraus entstehenden Risiken nicht allein schultern müssen. Um die Schere zwischen den durchschnittlichen Einkommen von Männern und Frauen zu verringern, ist es notwendig, dass Frauen, dort, wo sie es wollen, Vollzeit arbeiten können. Laut Böckler-Studie, Böckler-Impuls, sind Tarifbindungen wichtig.

(Beifall Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frauen profitieren von der Tarifbindung stärker als Männer. Allerdings arbeiten Frauen nur zu 46 Prozent in tarifgebundenen Betrieben in Deutschland, Männer zu gut 54 Prozent.

(Abg. Holzapfel)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: In Thüringen sind es noch viel weniger. Wir lesen die gleiche Zeitung!)

Frau Rothe-Beinlich, ich sehe, wir arbeiten mit der gleichen Literatur.

Alle diese Dinge sind uns bekannt. Tatsächlich ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben noch lange nicht erreicht. Als Fraktion stehen wir bei den Frauen unseres Landes. Wir unterstützen die Forderung nach Beendigung dieser Ungerechtigkeit. Für mich persönlich ist es einfach eine Diskriminierung von Frauen und die muss unverzüglich beendet werden. Ob das per Gesetz geregelt werden kann, so wie es hier gefordert wurde, muss ich bezweifeln. Für mich ist es eine der größten Herausforderungen für die Tarifpartner Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und Betriebsräte. Hier halte ich es mit unserem Bundespräsidenten, sie müssen Verantwortung übernehmen. Danke schön.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Welcher Bundespräsident war denn das?)

Wie viele Bundespräsidenten haben Sie denn?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Wir sind doch in der Aktuellen Stunden zum Equal Pay Day und da rufe ich auf für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ja wirklich spannend zu beobachten, dass wir mal die gleichen Zeitungen oder die gleiche Literatur verwenden, liebe Frau Holzapfel. Allerdings zeigt das auch sehr deutlich, dass wir uns in einer Frage durchaus einig sind, nämlich dass diese - ich nenne es einfach mal so - himmelschreiende Ungerechtigkeit, dass Frauen für gleichwertige Arbeit unterm Strich 23 Prozent weniger Lohn bekommen, dass uns diese Ungerechtigkeit eigentlich einen muss und dass uns diese dazu bringen muss zu sagen, gemeinsam müssen wir dafür streiten, dass sich die Bedingungen verbessern. Die spannende Frage ist nur: Wie kommen wir dazu? Denn wir wissen alle, vor weit über 50 Jahren sind die Römischen Verträge unterschrieben worden, auch von der Bundesrepublik, und in diesen ist bereits das Ziel der Lohngleichheit fest verankert und trotzdem sind wir davon noch meilenweit entfernt.

Ich habe sehr wohl zur Kenntnis genommen, Frau Holzapfel, dass Sie sagten, als Fraktion steht die CDU bei den Frauen unseres Landes. Sie haben

die Zahlen genannt, wie es Frauen wie Männern immer noch besser geht, was die gerechte Entlohnung anbelangt, wenn wir von tarifgebundenen Unternehmen sprechen. Wir wissen aber auch, wie niedrig die Rate der tarifgebundenen Unternehmen in Thüringen ist und insofern sehe ich da schon ein erstes Problem. Wenn Sie dann sagen, dass Sie bezweifeln, dass man hier per Gesetz Regelungen treffen kann, dann sage ich Ihnen, ich bezweifle, dass wir nach über 50 Jahren, wo sich nichts geändert hat, außer dass die Schere immer wieder weiter auseinandergegangen ist, dass wir Regelungen finden, die ohne Gesetze auskommen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sehen wir hier schon die ersten Differenzen. Wir sagen beispielsweise, dass es ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft braucht, dass wir ohne verbindlich festgelegte Quoten nichts ändern werden, denn das haben wir immer wieder erleben müssen: Warme Worte und wohlfeile Bekundungen oder Selbstverpflichtungserklärungen helfen mitnichten weiter. Sie beruhigen vielleicht das Gewissen, aber sie ändern leider überhaupt nichts an der heutigen Realität.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und, Frau Holzapfel, Sie haben auch noch etwas Wichtiges angesprochen, nämlich feste Rollenzuschreibungen. Diesbezüglich haben wir im Tagesordnungspunkt zuvor auch schon einiges live erleben dürfen. Aber feste Rollenzuschreibungen manifestieren sich in Deutschland auch knallhart in der Steuer- und Sozialgesetzgebung, nämlich dahin gehend, dass diese weiterhin ausgeht von einem Alleinernährermodell. Ein Alleinernährermodell, welches im Prinzip unterstützt oder subventioniert, dass in der Regel der Mann das Einkommen mit nach Hause bringt, um die Familie zu ernähren, und die Frau maximal dazuverdient. Dazu sagen wir: Wir wollen eine eigenständige Existenzsicherung für jedes Individuum, für jede Frau, für jeden Mann und nicht länger diese abgeleiteten Ansprüche,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die sich dann am meisten wiederfinden in der Steuergesetzgebung, wo sich dann Paare, wo genau dieser Unterschied der Lohnungerechtigkeit das Leben bestimmt, um die Steuerklassen V und III nicht streiten, sondern diese nutzen, weil sie auch noch einen steuerlichen Vorteil dafür bekommen, dass die Frau nur dazuverdient. Dabei handelt es sich tatsächlich um eine Tradierung von Rollenzuschreibungen, die gesetzlich so niedergeschrieben sind und da müssen wir ran. Wir müssen die Steuerklassen III und V abschaffen, wir brauchen eine Individualbesteuerung und wir brauchen - das ist auch ein ganz wichtiger Punkt, das hat die Kollegin Leu-

(Abg. Rothe-Beinlich)

kefeld schon angesprochen - bessere Löhne und eine Aufwertung vieler Berufe insbesondere für Frauen. Denn wenn Frauen - und wir wissen, dass es in Thüringen eine ganz große Anzahl von Frauen sind - zwar Vollzeit berufstätig sind, aber trotzdem aufstockende Leistungen beantragen müssen, um überhaupt ihre Existenz sichern zu können, dann ist das ein Armutszeugnis im wahrsten Sinne des Wortes.

Es ist aber nicht nur so, dass Frauen schlechter bezahlt werden, obwohl sie in der Regel die besseren Schulabschlüsse, obwohl sie die besseren Berufsabschlüsse haben, sie werden auch seltener befördert, sie bekommen auch seltener beispielsweise Weihnachtsgeld oder Urlaubsgeld, sie bekommen seltener - auch das werden Sie sicherlich alle gelesen haben - die Möglichkeit, an Gewinnbeteiligungen beispielsweise von Betrieben zu partizipieren, und genau daran glaube ich eben nicht länger, dass es der Markt schon irgendwie richtet, sondern wir brauchen gesetzliche Regelungen an vielen Stellen, um Frauen gleichberechtigt teilhaben zu lassen. Wir brauchen in der Tat auch einen Mindestlohn, der tatsächlich eine Existenzsicherung garantiert, und wir müssen weg von diesem Alleinernährermodell.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil Sie die Problematik auch angesprochen haben mit der hohen Teilzeitquote: Es ist so, es sind sehr viel mehr Frauen, die Teilzeit arbeiten, aber sie können davon nicht leben und sie tun dies oftmals auch nicht freiwillig. Sie tun dies in der Regel, weil die Rahmenbedingungen fehlen, nämlich gute Kinderbetreuung nicht nur für die Kleinsten, aber auch eine gute Infrastruktur beispielsweise für die Pflege.

Was wir aber auch brauchen an diesem Tag ist das Interesse der Männer, Herr Mohring, für dieses Thema. Wir brauchen auch Ihre Bereitschaft, sich stark zu machen für Gleichberechtigung, auch was den Lohn anbelangt, und wir brauchen auch mehr Verantwortungsübernahme bei der Kindererziehung und bei der Pflege, denn nur so kann eine gerechte Gesellschaft auch funktionieren. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Untermann das Wort.

Abgeordneter Untermann, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Besucherinnen und Besucher auf der Zuschauertri-

büne, ich bin nun der einzige Mann hier in der Frauenrunde.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das macht nichts.)

Ich hoffe, dass mich alle anwesenden Damen hier im Haus weiterhin so freundlich grüßen, aber ich will versuchen, hier doch ein bisschen korrekt zu sein.

(Beifall FDP)

Der sogenannte Equal Pay Day, oder lassen Sie uns doch vom Internationalen Aktionstag für Entgeltgleichheit zwischen Mann und Frau reden, das ist nämlich in Deutsch und hört sich auch gar nicht so schlecht an.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Tag wird immer wieder gern dafür genommen, um auf die Unterschiede bzw. auf die Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau hinzuweisen. Sehr geehrte Damen und Herren, die Forderung gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit wird von uns zu 100 Prozent unterstützt, da gibt es keine Frage.

(Beifall FDP)

Bei den Recherchen zu dem Thema bin ich im Internet auf einen Videoclip gestoßen, der ungefähr so aussieht, das ist der Equal-Pay-Day-Spot von 2012, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Hier spielen Jungen und Mädchen ein Gesellschaftsspiel, der Junge zieht eine Karte, kommt auf ein Feld erfolgreicher Projektabschluss, du bekommst einen Bonus von 1.000 €. Das Mädchen würfelt, kommt zufälligerweise auch auf dieses Feld, steht auch drin erfolgreicher Projektabschluss, toll gemacht, Bonus - vergiss es. Eine traurige Vorstellung, die aber oft nicht ganz der Realität entspricht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Übertreibung veranschaulicht die Sache, ist aber nicht immer auf dem Boden der Realität. Für mich war dieser Kurzfilm das beste Beispiel, um auf eine der Schwachstellen aufmerksam zu machen. Die Jungen und Mädchen bewegen sich nämlich „auf dem Spielfeld der Gehaltsverhandlungen“. Ist die Gehaltsverhandlung nicht die Sache eines jeden Einzelnen? Wollen wir wirklich, dass der Staat in die Gehaltsverhandlungen von Unternehmern und Einzelpersonen eingreift?

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Ja.)

Mit uns nicht.

(Beifall FDP)

(Unruhe DIE LINKE)

Auch führen weitere Gegebenheiten dazu, dass der Equal Pay Day die letzten Jahre im Zeitraum Ende März angesiedelt ist. Bei diesem emotionalen Thema sollten wir uns aber ein wenig abkühlen und einmal die Fakten betrachten. Frauen und Männer

(Abg. Untermann)

sind gleichberechtigt und haben sowohl eine gesetzliche als auch eine gesellschaftliche

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielleicht sollten wir bei den Männern 23 Prozent Lohn streichen und schauen, wie sie darauf reagieren.)

- das ist wirklich eine große Stärke von den GRÜNEN, dass sie immer reinreden - Gleichstellung in unserem schönen Land. Frau Rothe-Beinlich, ich habe in meinem Leben schon viele Arbeitskräfte beschäftigt und ich habe keine unterbezahlt, sie haben alle ihr Geld bekommen und alle gleich für gleiche Arbeit 40 Jahre lang. Das möchte ich nur mal sagen.

(Beifall FDP)

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Statistisch verdienen Frauen weniger als Männer, Frauen sind in weniger Führungspositionen zu finden als Männer. Auch in der Entgeltstatistik finden sich immer noch Unterschiede und dafür gibt es auch teilweise Gründe, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Berufswahl von Männern und Frauen spielt dabei eine große Rolle,

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

beispielsweise werden technische Berufe häufiger von Männern als von Frauen erlernt. Frauen wählen zum Teil Berufslaufbahnen, bei denen die Bezahlung geringer ist als in Berufen, die von Männern erlernt werden.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frauen sind also selber Schuld, meinen Sie?)

Also ich bin auch selber Schuld, wenn ich etwas falsch mache, ich verstehe das nicht, was Sie meinen.

Fakt ist auch, dass Frauen Ihre Berufslaufbahn häufiger wegen familiärer Planungen unterbrechen, als das Männer im Regelfall tun. Eine Vielzahl nimmt im Anschluss an die Elternzeit eine Teilzeitbeschäftigung aus diversen, vielleicht auch privaten Gründen auf.

(Beifall FDP)

Im Übrigen kann man sowohl den Frauen als auch den Männern nichts vorschreiben, das entscheidet die Familie eigentlich dann immer noch selbst.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Seit mehr Frauen Medizinerinnen werden, sind auch die Gehälter für Mediziner gesunken. Eigenartig - oder?)

(Beifall FDP)

Wenn Sie aber nun nach direkt vergleichbaren Tätigkeiten schauen und damit meine ich wirklich direkt vergleichbare Tätigkeiten, dann existieren kei-

ne oder nur geringe Unterschiede für gleichwertige Arbeit.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es gibt doch gar keine ...)

Sie wollen ja alles vorschreiben wie früher, von der Wiege bis zur Bahre Formulare, das haben wir früher mal gesagt, aber das trifft hundertprozentig zu.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir wollen Gerechtigkeit.)

Ja, ja, Herr Oberlehrer, kommen Sie dann vor und reden Sie dann, wenn ich fertig bin.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Wir sind in der Aktuellen Stunde, da hat der Redner das Recht, 5 Minuten an diesem Pult zu sprechen. Zwischenfragen und Ähnliches sind nicht gestattet. Wir ziehen jetzt mal 10 Sekunden ab, die ich gesprochen habe. Herr Untermann, Sie haben wieder das Wort.

Abgeordneter Untermann, FDP:

Danke schön.

(Beifall FDP)

Einen Arbeitnehmer oder eine Arbeitnehmerin aufgrund des Geschlechts zu bevorzugen oder zu benachteiligen, das können sich Unternehmen gar nicht leisten.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Es gilt das gesprochene freie Wort und nicht das vorgelesene.)

Ich kann lesen, ich weiß nicht, ob Sie es lesen können, Herr Kuschel.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Wir sind aber in der Aktuellen Stunde und nicht in der Vorlesestunde.)

Bekomme ich dann noch 10 Sekunden dazu jetzt oder was?

(Heiterkeit DIE LINKE)

Es ist doch wichtig, was hier rauskommt - oder?

Das können sich Unternehmen auf der Suche nach Fachkräften aus ihrem ureigenen Interesse heraus einfach nicht leisten.

Lassen Sie mich zum Ende kommen. Die wahre Herausforderung für eine gleichberechtigte Bildungs-, Familien- und Arbeitsmarktpolitik liegt darin, den Eltern in Thüringen mit flexiblen, bedarfsorientierten Betreuungsmöglichkeiten die Vereinbarkeit von Kind und Karriere zu erleichtern bzw. zu ermöglichen. Dies könnte ein wichtiger Baustein für Thüringen sein, den sogenannten Equal Pay Day

(Abg. Untermann)

im kommenden Jahr in Richtung Jahresanfang zu rücken, meine sehr verehrten Damen und Herren. Nur so können wir erreichen, dass alle Bürgerinnen und Bürger des Freistaats gleichgestellt sind.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Wissen Sie die Prozentzahl von Thüringen? Das sind keine 23 Prozent. Da sage ich Ihnen aber morgen etwas dazu.

Nur so können sie einer ihrer Qualifikation angemessenen Tätigkeit nachgehen, die auch gerecht entlohnt wird.

(Unruhe DIE LINKE)

Fairerweise muss man hier aber auch darauf hinweisen, dass Politik nur die Rahmenbedingungen setzt. Selbstbewusstsein, Verhandlungsgeschick und die Fähigkeiten, sich verkaufen zu können, das obliegt einem jeden selbst. Beim Setzen der richtigen Rahmenbedingungen erfordert dieses Thema künftig keine Aktuelle Stunde mehr. Übrigens bekommen unsere Beschäftigten in der Fraktion, ob Frau oder Mann, für die gleiche Arbeit mindestens den gleichen Lohn. Das können Sie gerne nachprüfen. Danke.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt noch eine Redemeldung. Für die FDP-Fraktion hat sich der Abgeordnete Barth zu Wort gemeldet. 4 Minuten und 10 Sekunden, wird mir gesagt, sind noch in der Aktuellen Stunde übrig.

Abgeordneter Barth, FDP:

Die werde ich nicht brauchen, liebe Frau Präsidentin. Herzlichen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich will nur eines sagen, nicht dass er das nötig hätte, dass ich mich hier vor ihn stelle, aber, lieber Herr Kollege Kuschel, ich weiß nicht, wann Sie das letzte Mal gearbeitet haben, und bei manchem anderen hier will ich das jetzt auch gar nicht nachfragen, aber wenn sich hier vorne jemand hinstellt, der sein Leben lang gearbeitet hat und jetzt im Landtag ist und vielleicht nicht so geschliffen reden kann wie der eine oder andere das hier drauf hat, dafür aber Lebenserfahrung hat, über die viele hier genauso wenig verfügen, dann ist es einfach unanständig, wenn Sie sich hier lustig machen und wenn Sie solche Zwischenfragen stellen. Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD, FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung Minister Machnig bitte.

Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, es kommt ja nicht häufig vor, dass ich mit dem Kollegen Barth einer Meinung bin. Ich stimme ausdrücklich zu, und zwar aus einem Grunde:

(Beifall FDP)

Jeder Mensch hat unterschiedliche Talente. Die Menschen sind unterschiedlich und ich bin sehr froh, dass wir in Deutschland ein parlamentarisches System haben, in dem sehr unterschiedliche Begabungen und unterschiedliche berufliche Hintergründe eine Rolle spielen. Aus meiner Partei haben in vielen Parlamenten auch Leute gesessen, die haben einen Großteil ihres Lebens an der Werkbank gearbeitet und die konnten manchmal auch nicht so reden, wie das der eine oder andere kann. Auch die haben unseren Respekt verdient. Das, denke ich, sollten wir hier auch deutlich machen.

(Beifall CDU, SPD, FDP)

Jetzt komme ich zum Thema: Das Thema ist aus meiner Sicht eines der großen Themen, mit dem wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten beschäftigt sein werden, denn es geht um einen tiefgreifenden kulturellen Wandel und um einen tiefgreifenden beschäftigungspolitischen Wandel. Oder ich bringe es auf folgende Formel: Frauen wussten das schon immer, Männer müssen das lernen: Ohne Frauen in der Arbeitswelt geht in den nächsten Jahren nichts mehr, denn wir stehen vor einem tiefgreifenden demographischen Wandel. Wir stehen vor einem tiefgreifenden beschäftigungspolitischen Wandel und ohne eine hohe Frauenerwerbsquote wird das in den nächsten Jahren nicht gehen, weder in Thüringen noch deutschlandweit.

(Beifall CDU, SPD)

Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen und dazu brauchen wir Rahmenbedingungen, Betreuung und Ähnliches, aber wir brauchen auch das ganz klare Signal: Wir wollen endlich im 21. Jahrhundert ankommen. Und das heißt, Frauen müssen die gleichen Verdienstmöglichkeiten haben und die gleichen Verdienste haben wie Männer.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Untermann, ich glaube Ihnen sogar, dass Sie das in Ihrer Praxis so praktiziert haben, Männer und Frauen, vielleicht nicht so unterschiedlich zu bezahlen. Nur Statistik sagt etwas anderes, und zwar einerseits, dass es nach wie vor eine gewaltige Differenz gibt bei den Lohnhöhen von Männern und Frauen. Ich will Ihnen mal sagen, in Deutschland verdient eine Frau im Schnitt 2.312 €, ein Mann 2.932 €. Das ist diese berühmte Differenz von 22 Prozent. In Thüringen - und das ist das Bedenklliche - haben wir für Frauen - und Frau Pelke hat die Zahl vorhin genannt - 1.794 €. Wir liegen damit

(Minister Machnig)

unter dem Bundesschnitt 518 €, das ist eine Menge Geld, 518 € unter dem Bundesschnitt. Wenn man nur den Schnitt der ostdeutschen Bundesländer betrachtet, liegt Thüringen um 224 € hinter dem Schnitt der ostdeutschen Länder. Ich finde, das geht nicht, sondern wir müssen uns dafür einsetzen auch angesichts des demographischen Wandels, dass sich daran etwas ändert. Es muss sich auch etwas daran ändern, dass Frauen in viel höherem Maße in Teilzeit, Leiharbeit und im Niedriglohnjob beschäftigt sind. Das sind 40 Prozent der Arbeitnehmerinnen in Thüringen, 40 Prozent. Die Zahl 43 Prozent ist genannt worden, das ist wahr, unter 8,50 €. Aber 40 Prozent sind in prekären oder Niedriglohnbeschäftigungsverhältnis. Obwohl, und das ist jetzt wieder die gute Nachricht, Thüringen eine hohe Frauenerwerbsquote hat, höher als in anderen Ländern. Man könnte das jetzt auf folgende Formel bringen. Der Preis, der beschäftigungspolitische Erfolg, ist zulasten der Lohnentwicklung gegangen, und zwar massiv. Das müssen wir in Übereinstimmung bringen, das ist die Aufgabe, weil sonst eines passiert, und das passiert gerade Tag für Tag nach wie vor in Thüringen: Wir verlieren viele Frauen, die gehen, und gerade die gut qualifizierten Frauen gehen. Das ist nicht nur ein Problem für die Männer und für die Reproduktionsquote im Lande, sondern ist auch für den Arbeits- und Beschäftigungssektor ein riesiges Problem. Deswegen, glaube ich, sollten wir alle ein gemeinsames Interesse haben. Wir müssen in der Lohnpolitik vorankommen und die Tarifpartner müssen dort zunächst mal ihren Job machen. Erstens muss das Lohnniveau in Thüringen insgesamt steigen und die Lohndifferenzierung zwischen Männern und Frauen muss rückläufig sein. Zweitens müssen wir auch bei den Frauen für eines werben, das sage ich auch mit großem Nachdruck, dass Frauen sich nicht immer abdrängen lassen in die klassischen Frauenberufe. Auch das ist ein Problem.

(Beifall SPD, FDP)

Wir müssen Frauen dafür gewinnen, in den sogenannten MINT-Berufen auch Karrierechancen zu sehen, ich sage das ausdrücklich, im Ingenieurbereich, im mathematischen, im naturwissenschaftlichen Sektor und eben nicht in den klassischen Frauenbereichen und nicht als Zuverdienstpartnerschaft, wie Frau Rothe-Beinlich es richtigerweise gesagt hat. Im Übrigen ist das Beste, was wir machen können, dass wir endlich steuerlich auch entgegenwirken. Das Ehegattensplitting

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Habe ich doch gesagt.)

- das sage ich ja, unterstütze ich ja auch - in der heutigen Form für einen Zopf von vorgestern,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

der nämlich die alte Rollenteilung zementiert und ich finde, da sollten wir etwas tun.

(Beifall SPD)

Last, but not least, wir sollten doch ehrlich sein im Parlament, weil, selbst wenn wir einen Mindestlohn in Deutschland hätten, noch keine Probleme gelöst sind. Um das auch klar zu sagen, ist noch kein Problem gelöst für Frauen, sondern wir haben das Niveau ein wenig nach oben gefahren, das strukturelle Problem bleibt.

(Beifall Abg. Pelke, SPD)

Deswegen müssen wir bei den Tarifpartnern werben. Wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich die Lebensbedingungen und auch die Betreuungssituationen verändern. Wir müssten es für normal erklären, auch halten und unterstützen, wenn Frauen Karriere machen.

(Beifall CDU)

Ich will eine kleine Geschichte erzählen aus einer Partei, die Sie vielleicht kennen. Dort haben gerade Wahlen zum Landesvorstand stattgefunden. Da hat sich eine Frau zur Wahl gestellt. Die ist dann ernsthaft Folgendes gefragt worden: Wie sie denn ihre vielen Funktionen hinbekommt, sie sei doch voll berufstätig und habe zwei Kinder, wie sie das denn alles machen will.

(Zwischenruf Abg. Holzapfel, CDU: Das gibt es bei uns auch.)

Ich habe dann gesagt, ich war mit 23 zum ersten Mal Vater, mit 29 zum zweiten Mal Vater, habe damals auch schon voll Politik gemacht. Mir ist diese Frage nie gestellt worden, weil immer davon ausgegangen worden ist, es gibt schon die Frau, die sich darum kümmert. Deswegen sage ich auch, wir brauchen auch einen mentalen und kulturellen Wandel,

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass wir alle dann auch für die Familie, für die Partnerin, für die Kinder zur Verfügung stehen und uns gemeinsam dafür einsetzen, dass wir dann auch Formen schaffen durch Kinderbetreuung und welcher Art auch immer, dass beide beruflichen oder sonstigen Aktivitäten auch nachgehen können. Insofern ist der Equal Pay Day ein wichtiger Tag, der uns an eines erinnert, es ist gerade mal 100 Jahre her, dass Frauen wählen dürfen. Seit dem es die Wahlchancen und die Wahlberechtigung für Frauen gibt, brauchen wir auch im Arbeitsleben, im Berufsleben, was Karriere- und Einkommenssituation angeht, endlich den Eintritt ins 21. Jahrhundert. Ich hoffe, in den nächsten zwei, drei, vier oder fünf Jahren werden wir an einem Equal Pay Day mal feststellen können, es ist gelungen, es würde mich freuen. Herzlichen Dank.

(Minister Machnig)

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen keine weiteren Redeanmeldungen mehr vor. Damit schließe ich diesen Teil der Aktuellen Stunde.

Ich rufe auf den **vierten Teil**

d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Soziale und rechtliche Gleichstellung von Flüchtlingen als Beitrag zum Abbau rassistischer Einstellungen in Thüringen durchsetzen!“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/4209 -

Ich rufe als Erste für die Fraktion DIE LINKE Frau Abgeordnete Berninger auf.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte mit zwei Zitaten beginnen. Einmal mit „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“, aus Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Demgegenüber möchte ich das zweite Zitat stellen, das den Flüchtlingsalltag in Deutschland beschreibt, nämlich „Ein Schlafplatz im Mehrbettzimmer, Gemeinschaftstoiletten und -duschen, zugeteilte Lebensmittel und Hygieneartikel oder Wertgutscheine, Altkleider aus der Kleiderkammer, ca. 1,30 € Bargeld pro Tag - ein Lebensstandard weit unterhalb der Hartz-IV-Grenze ist für viele Flüchtlinge in Deutschland jahrelange Realität.“ - vorgelesen aus dem Heft des Interkulturellen Rates und von PRO ASYL zum Tag gegen Rassismus aus dem vorigen Jahr. „Menschen wie Menschen behandeln“ steht da.

Meine Damen und Herren, der 21. März ist ein besonderer Tag, er ist der Gedenktag für die Opfer des Massakers von Sharpeville in Südafrika. An diesem Tag haben im Jahr 1960 südafrikanische Polizisten mit Maschinengewehren in eine friedliche Demonstration aufgrund ihrer Hautfarbe unterdrückter und diskriminierter Afrikaner und Afrikanerinnen geschossen und 69 Männer, Frauen und Kinder ermordet. Dieser Tag wurde im Jahr 1966 durch die Vereinten Nationen zum „Internationalen Tag gegen Rassismus“ erklärt. In diesem Jahr ist das Motto „Aufstehen, Hingehen, Mitmachen“, zu dem mehrere Organisationen aufrufen und wo aufgefordert ist, mit Politikerinnen über die gemeinsame Verantwortung im Kampf gegen Rassismus zu sprechen. Das wollen wir jetzt tun in dieser Aktuellen Stunde.

Rassismus ist in unserer Gesellschaft nach wie vor vorhanden. Das wird immer besonders dann deutlich, wenn rassistische Einstellungen zu Morden und gewalttätigen Übergriffen auf Migranten, vermeintlich Fremde und angeblich nicht in unsere Gesellschaft passende Menschen geführt haben. Dann ist die politische Empörung groß und die Solidarisierung mit den Opfern auch, sehr zu Recht, aber es reicht eben nicht, schöne Worte zu finden, wie wir das am Anfang der heutigen Plenarsitzung auch gefunden haben. Es liegt in unserer Verantwortung, die gesellschaftliche Verbreitung rassistischer Einstellungen in den Fokus zu rücken und auch auf vorhandene strukturelle Diskriminierungen hinzuweisen.

Die gesamtgesellschaftliche Dimension wird darin deutlich, dass gewaltförmiger Rassismus niemals allein steht, sondern immer in Wechselwirkung mit einem Einstellungsrassismus, aber auch dem schon genannten strukturellen Rassismus steht. Eine Ebene, die beispielsweise im Thüringer Landesprogramm leider völlig ausgeblendet wird. Die Diskriminierung von Flüchtlingen per Gesetz durch nur für sie geltende Sondergesetze manifestiert die weit verbreitete ablehnende Haltung gegenüber Menschen, die aus Not und Furcht ihr Herkunftsland verlassen mussten. Die grundsätzliche Verantwortung für die genannten Sondergesetze, deren Abschaffung nicht nur DIE LINKE und DIE GRÜNEN fordern, mag letztlich in der Verantwortung des Bundesgesetzgebers liegen. Die Verantwortung aber, den bestehenden Rahmen dieser Gesetze mit dem Ziel des Abbaus von Diskriminierungen von Flüchtlingen zu nutzen, liegt eben auch in Thüringen, liegt hier bei der Landesregierung, bei den Landkreisen und kreisfreien Städten.

Die Aufhebung der Residenzpflichtbezirke innerhalb Thüringens und die Ausweitung des erlaubnisfreien Aufenthalts von Flüchtlingen auf ganz Thüringen wäre ein erster Schritt zum Abbau von Diskriminierungen, der gesetzlich zudem auch noch ohne Weiteres möglich ist,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber der bislang durch CDU und SPD hier im Landtag abgelehnt wird, obwohl viele andere Bundesländer Ihnen vormachen, wie es gehen kann.

Ähnlich die Gewährung von Bargeldleistungen an Flüchtlinge. Angesichts der seit 1994 unveränderten Leistungshöhe zur Existenzsicherung für Flüchtlinge von 35 Prozent unterhalb des gesetzlichen Existenzminimums ist die Ausreichung von Wertgutscheinen mehrfach diskriminierend, weil sie erstens ein selbstbestimmtes Leben nahezu ausschließt, weil sie zweitens Flüchtlinge häufig dazu zwingt, in teureren Läden einzukaufen, die weit weg liegen, wo dann noch Fahrtkosten anfallen und weil dadurch die Leistungshöhe faktisch weiter verrin-

(Abg. Berninger)

gert wird. Und sie ist diskriminierend, weil sie drittens zusätzlich Ressentiments und rassistische Einstellungen gegenüber Flüchtlingen durch die Wahrnehmung in den Einkaufsmärkten befördert.

Das Asylbewerberleistungsgesetz legt die Entscheidung, ob Flüchtlinge Bargeld oder Wertgutscheine bekommen, eigentlich in die Verantwortung der Landkreise und kreisfreien Städte, aber als Rechts- und Fachaufsicht versucht das Thüringer Landesverwaltungsamt seit Jahren Kreise und kreisfreie Städte an der Entscheidung, Bargeldleistungen zu leisten, zu hindern und droht mit Entzug der finanziellen Mittel.

Wir müssen uns damit auseinandersetzen und am Ende dieser Auseinandersetzung mit unseren eigenen Rassismen, dem strukturellen Rassismus, zu der die heutige Aktuelle Stunde beitragen soll, muss zwangsläufig stehen, die eigenen Handlungsmöglichkeiten auszunutzen. Dazu möchte ich Sie auffordern, sehr geehrte Damen und Herren der Regierungsfractionen,

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Berninger, Ihre Zeit!

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

- noch zwei Sätze, Frau Präsidentin -

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Nein.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

tun Sie das, setzen Sie endlich den Satz aus Ihrer Koalitionsvereinbarung um, in der bisher nur als Lückenfüller steht, die Landesregierung ermöglicht für alle Menschen, die hier dauerhaft wohnen wollen, eine gelungene Integration.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Berninger!

(Beifall DIE LINKE)

Ich rufe jetzt für die CDU-Fraktion Frau Abgeordnete Holbe auf.

Abgeordnete Holbe, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Landtagskollegen, Frau Berninger hat es ja auch noch mal wiederholt, was unsere Präsidentin eingangs zur Landtagssitzung gesagt hat; heute - der Internationale Tag gegen Rassismus. Passend dazu das Thema „Soziale und rechtliche Gleichstellung von Flüchtlingen als Beitrag zum Abbau rassistischer Einstellungen ...“. Gerade in den letzten Monaten haben wir gesehen, wie menschenverach-

tend die Neonaziszene hier in Deutschland - Thüringen, Sachsen-Anhalt insbesondere - gearbeitet hat und letztlich auch vor Morden nicht zurückschreckte. Rassismus ist ein Thema, das sich nicht nur im Flüchtlingsbereich, im Asylbereich wiederfindet, sondern in Einzelbereichen in der Mitte unserer Gesellschaft. Hier sind wir alle aufgefordert, schon frühzeitig in der Erziehung, in der Bildung entsprechende Schwerpunkte für die Stärkung der Menschenrechte, der Freiheit, der Demokratie und der Solidarität zu setzen.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: ... und diskriminierende Gesetze abzuschaffen.)

Hierbei denke ich nicht nur an die Schule, sondern an die Erziehung im Elternhaus. Durch die Ausländerbeauftragte Hess wurde kürzlich eine Studie „Migration, Integration, Herausforderung für Thüringen“ herausgegeben. Wir haben darin nachlesen können, was wir wissen, dass der Ausländeranteil hier in Thüringen verhältnismäßig gering ist, und dennoch ist es notwendig, so im Fazit, besondere Anstrengungen zum interkulturellen Austauschdialog und Zusammenarbeit vor Ort zu fördern und damit Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen.

Nun zum Schwerpunkt der Aktuellen Stunde, die rechtliche und soziale Gleichstellung - ich fange mal mit der rechtlichen Betrachtung an. Hier verweise ich auf die Genfer Flüchtlingskonvention 1951 und auf die für Asyl gemachten Gesetze des Bundes und des Landes, maßgeblich dann ausgefüllt mit den entsprechenden Rechtsverordnungen. Hier sind die strikte Achtung und der Schutz der Würde der Menschenrechte gerade im Zuge der Asylverfahren, wenn Flüchtlinge zu uns kommen, vorgegeben und diese werden auch in der Praxis in Thüringen umgesetzt.

Die Anerkennung von Flüchtlingen orientiert sich ausschließlich daran, ob sie hauptsächlich politisch verfolgt werden bzw. von Gewalt, Krieg und Verfolgung bedroht sind. Hier haben wir die Einfügung im Grundgesetz mit dem Artikel 16 a.

Bei der Bewertung der sozialen Gleichstellung von Flüchtlingen, Asylbewerbern verweise ich bei Letzteren auf die Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes. Demnach ist es verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden, dass der Gesetzgeber für Asylbewerber ein eigenes Konzept zur Sicherung des Lebensbedarfs entwickelt hat. Art und Umfang der Sozialleistungen sind grundsätzlich von der voraussichtlichen Dauer des Aufenthalts in Deutschland abhängig gemacht worden. Auch dies wurde nicht beanstandet. Abweichend von den §§ 3 und 7 Asylbewerberleistungsgesetz trifft das SGB XII zu. Leistungsberechtigte haben Anspruch, wenn sie eine Dauer von 36 Monaten hier in Deutschland waren

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: 48.)

(Abg. Holbe)

und Leistungen bezogen haben, so dass sie dann den Sozialhilfeempfängern gleichgestellt sind, wenn sie - hier muss man die Einfügung noch hinzutun - ihren Aufenthalt nicht rechtsmissbräuchlich selbst beeinflusst haben. Eine weitergehende Gleichstellung zwischen Asylbewerbern und Sozialhilfeempfängern ist ausdrücklich bei der Schaffung dieses Asylbewerberleistungsgesetzes nicht vorgesehen worden und aus Sicht der CDU-Fraktion besteht auch kein Handlungsbedarf für entsprechende Änderungen. Danke schön.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: Sie sind so verlogen, Frau Holbe.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Bergner das Wort.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren, aus meiner Sicht zäumt die Formulierung des Themas das Pferd von der falschen Seite auf. Wir können und wir müssen auch gerne eine Debatte führen, wie sich die rechtliche und soziale Situation von Flüchtlingen verbessern lässt. Dazu haben wir ja nicht zuletzt mit unseren Vorstößen zur Residenzpflicht uns auch immer wieder eingebracht. Der Abbau rassistischer und fremdenfeindlicher Einstellungen jedoch ist weniger eine Frage von Paragraphen als vielmehr eine Frage der Geisteshaltung.

(Beifall FDP)

Dort, meine Damen und Herren, müssen wir ansetzen, wenn wir fremdenfeindliche Einstellungen zurückdrängen wollen. Die Frage der Geisteshaltung bedeutet zuallererst der Umgang mit Bildung und Information über andere Kulturen und Bedingungen in den Herkunftsländern der betroffenen Flüchtlinge.

(Beifall FDP)

Wir müssen uns die Frage stellen, warum kommen denn Flüchtlinge zu uns, warum fühlen wir uns denn verpflichtet, Flüchtlinge aufzunehmen und warum, meine Damen und Herren, sind wir gut beraten, diese Verpflichtung auch kommenden Generationen ans Herz zu legen.

(Beifall FDP)

Die Beschäftigung mit diesen Fragen, die Unterstützung einer freiheitlichen humanistischen Geisteshaltung, die andere Kulturen, andere Ethnien, andere Glaubensrichtungen schätzt und anerkennt, sie ist das Fundament für eine Geisteshaltung, in der Fremdenfeindlichkeit keine Zukunft hat.

(Beifall FDP)

Allerdings ist Gleichsetzung in dieser Debatte eine schwierige Vokabel. Wie soll man Menschen sozial gleichsetzen, die aus einer anderen Sozialisation kommen, über völlig andere Lebenserfahrungen und Lebenshintergründe verfügen? Nein, meine Damen und Herren, wir wollen sie nicht gleichsetzen, wir wollen, dass sie faire Chancen für ihren weiteren Lebensweg haben.

(Beifall FDP)

Deshalb, meine Damen und Herren, setzen wir uns ein für Fragen der Bewegungsfreiheit, für mehr Freiheit in der Unterbringung, für bessere Möglichkeiten zur Teilhabe am Arbeitsmarkt und Ausbildung, doch gleichsetzen wird man nicht können und wollen wir nicht.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es geht um gleichstellen.)

Und man darf, meine Damen und Herren - auch das dürfen wir nicht vergessen -, nicht mit wohlfeilen geschliffenen Formulierungen Einheimische gegen Zuwanderer aufbringen, wo sich manche dieser Einheimischen an der unteren Schwelle der sozialen Leiter befinden und die durchaus verständliche Frage stellen, ob sie nicht als Einzahler in das soziale System auch höhere Ansprüche haben. Sozialer Friede ist ein wichtiger Baustein für eine weltoffene Geisteshaltung in unserer Gesellschaft. Deswegen, meine Damen und Herren, setzen wir auf Hilfe zur Selbsthilfe, wir setzen auf mehr Teilhabechancen für Flüchtlinge am Arbeitsmarkt, am Wohnungsmarkt und am Bildungsgeschehen. Die Förderung der Geisteshaltung, die letztlich auch eine ganz natürliche menschliche Willkommenskultur von unten prägt, sie ist mitten unter den Menschen voranzubringen ohne staatlich verordnet werden zu können.

Ein Wort zum Schluss, meine Damen und Herren, das notwendige und richtige Vorgehen gegen Fremdenfeindlichkeit darf nicht das breite bürgerchaftliche Engagement für Weltoffenheit und Toleranz vergessen lassen. Diesen Menschen, die sich mitten in dieser Gesellschaft von unten für Weltoffenheit, für die Offenheit gegenüber Flüchtlingen engagieren, diesen Menschen, meine Damen und Herren, gilt unser Dankeschön. Ich danke Ihnen.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Kanis das Wort.

Abgeordnete Kanis, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Aktuelle Stunde zeigt, wie auch

(Abg. Kanis)

schon viele andere vorher, wie unterschiedlich man einen einzigen Satz, nämlich soziale und rechtliche Gleichstellung von Flüchtlingen als Beitrag zum Abbau rassistischer Einstellungen in Thüringen, hier darstellen kann. Die SPD-Fraktion hat gerade heute in Anbetracht des besonderen Tages einen Aktionsplan zur Bekämpfung des Rechtsextremismus vorgestellt. Nicht von ungefähr ausgerechnet heute, sondern weil wir ganz klar sehen, dass - das ist auch schon ausgeführt worden - der Rassismus wirklich in unserer Gesellschaft immer noch sehr stark verankert ist. Bei uns ging es in diesem Aktionsplan unter anderem um einen Punkt, nämlich wie man rechtsextremen Machenschaften und Rassismus entgegenwirken kann. Wir haben vorgeschlagen, so ähnlich wie wir es schon von der FDP gehört haben, dies unter anderem an einer Ausbildungs-offensive festzumachen. Eine Ausbildungs-offensive für Menschen mit Migrationshintergrund, da Thüringen Fachkräfte benötigt, und zwar Fachkräfte, die sich bewusst für Thüringen entscheiden, um hier zu leben und zu arbeiten. Aber es geht auch um eine Fachkräfteoffensive, die wir initiieren möchten. Dabei sollen ganz bewusst auch unter Menschen mit noch keinem gesicherten Aufenthaltsstatus - also auch Flüchtlingen - Fachkräfte für Thüringen geworben werden, denn wir brauchen sie hier. Hierzu zählt für uns als SPD aber auch die Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ausländer- und Sozialbehörden. In meinen vielen Gesprächen habe ich den Eindruck, dass gerade Flüchtlingsbiographien mit ihren Folgen, mit ihren Veränderungen, mit ihren gravierenden Details oftmals nicht genug in den Fokus gerückt werden und so Vorurteile und persönliche Verletzungen der Flüchtlinge und ausländischen Mitbürger hätten vermieden werden können.

Wir haben schon gehört, dass es im sozialen Bereich recht schwierig ist, eine Gleichstellung hinzukriegen, denn eine Gleichstellung an sich ist nicht möglich. Aber wenn ein Gesetz seit 1993 - Frau Berninger sagte 1994 - nicht verändert wurde - ich rede vom Asylbewerberleistungsgesetz -, dort die DM-Beträge immer noch drin sind, obwohl jeder weiß, dass sich die Lebenshaltungskosten deutlich verteuert haben, dass für die Flüchtlinge im Prinzip 40 DM für Kinder oder für einen Erwachsenen 80 DM, so, wie es im Gesetz verankert ist, zur persönlichen Verfügung stehen, das heißt also für Fahrtkosten, für den Friseurbesuch, für die Kinder Teilnahme an einem Wandertag, ist das einfach zu gering und nicht in Ordnung. Ich stimme nicht zu, dass man das nicht verändern sollte.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE:
Frau Kanis macht jetzt Revolution.)

Auch die 360 DM, die für einen Haushaltsvorstand, oder 220 DM, die für ein Kind bis 7 Jahre an Leistungen veranschlagt sind, halte ich für ausgesprochen zu gering und man sollte ganz sicher da ran-

gehen. Das ist zwar in DM-Leistung ausgewiesen, aber wird leider in Thüringen in den meisten Landkreisen wirklich noch mit Warengutscheinen und einigen wenigen als Sachleistung bei Kleidung durchgeführt.

Hier fordern wir insbesondere bei der Leistungsgewährung in Bargeld eine Verbesserung.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE:
Dann machen Sie es mal politisch.)

Und wie schon bei der Einführung der Schulpflicht und dem Besuch von Kindertagesstätten für die Kinder eine Verbesserung gelungen ist, wird es Zeit, dass sich hier etwas tut.

Für uns als SPD-Fraktion steht im Mittelpunkt: Rassismus heißt fehlende Information, heißt Bekanntmachen mit dem Fremden, die Angst zu nehmen vor dem, was ich nicht kenne. Deswegen heißt für uns eine konsequente Fortführung der Zusammenarbeit mit allen Organisationen, wie der Diakonie und den Johannitern, mit den Kirchen, den Vereinen vor Ort wie zum Beispiel einem Weltnetzwerk aus Jena oder Freundeskreis Asyl in Altenburg, den Netzwerken Integration und den Runden Tischen in den einzelnen Landkreisen, ja, dem Ausländerbeirat in Erfurt und dem Zentrum für Integration und Migration. Denn diese Zusammenarbeit bringt Information und natürlich auch ein verstärktes Verständnis. Für die rechtliche Gleichstellung, sehe ich das nicht ganz so, weil insbesondere dann, wenn ich kein deutscher Staatsbürger bin, habe ich schon als EU-Bürger ein Problem zum Beispiel beim Wahlrecht, das ich nicht wahrnehmen kann. Ich denke, das ist im Moment nicht zu verwirklichen.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte mit einem Zitat beginnen von Karl Valentin: „Fremd ist der Fremde nur in der Fremde.“ Passender kann man es, glaube ich, kaum formulieren. Weil hier soeben schon eine Broschüre genannt wurde, gemeint ist die Studie Migration und Integration - Herausforderung für Thüringen, gestatten Sie mir, dass ich hier von Seite 110 kurz etwas zitiere, Frau Präsidentin, und zwar steht hier: „Die Perspektive der Bevölkerung zerfällt in zwei Sichtweisen: die guten und die schlechten Zuwanderer. Die sagen, ach das sind die Guten, die studieren, die promovieren oder die arbeiten hier und mir gefällt die Diskussion nicht.“

(Abg. Rothe-Beinlich)

Ich kann die Argumente zwar menschlich verstehen, wenn man sagt, ach das ist ja der Professor, das weiß ja jeder Neonazi, dass er in der S-Bahn nicht jemandem auf die Mütze hauen darf, weil das ja ein Professor sein könnte. Ja, aber die anderen, die wollen ja alle nur was vom Kuchen abhaben. Da braucht es noch andere kommunale Strategien, da bin ich auch noch am Suchen.“ Das ist ein Zitat aus einer Studie, in der man zu dem Schluss kommt, dass wir konstatieren müssen, dass sich die meisten Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen nicht willkommen fühlen, dass Rassismus ganz offensichtlich sehr unterschiedliche Gesichter hat. Ich finde es gut, dass wir dieses ernste Thema heute hier diskutieren können, auch im Thüringer Landtag.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage aber auch, Herr Bergner, wenn Sie hier argumentieren, dass ein Einzahler in ein System vielleicht auch mehr Rechte haben sollte als ein Mensch, der weniger einzahlt, und somit Menschen nach Zahlungsfähigkeit beurteilt werden mit Blick auf ihre Würde und in ihre Rechte, dann vertrete ich einen dezidiert anderen Standpunkt als Sie.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus meiner Sicht muss gelten, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Die Aktuelle Stunde der Fraktion DIE LINKE redet auch nicht von Gleichsetzung oder Gleichmacherei, sondern von Gleichstellung. Gleichstellung ist etwas anderes. Gleichstellung geht davon aus, dass allen Menschen, egal woher sie kommen, egal woran sie glauben, die gleichen Rechte zugestanden werden, dass sie gleichgestellt werden. Dass diese Gleichstellung überfällig ist, zeigt ganz exemplarisch das hier schon viel zitierte Asylbewerberleistungsgesetz, in dem nicht nur D-Mark-Beträge festgeschrieben sind und die gestiegenen Lebenshaltungskosten überhaupt keine Beachtung finden, sondern mit dem vor allen Dingen eine, wie ich meine, diskriminierende und durchaus rassistische Praxis in Gesetzesform gebracht wurde. Das ist eine Kritik, die wir seit vielen Jahren haben. Deswegen machen wir uns auch auf Bundesebene für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes stark.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Frau Kanis, wenn Sie hier vorn stehen und sagen, rechtliche Gleichstellung ist im Moment nicht zu machen, dann sage ich Ihnen: Rechtliche Gleichstellung ist nur nicht zu machen, weil es offenkundig die politischen Mehrheiten dafür nicht gibt, weil Sie und die SPD beispielsweise nicht bereit dazu sind, die Gesetze entsprechend zu ändern,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil Sie nicht bereit sind, dafür zu sorgen, dass wir zu einer Gleichstellung kommen. Da helfen im Übrigen auch wohlfeile Gedenkminuten wenig, wenn der Alltag sich rassistisch zeigt, wenn Menschen Angst davor haben müssen, in Geschäften, auf der Straße oder auf dem Bahnhof zufällig Kontrollen zu unterliegen, nur weil sie eine andere Hautfarbe haben, wenn sie beschimpft werden, wenn sie sich dafür rechtfertigen müssen, ob sie einen guten Bildungsabschluss haben oder nicht, nur weil sie wie Menschen wie du und ich behandelt werden möchten. Ich jedenfalls glaube, das ist ihr gutes Recht.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit Blick auf Ungleichbehandlung gibt es auch ganz viel zu tun, auch hier in Thüringen. Die Residenzpflicht ist schon angesprochen worden. Wir haben immer wieder dafür geworben, dass sie auf das ganze Land ausgeweitet wird, trotzdem ist es bis heute nicht passiert. Wir könnten sofort Bargeld an die Flüchtlinge ausreichen, das wenige Bargeld, was ihnen zusteht, damit sie mit diesem Geld selbst entscheiden können, was sie machen. Aber nein, wir reglementieren dies an ganz vielen Orten, indem es die - wie ich meine - völlig unwürdige Gutscheinpraxis gibt. Wir bringen Asylbewerberinnen und Flüchtlinge in lagerähnlichen Unterbringungen unter, obwohl wir ihnen auch dezentrale Wohnungen zur Verfügung stellen könnten. An all diesen Stellen könnten wir konkret etwas tun. Wenn wir dann in dieser Studie, die ich eben schon benannte, nachlesen müssen, dass sich Flüchtlinge, dass sich Migrantinnen in Behörden immer wieder fühlen, als ob sie Bittstellerinnen vierter Klasse wären, wenn sie Angst haben, ihre Wünsche, ihre Vorstellungen zu formulieren, dann brauchen wir auch eine Einstellungsänderung. Wir brauchen eine echte Willkommenskultur. Wir sollten endlich lernen, dass auch Thüringen nur zukunftsfähig ist, wenn wir uns öffnen für Menschen anderer Kulturen und mit anderer Geschichte. Wenn wir uns öffnen, wenn wir weltoffen werden im wahrsten Sinne des Wortes, und wenn wir die Chance in der Vielfalt erkennen. Ohne Probleme wegreden zu wollen, gilt es zu erkennen: Integration ist keine Einbahnstraße. Auch wir werden uns ändern müssen. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Frau Abgeordnete Berninger zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Ich werde dieses Mal die Zeit nicht ausnutzen, Frau Präsidentin. Ich möchte Angela Merkel zitieren, die am 23. Januar dieses Jahres bei der Gedenkveranstaltung für die Opfer rechtsextremer Gewalt gesagt hat: „Intoleranz und Rassismus äußern sich keineswegs erst in Gewalt. Gefährlich sind auch diejenigen, die Vorurteile schüren, die ein Klima der Verachtung erzeugen.“

Meine Damen und Herren, ein Klima der Verachtung schürt man eben auch mit dem Festhalten an diskriminierenden Sondergesetzen.

(Beifall Abg. Kummer, DIE LINKE)

Frau Holbe, es ist schlicht unmöglich, einerseits glaubhaft für den Abbau von Vorurteilen, rassistischen Stereotypen politisch zu demonstrieren, wie Sie das gerade am Pult gemacht haben, oder als Landesregierung Wettbewerbe zur Stärkung der Zivilcourage aufzurufen, um Benachteiligungen und Diskriminierungen abzubauen und andererseits Benachteiligung, Schlechterstellung und Diskriminierung per Gesetz fortbestehen zu lassen, wie Sie das tun, indem Sie als Landesregierung und als CDU an einer diskriminierenden Verwaltungsvorschrift festhalten, die auf einer Gesetzeslage basiert, die bereits vor 15 Jahren abgeschafft wurde. Genau dasselbe gilt für Sie, Frau Kanis. Es ist nicht glaubhaft, wenn Sie beispielsweise in einer Pressekonferenz heute Mittag fordern, dass die Residenzpflicht auf ganz Thüringen ausgeweitet werden soll, aber täglich in Ihrer politischen Arbeit hier im Thüringer Landtag entsprechende Anträge ablehnen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz zum Schluss, Frau Holbe: Lassen Sie sich bitte von Ihrem Redeschreiber sachlich korrekte Dinge aufschreiben, § 2-Leistungen, also Analog-Leistungen zur Sozialhilfe werden nicht nach 36 Monaten gewährt, sondern erst nach 48.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die FDP-Fraktion hat sich der Abgeordnete Bergner noch einmal zu Wort gemeldet; die Redezeit beträgt noch 2:30 Minuten.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin, die werde ich auch nicht verbrauchen.

Meine Damen und Herren, ich möchte nur eines klar- und richtigstellen: Es ist mir hier vorgeworfen worden von Frau Kollegin Rothe-Beinlich, dass ich sinngemäß formuliert hätte, Menschenwürde von Zahlungsfähigkeit abhängig zu machen. Genau das, meine Damen und Herren, habe ich nicht. Ich

habe aber auf eins aufmerksam gemacht mit einer Fragestellung, und zwar mit einer Fragestellung, die einem tagtäglich im normalen Leben begegnet, wenn man mit einfachen Menschen zu tun hat, wenn man beispielsweise - Sie wissen, ich bin vom Bau - mit Menschen vom Bau zu tun hat, die nach einem langen Arbeitsleben auf einmal in die Situation gekommen sind, dass sie möglicherweise Leistungsempfänger geworden sind. Die haben ein langes Leben lang eingezahlt und ich sage Ihnen ganz offen und ehrlich, ich verstehe, wenn dann jemand, der 20 Jahre seit der deutschen Wiedervereinigung in unsere Sozialsysteme eingezahlt hat, der hier gearbeitet hat, der sich hier engagiert hat, wenn der die Frage stellt, wieso bekomme ich nicht mehr im Vergleich zu Zuwanderern. Ich will damit ausdrücklich nicht die Situation von Zuwanderern, die Situation von Flüchtlingen in irgendeiner Weise bagatellisieren, das will ich ausdrücklich nicht. Ich habe auch in meiner Rede gesagt, über die Besserstellung von Flüchtlingen wollen und müssen wir reden. Aber ich möchte ganz ausdrücklich auch darauf aufmerksam machen, dass die Frage des sozialen Friedens ganz, ganz wichtig ist, eben im Sinne dieser Geisteshaltung, die für Fremdenfeindlichkeit keinen Platz hat. Das meine ich, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Deswegen habe ich diese Fragestellung hier genannt und ich lasse mich hier nicht in eine Ecke stellen,

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wo schon Herr Recknagel steht.)

in die ich nicht gehöre und in der ich zu keinem Zeitpunkt das Wort geredet habe. Das möchte ich schlicht und einfach an dieser Stelle hier geradestellen und richtigstellen. Danke schön.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung hat Staatssekretär Rieder das Wort.

Rieder, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, Thüringen hat rund 2,2 Mio. Einwohner, die weit überwiegende Mehrheit unserer Bevölkerung ist weltoffen, tolerant und freut sich darüber, dass ausländische Staatsangehörige in Deutschland und in Thüringen leben und auch maßgeblich zur kulturellen Vielfalt unseres Landes beitragen. Wer sich vor Augen hält, welche Haltung beispielsweise an Thüringer Universitäten, bei Sportveranstaltungen wie in Oberhof oder etwa beim Rudolstädter Tanz- und

(Staatssekretär Rieder)

Folkfest zum Ausdruck kommt, dem muss es um die gesellschaftliche Werteordnung in Thüringen nicht bange sein.

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das Leben ist kein Ponyhof.)

Wir wissen auf der anderen Seite aber auch, dass es Auswüchse menschenverachtender und rassistischer Gesinnung gab und gibt. So sehr wir auch darauf aus sein müssen, dieser Gesinnung den Boden zu entziehen, so sehr müssen wir auf eine sachliche Debatte achten.

Auch im Hinblick auf die von der Fraktion DIE LINKE geforderte soziale und rechtliche Gleichstellung von Flüchtlingen bedarf es deshalb einer differenzierten Betrachtungsweise. Ausländer mit dauerhaftem Bleiberecht erhalten bei Bedarf die gleichen Leistungen wie deutsche Sozialhilfeempfänger. Sie können ebenso beruflich tätig sein wie Deutsche. Bei Ausländern, deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist oder die lediglich geduldet sind, stellt sich die Rechtslage anders dar. Dieser Personenkreis bekommt abgesenkte Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und darf auch nicht sofort arbeiten. Diese Entscheidung wurde vom Bundesgesetzgeber bewusst vorgenommen. Diese Bestimmungen wurden mehrfach gerichtlich und verfassungsrechtlich geprüft. Sie sind rechters.

Es wurde eben schon gesagt, dass die abgesenkten Leistungen nur für einen bestimmten Zeitraum gezahlt werden und danach die Regelleistungen. Insofern hat Frau Holbe ja die Rechtslage zutreffend wiedergegeben.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: Sachlich falsch.)

Es wurde auch schon darauf hingewiesen, dass die abgesenkten Leistungen der Höhe nach überprüft werden. Es stellt sich wirklich die Frage, ob sie noch auskömmlich sind, und deswegen überprüft die Bundesregierung zurzeit diese Sätze. In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf aufmerksam machen, dass das Land eine qualifizierte Sozialbetreuung der Flüchtlinge gewährleistet, und zwar über die rechtliche Verpflichtung hinaus. Weiterhin darf ich darauf hinweisen, dass vielfältige Integrationsprojekte durch das Thüringer Innenministerium gefördert werden. Im letzten Jahr standen dafür 500.000 € zur Verfügung und dieselbe Summe steht auch in diesem Jahr wieder bereit.

Im vorigen Jahr wurden 29 Projekte gefördert. Lassen Sie mich bitte einige Beispiele anführen. Eine der geförderten Organisationen ist das Psychosoziale Zentrum in Jena, das Flüchtlingen die erforderliche psychosoziale Betreuung gewährt. Ein anderes gefördertes Projekt aus dem Jahr 2011 ist die Beratung und Integrationshilfe für Flüchtlinge des evangelischen Kirchenkreises Erfurt. Auch das Pro-

jekt „to arrange“ des Instituts für Berufsbildung und Sozialmanagement, das Flüchtlinge mit Arbeitsmarktzugang unterstützt, wurde im letzten Jahr durch das Innenministerium gefördert.

Dennoch, eine vollständige soziale und rechtliche Gleichstellung von Flüchtlingen, bei denen noch nicht feststeht, ob sie als Asylbewerber anerkannt werden oder deren Asylantrag bereits abgelehnt wurde, mit Ausländern, die über ein Bleiberecht verfügen, oder mit deutschen Staatsangehörigen ist vom Bundesgesetzgeber aus gutem Grund nicht gewollt. Aber das ist kein Ausdruck fehlender Willkommenskultur. Wer nach Deutschland flüchtet, darf auf ein rechtsstaatliches Verfahren vertrauen. Wer nach Deutschland flieht, darf zumindest bis zur Klärung seiner Fluchtgründe auf die Absicherung seiner Existenz vertrauen, und wer nach Deutschland flieht, darf darauf vertrauen, dass auch in Thüringen der weit überwiegende Teil der Bevölkerung eine Werteordnung trägt, zu der das Asylrecht der politisch Verfolgten zählt. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt noch eine Wortmeldung von Frau Rothe-Beinlich. 1 Minute 20 ist noch.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Nur zwei Dinge. Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin, muss es uns nicht zu denken geben, Herr Staatssekretär, wenn 56 Prozent der Thüringerinnen laut dem Thüringen-Monitor der Meinung sind, Thüringen sei überfremdet?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So viel zur Weltoffenheit.

Und zu Ihnen, Herr Bergner: Wenn zu Ihnen, wie Sie sagen, die Menschen vom Bau kommen, die ihr ganzes Leben geschuftet haben, und trotzdem zu wenig Rentenansprüche haben, dann ist das ein Skandal für sich. Aber wäre es dann nicht gerade an Ihnen, dafür zu sorgen, dass kein Sozialneid geschürt wird gegenüber denen, die ihr Land verlassen mussten und nach Deutschland geflohen sind?

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt noch eine Redemeldung von Herrn Staatssekretär Rieder dazu.

Rieder, Staatssekretär:

Ja, vielen Dank, Frau Präsidentin. Nur ein Wort dazu: Ich halte nichts davon, unsere Bevölkerung zu diffamieren. Vielen Dank.

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das war der Thüringen-Monitor.)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das waren Ihre Zahlen! Nehmen Sie das doch zur Kenntnis.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen keine weiteren Redeanmeldungen mehr vor und ich schließe den vierten Teil der Aktuellen Stunde und rufe auf den **fünften Teil**

e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP zum Thema: „Umweltzone - Ein Modell für saubere Luft in Thüringer Kommunen oder Wachstumsbremse?“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/4210 -

Zunächst hat das Wort der Herr Abgeordnete Untermann für die FDP-Fraktion.

Abgeordneter Untermann, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zunächst einmal zur Brisanz und Aktualität des Themas. Eine Umweltzone hat massive Auswirkungen auf die Einwohner und Besucher der Thüringer Städte und natürlich Auswirkungen auf die Thüringer Wirtschaft. Ende vergangenen Jahres haben wir eine Kleine Anfrage zum Thema gestellt. Als Antwort wurde uns mitgeteilt, dass Feinstaub vorwiegend in drei Quellbereichen zu finden ist. 50 Prozent stammen hauptsächlich aus dem regionalen Hintergrund, 25 Prozent stammen aus dem städtischen Hintergrund, dazu zählen Gewerbe, Industrie und Heizungsanlagen, und 25 Prozent werden durch den lokalen Verkehr verursacht. Laut EU-Vorgabe darf der Tagesmittelwert von 50 Mikrogramm pro Kilometer Luft nicht häufiger als an 35 Tagen des Jahres überschritten werden. Feinstaubmessungen fanden demnach in fünf Thüringer Städten statt. Dazu zählten die Städte Erfurt, Jena, Mühlhausen, Gera und Weimar. Laut Angaben der Landesregierung verringerte sich in Erfurt die Anzahl der Überschreitungen von ursprünglich 60 Tagen im Jahr 2006 auf 38 Tage im Jahr 2008 ohne Umweltzone. Im darauf folgenden Jahr stieg die Anzahl der Überschreitungen nur leicht auf 41 Tage. In Weimar verringerten sich die Tageszahlen

der Überschreitung in den Jahren 2006 bis 2010 von 89 auf 39 Tage.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Beispiele zeigen, auch ohne die Einführung einer Umweltzone sind bereits Verbesserungen ersichtlich. In Mühlhausen ist eine Steigerung von 36 auf 62 Tage zu verzeichnen. Hier macht sich aber auch die fehlende Umgehungsstraße bemerkbar. Eine Maßnahme, mit der Mühlhausen schnell und effektiv von viel Durchgangsverkehr entlastet werden würde.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich klarstellen, die Reduzierung verkehrsbedingter Schadstoffe ist ein Anliegen der FDP, jedoch sehe ich nicht nur die Lösung in dem Verkehr. Nur eine Bündelung gezielter Maßnahmen und ein gesamtes Konzept sowie Einbeziehung aller maßgeblichen Verursacher werden in der Perspektive langfristige Erfolge zeigen. Dazu zählen Verkehrslenkungsmaßnahmen wie eben Umgehungsstraßen, Nutzung von schadstoffarmen und kraftstoffsparenden Fahrzeugen, Verbesserung des ÖPNV und der Einbau von emissionsreduzierten Heizungsanlagen. In den nächsten Jahren wird der technische Fortschritt in den verschiedenen Branchen einen weiteren Beitrag leisten und die Feinstaubbelastung allmählich sinken lassen. Aber es sollte klar sein, die alleinige Maßnahme im Verkehrsbereich führte nur zur Verteilung des Feinstaubes bzw. zu einer Verlagerung dieses Problems.

(Beifall SPD)

Auch die Errichtung von Tempo-30-Zonen dienen nicht der Reduzierung des Feinstaubaufkommens. Tempo 30 mindert nur den zügigen Verkehrsfluss in stark frequentierten Straßen, es wird mehr Treibstoff verbraucht, da mit einer höheren Drehzahl gefahren werden muss, demzufolge wird mehr CO₂ ausgestoßen. Untersuchungen zeigen, dass damit sehr oft die Wirkung von Umweltzonen infrage gestellt ist.

(Beifall FDP)

Eine ADAC-Studie stellte bei einem Vergleich zwischen Städten mit und ohne Umweltzone fest, dass ähnliche Schwankungen bei Zunahme und Abnahme der Feinstaubbelastungen vorliegen. Das heißt im Klartext, dass die erwartete Verbesserung der Luftqualität durch die Einführung von Umweltzonen im Vergleich zu belasteten Städten ohne Fahrverbot nachweislich nicht eingetreten ist. So zeigt sich am Beispiel von Berlin, dass seit 2008 die Anzahl der kritischen Feinstaubtage trotz Einführung einer Zonenbeschränkung angestiegen ist trotz Umweltzone - 2008 24 Tage, 2010 53 Tage und 2011 47 Tage. Deutlicher wird der AvD, er stellt fest, dass wetterbedingte Einflüsse wie Jahreszeiten, Wind oder Sonnenstand zu höherer oder niedriger Feinstaubkonzentration führen können. Das waren

(Abg. Untermann)

einige Argumente, die dafür sprechen, dass die Einführung von Umweltzonen nach heutigem Stand sich der gewünschte Erfolg nicht einstellt. Damit stellt sich die Frage, was mit einer Umweltzone überhaupt erreicht werden kann. Saubere Luft kann es nicht sein, wie ich gerade gezeigt habe.

(Beifall FDP)

Schließlich bleibt der Eindruck, die Umweltzone sollte als Wachstumsbremse für die Wirtschaft missbraucht werden. Lassen Sie mich das mit einigen kurzen Fakten belegen, nur einige Zahlen zu den Kosten der Errichtung einer Umweltzone anhand der Stadt Erfurt. Für die Beschilderung und Bearbeitung von Ausnahmegenehmigungen und Überwachung des ruhenden Verkehrs entstehen insgesamt bis zum Jahr 2020 ca. 206.000 €, das ist in Zeiten knapper Kassen eine Menge Geld. Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Was kostet es den Autofahrer, den Pendler, den Busunternehmer, den Transportunternehmer, den Mittelständler und den kleinen Handwerker? Ich frage Sie, werte Damen und Herren, warum müssen hier schon wieder die Autofahrer zur Kasse gebeten werden, nur damit vielleicht ein grünes Gewissen beruhigt wird?

(Beifall FDP)

Schaue ich mir die Benzin- und Dieselpreise an den Tankstellen an, ist die Schmerzgrenze doch bei vielen bereits erreicht und überschritten. Jeder dieser Genannten braucht sein Fahrzeug, um täglich zur Arbeit zu kommen, um sein tägliches Brot zu verdienen. Ich rede hier nicht von den Kosten für die Plakette, die das Einfahren in die Umweltzone erlaubt, sondern von den Kosten für das Umrüsten. Nur wenige Autos, Kleintransporter und Baufahrzeuge erfüllen die Norm für eine grüne Plakette. Das bedeutet Nachrüsten oder Neukauf.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Untermann, die Zeit ist vorbei.

Abgeordneter Untermann, FDP:

Ja, ich habe es schon gesehen. Ein Satz noch zum Schluss: Die einfachste Lösung wäre hier, in ganz Deutschland auf Umweltzonen zu verzichten. Ich sehe da nur Frankfurt am Main, drei, vier Autobahnen gehen durch Frankfurt am Main, da ist keine Umweltzone und -begrenzung in der Stadt. Da sind Umweltbegrenzungen vollkommen an der Sache vorbei. Umweltzonen als Einzelmaßnahmen verfehlen unsererseits ihren Zweck. Danke schön.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ja und Sie teilen mir dann mal mit, wie viele Kommata in diesem letzten Satz waren.

(Zwischenruf Abg. Hitzing, FDP: Schachtelsatz.)

Für die CDU-Fraktion hat sich der Abgeordnete Wucherpfennig zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Wucherpfennig, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die FDP wirft mit ihrem Antrag eine Frage auf, die sehr allgemein gehalten ist, stark polarisiert und auch provoziert und ein „oder“ aufweist. Kurz zusammengefasst lautet die Fragestellung der Fraktion: Saubere Luft oder Wachstum? Ungeachtet der gängigen umweltrechtlichen Bestimmungen, die selbstverständlich Grundlage unseres Handelns sind und auch sein müssen, könnte wie so häufig die Antwort in der Mitte liegen. Aber diese Antwort wäre zu einfach, die Antwort lautet deshalb nicht „saubere Luft oder Wachstum“, sondern „saubere Luft und Wachstum“, denn wir leben nicht mehr im Zeitalter der Industrialisierung, wo primär Wachstum im Vordergrund stand. Wir leben im 21. Jahrhundert und wir leben in Europa, einem hoch technisierten Kontinent mit den höchsten Umweltstandards und das ist auch gut so. Europa und insbesondere die EU sollte und muss Vorreiter sein beim Schutz und dem Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Wasser, Klima, Luft.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo Deutschland, seine Länder und seine Kommunen im Bereich der realen Umsetzung von EU-Vorschriften unter Rankingaspekten liegen, das, denke ich, dürfte allen hier im Saal klar sein. Doch sollten wir uns darauf auch nicht ausruhen. Wir haben auch in Thüringer Städten Probleme mit der Luftreinhaltung; in Erfurt, Mühlhausen, Gera, Jena, Weimar und Suhl soll es so sein. Dennoch sollten wir hier nicht vorschnell urteilen, denn auch hier sollte das Subsidiaritätsprinzip Anwendung finden und natürlich die kommunale Selbstverwaltung.

Deshalb, meine Damen, meine Herren, etwas Zurückhaltung mit pauschalen Aussagen. Hierfür wäre eine fachlich fundierte Einzelbetrachtung der jeweiligen Fälle erforderlich. Dieses ist weder Aufgabe von Parlamentariern noch dürfte hier die entsprechende Fachkompetenz vorliegen. Unabhängig davon sollte das Motto lauten, ich wiederhole mich, nicht „saubere Luft oder Wachstum“, sondern „saubere Luft und Wachstum“. Ich ergänze jetzt: Der Einzelfall und das Abwägungsgebot bezüglich der jeweilig anzuwendenden Maßnahme sollten im Vordergrund stehen.

Meine Damen, meine Herren, ich habe auch ein großes Verständnis für die Bürgerinnen und Unternehmen, die von einer Umweltzone betroffen sind. Die Frage hierbei ist doch, ob auf Ebene der betroffenen Kommunen zum richtigen Zeitpunkt die richti-

(Abg. Wucherpennig)

gen Weichen gestellt wurden und ob auch andere Maßnahmen möglich und umsetzbar gewesen wären, als die finale Maßnahme schließlich, die Einrichtung einer Umweltzone. Denn das Ziel muss es sein, so früh wie möglich emissionsmindernd tätig zu werden, nämlich dann könnte es auch sein, dass Luftreinhaltung und Wirtschaftswachstum kein Gegensatz und Umweltzonen auch nicht erforderlich sind. Ich kann daher nur alle kommunalpolitisch Aktiven und Verantwortlichen aufrufen, ihre Hausaufgaben zu erledigen, rechtzeitig gegenzusteuern und die Maßnahmen einzufordern, die Bürger und Unternehmen am wenigsten belasten und die Luftreinhaltung voranbringt. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat Frau Abgeordnete Dr. Lukin das Wort.

Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, ich hatte mich ein wenig gewundert, warum wir heute eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema machen. Die europarechtlichen Vorgaben zur Verbesserung der Luftqualität gibt es seit 2008. In Deutschland wurde die Umsetzung 2010 im Bundes-Immissionsschutzgesetz und in der 39. Durchführungsverordnung in Kraft gesetzt. Gut, es kann vielleicht noch eine Reihe von Übergangsfristenlösungen geben für Feinstaub bis Juni 2011 oder bei den Grenzwerten für Stickstoffdioxid bis zum 31.12.2014. Ich denke, es ist allgemein bekannt, dass die Kommunen und die Länder verstärkt aufgefordert wurden, Maßnahmen zur Verringerung des Schadstoffgehaltes der Luft zu ergreifen und damit auch einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität gerade in Ballungszentren zu leisten. Meine Damen und Herren, Sie stimmen sicher zu, dass Gesundheit ein hohes und schützenswertes Gut ist. Wenn wir gerade eine Vielzahl von Ballungsgebieten und Großstädten in Deutschland betrachten, so hat sich in den vergangenen Jahren dort die Luftqualität nicht nur durch Verkehr, sondern auch durch Industrie nicht gerade verbessert. Gegenwärtig haben wir 48 Umweltzonen in ganz Deutschland. Sie reichen vom Ruhrgebiet, das als gesamte Zone mitgenommen wurde, bis hin zu Städten wie Leipzig, Magdeburg, Berlin, München. Auch in diesen Städten wurden Luftreinhaltepläne entwickelt und wurden Umweltzonen dann im Ergebnis der Nichtwirksamkeit der geplanten Maßnahmen eingeführt. In Erfurt gab es seit 2005 Überschreitungen des Feinstaubwertes. Seit 2010 gibt es Probleme und Grenzüberschreitungen beim Stickstoffdioxidgehalt in der Luft in Jena, Weimar, Gera und Mühlhausen, das wurde schon erwähnt. Die Luftreinhaltepläne selber - es wurde auch

schon mitgeteilt - umfassen einen ganzen Komplex von Maßnahmen auf dem Gebiet des Verkehrs, der Industrie und des Gewerbes. Die Umweltzone ist lediglich eine davon. Allerdings - so hat sich herausgestellt - in Erfurt wurde viel versucht, von einem gemeinsamen Pakt mit der Wirtschaft bis hin zu Tempo-30-Zonen und zur Umsetzung von Parkraumkonzepten. Allerdings blieben die Grenzwertüberschreitungen. Das heißt, mit der Einführung der Umweltzone als örtliches Instrument kommunaler Umweltpolitik und kommunaler Umweltschutzes müssen jetzt ab 1. Oktober 2012 bestimmte Fahrzeuge vom Befahren der Innenstadt ausgeschlossen werden. Ich denke, an dieser Stelle - und das hat die Diskussion auch ein bisschen von FDP-Seite gezeigt - existiert die Kritik des Bundesgeschäftsführers der Deutschen Umwelthilfe zu Recht, dass besonders in den ostdeutschen Städten das Verständnis für Umweltschutz noch zu gering ausgeprägt ist. So hat die Oberbürgermeisterin von Halle 10.000 € für ein Gutachten ausgegeben, das die Unwirksamkeit von Umweltzonen nachweisen sollte. Inzwischen ist sie mit Leipzig daran, sehr schnell die Umweltzone und ihre Maßnahmen durchzusetzen.

Thüringen gehört nach Meinung der Deutschen Umwelthilfe ebenfalls zu den Schlusslichtern beim Kampf um die Verbesserung der Klima- und Luftqualität. Ich denke, Erfurt wird große Anstrengungen unternehmen müssen, damit hier eine sowohl sozialverträgliche als auch umweltverträgliche Regelung für die Bürgerinnen und Bürger gefunden wird. Die Frage, warum die Umweltzone eine Wachstumsbremse ist, habe ich auch nicht so ganz verstanden. Laut Eurobarometer sind zwei Drittel der Pkw-Nutzer im europäischen Raum bereit, im Interesse von Klima- und Umweltschutz Verbesserungen an Fahrzeugen vorzunehmen. Es existiert die Möglichkeit, Rußpartikelfilter nachzurüsten, den öffentlichen Nahverkehr zu fördern, den Radverkehr zu fördern. Ich denke, das ist zwar eine andere Form von Wirtschaftsförderung, aber eine durchaus effiziente, die auch positive Folgen für Umweltpolitik mit einschließt. Wenn wir über E-Mobilität sprechen, auch das wird ein Wirtschaftsfaktor der Zukunft sein. Sicher werden im Interesse beispielsweise von Busunternehmen oder auch im Interesse von Speditionsfirmen, die lebensnotwendige Güter transportieren, Ausnahmeregelungen gefunden werden. Daran ist die Stadt Erfurt im Moment nicht nur beteiligt, sondern in Arbeit. Lassen Sie uns, weil Sie vorhin ...

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Lukin, die Zeit ist zu Ende.

Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:

Gut, lassen Sie mich noch einen letzten Satz sagen. Wenn die Einführung von Umweltschutzzonen zur Senkung von Lungenleiden und auch zur Senkung von Erkrankungen führt, dann sollten wir jede Maßnahme dieser Art unterstützen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Weber das Wort.

Abgeordneter Weber, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, die FDP befindet sich im Wahlkampf. Das merkt man auch am Titel der Aktuellen Stunde. Es ist ja jetzt der Weg von hier zum Ring nicht so weit weg. Da kann man nachlesen, wie man das so sieht und wie man von den Faschingswagen abgeschrieben hat und dann letztendlich an den Ring gestellt hat.

(Beifall SPD)

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Debatte zur Umweltzone wird in der gewohnten Unehrllichkeit geführt. Ganz unabhängig davon, wie man dazu stehen mag, ich habe dazu eine klare Position. Die klare Position ist pro Umweltzone.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber unabhängig davon, wie man zu dem Thema steht, gehört es zur Ehrlichkeit nun mal dazu, dass man sich der Systematik überhaupt nicht verweigern kann, denn es gibt eine ganz klare Vorgabe der EU-Kommission. Es gibt ganz klare Feinstaub-Emissionsgrenzwerte und die werden kontinuierlich in Thüringer Städten, wie zum Beispiel Erfurt, überschritten. Deswegen ist es notwendig, ein Instrument zu schaffen, wie man die Feinstaubemission herunterkriegt. Das einzige Instrument, was es gibt, es gibt eine Reihe davon, aber das einzige Instrument, was wirklich Wirkung zeigt, ist die Umweltzone und ist die Situation, wie man es schafft, Feinstaubemittenten in Größenordnungen aus der Innenstadt herauszuhalten. Das ist nun mal so. Ich freue mich, dass der Oberbürgermeister hier diesem Thema sachgerecht dienlich wird, dass er in einer offenen und in einer sachlichen Art und Weise das Thema besetzt und das Thema voranbringt. Wissen Sie, es ist nun mal so, dass wir über Gesundheitsschutz reden. Wir reden über den Schutz von Kindern. Wir reden über den Schutz von Älteren, von denjenigen, die massive Gesundheitsbeeinträchtigungen nachweislich haben durch Feinstaubemission. Das sollte es uns wert sein, die eine oder andere Unannehmlichkeit in Kauf zu nehmen

und mit der Umweltzone auf den Weg zu kommen. Vielleicht noch ein letzter Satz dazu. Wir gehen sogar noch weiter. Bei der Bewerbung Thüringens als Standort der Elektromobilität wird sogar in einem Pilotprojekt vorgeschlagen, bestimmte Zeiten zu finden, in denen ausschließlich Elektrofahrzeuge in der Stadt Erfurt unterwegs sein sollen. Das ist in der Planung, einfach mal zu untersuchen, was es für Auswirkungen auf die Menschen, auf die Bürger hat und auf die Feinstaubemission und auf die Emission in der Innenstadt. Ich glaube, das ist ein guter Weg. Das wird auch dem Bild Thüringens gerecht als grüner Motor Deutschlands. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Frau Abgeordnete Schubert zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte Ihren Generalsekretär, Herrn Kurth, zu Beginn zitieren, der sich über Umweltzonen in einer Pressemitteilung - nicht nur einer - verbreitete und sagte: „Ein so massiver Eingriff in bürgerliche Freiheiten muss demokratisch legitimiert sein und nicht bürokratisch angeordnet.“ Wenn man das in Populismus übersetzt, dann kommt man zu solchen Wahlplakaten, wie sie Ihr OB-Kandidat in Erfurt plakatiert. Die sind an Zynismus nicht zu überbieten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fragen Sie mal die Menschen, die am Juri-Gagarin-Ring wohnen und die aufgrund ihrer Einkommenssituation gar keine andere Möglichkeit haben, dort zu wohnen, wo die Umweltbelastung durch Lärm und durch Feinstaub geringer ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fragen Sie mal, was diejenigen von Ihrem Begriff von bürgerlicher Freiheit halten.

Ich komme zu dem Vorwurf, diese Richtlinie sei demokratisch nicht legitimiert. Geben Sie das bitte an Ihren Generalsekretär weiter. Da will ich Ihnen eine kleine Nachhilfestunde geben. Diese Richtlinie ist demokratisch legitimiert, sie ist nämlich vom gesamten EU-Parlament vor fünf Jahren verabschiedet worden und

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dort wurde sogar eine Fünfjahresfrist, also eine Verlängerung beschlossen. Eine Verlängerung, weil man zu dem Zeitpunkt festgestellt hat, die Kommunen sind noch nicht so weit, diese Feinstaubwerte einzuhalten, also eine Schonfrist. Der FDP-Europaabgeordnete Herr Krahrmer war Berichterstatter. Ich

(Abg. Schubert)

möchte Ihnen einmal sagen, wie er, nachdem das ganze Parlament zugestimmt hat, das Ergebnis bewertete. Er sprach von einer Balance zwischen hohem Gesundheitsschutz und nötiger Flexibilität. Also alles das, was Sie jetzt vorwerfen, was man als Gegenargument bei einer Einführung in Erfurt vorbringen kann - Planbarkeit, Verlässlichkeit, Bestandsschutz auch für die PKW, die in den fünf Jahren eben noch nicht gezwungen waren, einen neuen Filter einzubauen - all das ist längst erfüllt gewesen. Es war genügend Zeit, sich darauf einzustellen. Ich wünsche mir, dass diese Anforderungen, die Sie fälschlicherweise stellen, z.B. auch für solche Gesetzesvorhaben wie in der Photovoltaik gelten. Dort agieren Sie wie ein Elefant im Porzellanladen und da ist von Bestandsschutz und Vertrauen nicht mehr die Rede.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So unterschiedlich handeln Sie. Die Bedeutung für die Gesundheit ist, Herr Weber ist schon darauf eingegangen, man redet immer von 65.000 vorzeitigen Todesfällen in Deutschland durch die Belastung von Feinstaub. Dass die Umweltzone nichts bringt, ist schlicht falsch und das hat auch Ihre Partei in Weimar festgestellt. Sie hat dort ein Fachgespräch veranstaltet und hat das Ergebnis auch im Internet dargestellt. Die Bilanz war, die Umweltzone reicht allein nicht aus. Jetzt muss ich auch Herrn Untermann noch einmal Folgendes ins Stammbuch schreiben, weil Sie mit den Grenzwerten argumentiert haben bzw. mit den gemessenen Werten. Selbst die FAZ hat damals einen Artikel geschrieben vor wenigen Wochen: „Trotz Umweltzonen mehr Feinstaub“. Solche Artikel gab es wahrscheinlich in einer Vielzahl. Aber wenn Sie den Artikel lesen, dann ist dort eindeutig festgestellt, dass die Belastung eben noch höher gewesen wäre. Natürlich kann es sein, dass trotz Umweltzone die Gesamtbelastung durch Einflug aus Polen und wie auch immer höher ist, aber sie wäre eben noch höher ohne die Umweltzone. Das ist richtig, es ist eine Maßnahme, die reicht allein nicht aus. Aber Herr Untermann, wo sind denn Ihre Vorschläge? Wenn nicht die Umweltzone, wie denn dann oder ist Ihnen der Gesundheitsschutz egal?

(Zwischenruf Abg. Untermann, FDP: Sie haben doch gehört, was ich gesagt habe.)

Davon habe ich nichts gehört. Davon habe ich bis jetzt nichts gehört. Unsere Forderungen liegen auf dem Tisch. Wir haben auch mehrere Anträge gestellt, wo es um die massive Auswertung des Umweltverbundes geht, die entsprechende Förderung von ÖPNV. Ihre Haltung zu solchen Anträgen war immer abschlägig, Herr Untermann. Wir sind auch gegen weitere Holzfeuerungsanlagen, nicht nur aufgrund der Tatsache, dass sie viel Feinstaub emittieren, sondern wir sind auch bei der Verwendung von Holz als Energieträger am Ende der Fahnenstange

angelangt. Es ist richtig, Feinstaub aus dem Verkehr ist nur ein Teil. Wir müssen das Ganze angehen und ich bin auf Ihre Vorschläge gespannt. Übrigens fordert die FDP in Karlsruhe statt der Umweltzone, dass Baumaschinen in der Innenstadt mit Rußfiltern ausgestattet werden müssen. Da würde mich mal interessieren, ob Sie auch über solch eine Lösung für Erfurt nachdenken, ob das für Sie ein adäquater Ersatz ist für eine Umweltzone. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, wir sind uns in diesem Hause einig, Herr Wucherpfenig hat es auch noch einmal gesagt. Ich bin ihm dankbar für seine Rede. Gewisse Einschränkungen sind hinzunehmen, weil Gesundheit nun mal das höchste Gut ist, eines der höchsten Güter für den Menschen und wir haben dieses zu schützen. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Kuschel, war das noch eine Re-deanmeldung? Dann für die Fraktion DIE LINKE Herr Abgeordneter Kuschel.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte auf einen weiteren Aspekt in der Debatte um die Umweltzone eingehen, das ist die grundsätzliche Frage städtischer Politik, nämlich ob wir künftig Städte eher für Menschen gestalten wollen oder für Autos. Wir als LINKE sind für das städtische Zukunftsprojekt für Menschen und wir müssen uns darüber im Klaren sein, wir müssen noch in viel stärkerer und konsequenterer Art und Weise den Individualverkehr, den motorisierten Individualverkehr aus den Innenstädten verbannen. Nur dann wird es gelingen, dieses Modell „Eine Stadt für Menschen“ mit Leben zu erfüllen, und da ist die jetzige Umweltzone ein Einstieg, weil sie auch kommunale Akteure zwingt, über neue Modelle nachzudenken. Ich finde es sehr mutig und kreativ, wie die LINKE Erfurt beispielsweise das Projekt „fahr-scheinloser öffentlicher Personennahverkehr“ als Alternative

(Beifall Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

für das Parken in Geschäften, weil zum Schluss will ja die FDP möglichst, dass die Autos bis in die Geschäfte fahren können, weil man sich dadurch eine Belebung der Innenstädte verspricht, und wir bieten diese Alternative an. Alle Erfahrungen haben gezeigt, dass eine weitere Erzeugung von Ziel- und Quellverkehr in den Innenstädten durch Parkmöglichkeiten unmittelbar in den Stadtzentren eben nicht zur Attraktivität beiträgt, übrigens auch nicht den Handel und die Dienstleistung in den Innenstädten stärkt. Jeder Versuch, dass die Innenstädte, die dortige Handels- und Dienstleistungsstruktur,

(Abg. Kuschel)

mit der Handels- und Dienstleistungsstruktur auf der grünen Wiese konkurriert, muss schiefgehen, sondern beide haben ihre Stärken und Schwächen. Es gilt also insbesondere, die Stärken der Innenstädte zu befördern. Da ist der Individualverkehr mit motorisierten Fahrzeugen gegenwärtig eines der Haupthindernisse, um Wohn- und Lebensqualität in den Innenstädten zu stärken. Insofern ist die Einführung von kommunalen Umweltzonen ein erster Schritt, aber dabei darf es nicht bleiben. Aber diese erst wieder infrage zu stellen, wäre ein erheblicher und nicht zu vertretender Rückschritt und von daher sollte man an die Umweltzonen keine zu hohen Erwartungen haben. Die Effekte sind begrenzt, aber sie sind ein Einstieg in ein anderes Verständnis von Stadtpolitik. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen keine weiteren Redemeldungen aus den Fraktionen vor. Für die Landesregierung Herr Staatssekretär Richwien. Ich habe die ganze Zeit überlegt, wer sich wohl zu Wort melden wird.

Richwien, Staatssekretär:

Ich hätte es gern meinem Kollegen überlassen, aber er wollte nicht.

(Zwischenruf Staschewski, Staatssekretär: Stimmt nicht, wir können zu allen Themen etwas sagen.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Das müssen Sie bitte unter sich klären, das will ich jetzt hier gar nicht hören.

Richwien, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, am 9. Januar dieses Jahres ist der Luftreinhalteplan in Erfurt in Form einer ersten Fortschreibung in Kraft getreten. In diesem Plan wurden mehrere Maßnahmen zur Senkung der Luftschadstoffbelastung in der Landeshauptstadt festgeschrieben. Eine aus diesem Maßnahmenpaket ist die Einrichtung dieser Umweltzone zum 1. Oktober 2012 und deswegen sage ich auch noch mal in Richtung des Herrn Kuschel, Umweltzone ist für mich ein Instrumentarium, aber nicht das einzige. Bekanntermaßen werden Umweltzonen deutschlandweit seit ihrer erstmaligen Einrichtung im Jahr 2008 äußerst kontrovers diskutiert, wie wir auch heute hier im Plenum erleben konnten. Während Befürworter auf die notwendige Reduzierung der Gesundheitsgefahr von Verkehrsemissionen verweisen, sehen Gegner insbesondere eine unverhältnismäßige Einschränkung der Mobilitätsbedürfnisse von Wirtschaft, aber auch von den Bürgern.

Die Entscheidung über die Einrichtung von Umweltzonen obliegt in Thüringen dem Landesverwaltungsamt, das für die Aufstellung der Luftreinhaltepläne zuständig ist. Diese Entscheidung ist jeweils im Einvernehmen mit den zuständigen Straßenverkehrsbehörden zu treffen.

Meine Damen und Herren, solche Pläne sind immer dann aufzustellen, wenn Luftqualitätsgrenzwerte überschritten werden, die europarechtlich verankert sind. Die Grenzwerte sowie das Verfahren der Planaufstellung sind im Bundes-Immissionsschutzgesetz bzw. der 39. Bundesimmissionsschutzverordnung in nationales Recht umgesetzt. Das heißt, das Land vollzieht in diesem Bereich lediglich Bundesrecht und hat damit nur einen eingeschränkten Gestaltungsspielraum. Der Festlegung von Minderungsmaßnahmen geht im Rahmen dieses Verfahrens eine Analyse der Belastungssituation voraus. Daraus schlussfolgernd sind bei Grenzwertüberschreitungen geeignete und angemessene Minderungsmaßnahmen festzulegen, die eine Verminderung der Luftverunreinigung und damit die Einhaltung der Grenzwerte erwarten lassen.

Diese Maßnahmen müssen sich entsprechend ihrem Verursacheranteil auf die relevanten Bereiche erstrecken. Aufgrund des erheblichen Beitrags des motorisierten Straßenverkehrs - davon haben auch einige Abgeordnete hier gesprochen - zur Gesamtbelastung in Gebieten mit Grenzwertüberschreitung müssen Minderungsmaßnahmen schwerpunktmäßig im Verkehrsbereich angesiedelt werden. Dabei gilt selbstverständlich auch der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.

In Thüringen treten gegenwärtig Grenzwertüberschreitungen in den Städten Erfurt, Mühlhausen, Jena, Gera, Suhl und Weimar auf. Es haben viele hier schon am Pult davon gesprochen. Da der Grenzwert für Feinstaub bereits seit 2005 gilt, wurde schon zu diesem Zeitpunkt ein Luftreinhalteplan für den damals ersten Überschreitungsort Erfurt aufgestellt. Weitere Minderungspläne wurden bis zum Jahr 2010 für Weimar, Jena, Gera und Mühlhausen aufgestellt. Herr Untermann hatte davon gesprochen, dass Mühlhausen sehr darunter leidet, dass wir dort den Durchgangsverkehr von der 247 haben. Wenn dann der Umleitungsverkehr bewerkstelligt ist, glaube ich, werden sich in Mühlhausen auch andere Grenzwerte darstellen lassen.

Meine Damen und Herren, in diesen Plänen sind jeweils Bündel von vielfältigen Minderungsmaßnahmen festgelegt. Die Frage der Einführung einer Umweltzone stand zunächst noch nicht im Raum, da deutschlandweit weder praktizierte Beispiele noch einschlägige Rechtsprechung vorlagen. Vor allem aber ließen die festgelegten und für die Bürger wie die Wirtschaft milderen Maßnahmen die künftige Einhaltung der Grenzwerte erwarten. Während dieses Ziel für Gera und Jena erreicht wurde

(Staatssekretär Richwien)

und für Weimar bis Mitte 2011 auf Initiative unseres Hauses gegenüber der Europäischen Kommission eine Ausnahme von der Pflicht zur Grenzwertehaltung notifiziert werden konnte, führten die Maßnahmen in Erfurt zwar vorübergehend zur Grenzwerteinhaltung, jedoch später witterungsbedingt zu erneuten Überschreitungen.

Aufgrund dessen bestand die Notwendigkeit, den Luftreinhalteplan Erfurt fortzuschreiben. Diese Arbeiten begannen bereits im Jahr 2008. Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen sowie deutlicher Ankündigungen vonseiten der Europäischen Kommission, Mitgliedstaaten mit Verstößen gegen das EU-Luftqualitätsrecht entsprechend zu sanktionieren, war nun auch die Option „Einrichtung einer Umweltzone“ durch die zuständige Behörde - wie ich vorhin gesagt habe Landesverwaltungsamt - zu prüfen. Zu diesem Zweck wurde ein Gutachten von einem renommierten Verkehrsplanungsbüro eingeholt, in dem sowohl die Wirkung einer Umweltzone als auch noch vorhandene Minderungspotenziale alternativer Maßnahmen zu untersuchen waren. Im Ergebnis bietet nur die Einführung einer Umweltzone die Aussicht auf eine zeitnahe Grenzwerteinhaltung.

Die Frage der Belastung der betroffenen Bevölkerung und Wirtschaft wurde bei der Entscheidung über die Aufnahme der Maßnahme in den Planentwurf ausführlich diskutiert. Unbestritten können sich an die Einrichtung einer Umweltzone je nach individueller Situation einschneidende Auswirkungen für diese Gruppen ergeben. Allerdings muss die zuständige Behörde im Rahmen des Verwaltungsverfahrens zur Planaufstellung auch und insbesondere das geltende Recht und die einschlägige Rechtsprechung beachten.

Meine Damen und Herren, hierzu ist Folgendes festzustellen:

1. Der nationale Gesetzgeber hat ausdrücklich die Möglichkeit der Beschränkung oder des Verbots des Kraftfahrzeugverkehrs für den Fall vorgesehen, dass Luftreinhaltepläne dies bestimmen, beziehungsweise Immissionsgrenzwerte überschritten werden, indem die Bundesregierung von ihrer Ermächtigung zum Erlass der Kfz-Kennzeichenverordnung Gebrauch gemacht hat und sie unterstrichen hat, dass sie Umweltzonen als eine geeignete Maßnahme zur Minderung der Luftverschmutzung einstuft. Das Land ist, wie bereits gesagt, nach Artikel 83 Grundgesetz verpflichtet, Bundesgesetze auszuführen.

2. Die Europäische Kommission fordert von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Berichterstattungspflichten zur Umsetzung europäischen Rechts Informationen zur „Einrichtung von Gebieten mit geringem Emissionsniveau“, das heißt zu Umweltzonen. Damit stuft sie diese Maßnahme praktisch ebenfalls als grundsätzlich geeignet ein. Nach Ein-

schätzung des Bundesumweltministeriums und auch des Umweltbundesamtes hat gerade die Einführung von Umweltzonen in Deutschland dazu geführt, dass die Europäische Kommission noch keine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof gegen Deutschland eingereicht hat. Ein Vertragsverletzungsverfahren läuft jedoch seit geraumer Zeit. Finanzielle Folgen einer Verurteilung vor dem EuGH würden gegebenenfalls aufgrund des Lastenteilungsgesetzes auch auf den Freistaat Thüringen zukommen.

3. Inzwischen vorliegende Rechtsprechung zur Klage gegen Umweltzonen in Deutschland stützt vollständig die Entscheidung zur Einrichtung der Umweltzonen. Insbesondere wird auch die Verhältnismäßigkeit der Maßnahme klar bejaht. In dieser Situation, meine Damen und Herren, kann die zuständige Behörde die Maßnahmeoption Umweltzonen nur dann verwerfen, wenn andere mildere Maßnahmen ein gleichwertiges Ergebnis erwarten lassen.

In Mühlhausen, meine Damen und Herren, als weiterer Stadt mit Grenzwertüberschreitung bei PM 10 ist das Thüringer Landesverwaltungsamt aufgrund der bisherigen Analyse zu der Einschätzung gekommen, dass aufgrund der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur die Eignung der Maßnahme Umweltzone nicht geeignet erschien. Dort wurden andere Maßnahmen im Luftreinhalteplan festgelegt. Für Mühlhausen sind zudem Ortsumfahrungen, wie ich vorhin schon gesagt habe, in der Planung.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Meine Damen und Herren, Umweltzonen sind nicht das Modell für saubere Kommunen, sie sind lediglich ein Element in der Minderungsstrategie zur Grenzwerteinhaltung und vor dem dargelegten rechtlichen Hintergrund im Rahmen eines geordneten Verwaltungsverfahrens als Option letztendlich zu prüfen. Die Frage, ob die Umweltzone eine Wachstumsbremse darstellt, wie es im Antrag steht, kann an dieser Stelle nicht abschließend beantwortet werden. Es ist sicherlich differenziert zu betrachten, da ist auch eine Aktuelle Stunde, Herr Untermann, nicht unbedingt das richtige Instrumentarium. Einerseits müssen betroffene Unternehmen und Bürger wie auch die Stadtverwaltung Erfurt selbst ihre Fahrzeuge nachrüsten und ersetzen und damit Konsum und Investitionen an anderer Stelle zurückstellen, andererseits sind natürlich hier positive Effekte für Automobilhersteller und Kfz-Handwerk zu erwarten.

Von der im kommenden Jahr anstehenden Revision der EU-Luftqualitätsrichtlinie erhoffe ich mir persönlich praktikable Änderungen, die es den Ländern ermöglichen, die berechtigten Ziele des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes mit Mitteln zu erreichen, die bei der Bevölkerung eine breitere Akzeptanz, aber auch bei der Wirtschaft finden können. Vielen Dank.

(Staatssekretär Richwien)

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt noch eine Wortmeldung, von der FDP-Fraktion Herr Abgeordneter Untermann.

Abgeordneter Untermann, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte gleich mal betonen, hier wird das immer gleich in gut und schlecht betont, wenn man etwas tut, das muss gut oder schlecht sein. Das kommt immer speziell bei Ihnen, Frau Schubert, zutage, ganz speziell wieder mit den Autos jetzt hier. Ich weiß, dass Herr Kuschel und auch Sie am besten heute noch als morgen auf die Autos verzichten würden. Das geht nicht mit mir und mit der FDP. Das Auto ist und bleibt vorläufig das wichtigste Beförderungsmittel, und dafür stehe ich.

(Beifall FDP)

Jeder zweite Arbeitsplatz, das wissen Sie sicherlich, hängt irgendwie mit der Autoindustrie zusammen. Was wäre, wenn wir da jetzt aufhören würden. Das ist nicht zu begreifen. Ich hatte Ihnen vorhin gesagt - Sie hatten gesagt, ich habe eh keine Alternative, wieso nicht, ich habe es eindeutig gesagt, ich kann es Ihnen noch mal sagen -, das sind Umgehungsstraßen, das ist vor allen Dingen Nutzung von Fahrzeugen, die einen schadstoffarmen Ausstoß haben, die weniger Sprit brauchen - na ja, wenn Sie es nicht wissen wollen, dann beschweren Sie sich nicht jetzt, dass Sie es wieder nicht mitkriegen -, den Einbau von emissionsreduzierten Heizungsanlagen.

(Beifall FDP)

Das wären auch Sachen. Ich bin nicht gegen ÖPV, ich bin nur dafür, dass der ÖPNV wirtschaftlich fährt, dafür bin ich. Ich kann nicht mit dem Omnibus auf ein Dorf fahren und kann dort eine Person abholen. Das geht nicht, das sind auch solche Träume, das kann man nicht machen, weil es sich einfach nicht rechnet. Sonst kommen wir da wieder in eine Situation, die wir gar nicht wollen.

Also, wie gesagt, das Auto ist momentan zur Mobilität unersetzbar - ich bin einverstanden, wenn man irgendetwas erfindet, was dann besser ist. Weniger Kraftstoff und die Mobilität gerade in den Städten. Herr Weber, mit der Zukunft Elektroautos nur in den Städten auf Probe - also Leute, da kommen wir ja schon an die nächste Grenze. Ist das die Zukunft in 30 oder 40 Jahren und außerdem muss Elektroenergie auch hergestellt werden aus irgendetwas. Und mit dem Holz, das ist eine andere Seite, Holz ist für mich auch eine erneuerbare Energie, die Sie da gescholten haben. Danke.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt jetzt noch zwei Wortmeldungen: Einmal Frau Dr. Lukin für die Fraktion DIE LINKE und einmal Frau Schubert für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es gibt insgesamt noch knapp 3 Minuten Redezeit.

Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:

Sehr geehrte Damen und Herren, ich hatte in der Aktuellen Stunde, das möchte ich hier an dieser Stelle sagen, eigentlich vonseiten der Landesregierung etwas mehr erwartet, als einen Großteil des Zitierens unseres Protokolls aus der Ausschuss-Sitzung vom 5. Oktober 2011. Ich denke, es wäre gut gewesen, wenn, obwohl sie nicht direkt für Erfurt bzw. auch für Weimar und die oben genannten Städte zuständig ist, doch einige Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV oder auch zur Vermeidung von Stickstoffdioxidbelastungen oder Feinstaubbelastungen in den genannten Städten hätten vortragen können. Ich hätte mich sehr gefreut.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Schubert, Sie haben jetzt noch 2 Minuten.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Werter Herr Abgeordneter Untermann, ich weise Sie darauf hin, dass das Auto bei mir zum Umweltverbund dazugehört.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade Städte haben aber eher die Option, dass nicht jeder ein eigenes Auto haben muss, sondern dass man es teilen kann. Dazu gehört Carsharing, dazu gehören Taxis, alles das, was im ländlichen Raum eben noch nicht so einfach ist. Gerade in diesen Ballungsgebieten, wo wir z.B. in Jena für 100.000 Einwohner 50.000 Kfz haben, ist da noch viel Potenzial. Genau das müssen wir herausholen, Herr Untermann, das haben Sie, glaube ich, noch nicht verstanden.

(Zwischenruf Abg. Untermann, FDP: Das muss aber jeder für sich selbst entscheiden können.)

Zweite Bemerkung: Ich stelle Ihnen eine einfache Frage: Glauben Sie, dass in dem Moment, wo jemand seinen Filter austauscht bzw. sein Auto umrüstet, dass da Wachstum entsteht oder glauben Sie, dass Wachstum entsteht, wenn man genau das nicht macht?

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Das geht nicht bei jedem Lkw.)

(Abg. Schubert)

In dem Moment, nach Ihrem Verständnis von Wachstum, steigt das BIP. Das ist doch genau das, was Sie wollen, Herr Untermann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen jetzt keine weiteren Redeanmeldungen vor. Ich schließe damit den Teil e) der Aktuellen Stunde und die Aktuelle Stunde insgesamt.

Wir haben heute bei Eintritt in die Tagesordnung vereinbart, dass wir den **Tagesordnungspunkt 3** aufrufen

Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der SPD

- Drucksache 5/4064 -

dazu: Beschlussempfehlung des Innenausschusses

- Drucksache 5/4205 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

- Drucksache 5/4215 -

ZWEITE BERATUNG

Der Abgeordnete Kuschel erhält jetzt die Gelegenheit, den Bericht aus dem Innenausschuss zu geben.

(Beifall DIE LINKE)

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Es ist schade, dass Herr Fiedler nicht da ist, weil er ermöglicht hat, dass ich nach acht Jahren auch mal Berichterstatter aus dem Innenausschuss sein darf. Bis dahin haben das früher CDU in Alleinregierung und jetzt CDU und SPD für offenbar nicht angemessen gehalten. Herzlichen Dank, Herr Fiedler, dass ich diese Gelegenheit habe.

Zum Bericht selbst in der Drucksache 5/4205 legen die Fraktionen von CDU und SPD einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur Änderung des Landeswahlgesetzes vor. Anlass ist hierfür der von der Landesregierung zugeleitete Bericht über die Veränderung der Bevölkerungszahlen in den einzelnen Wahlkreisen. Daraus ergibt sich - so zumindest die Antragsteller CDU und SPD - ein zwingender Handlungsbedarf bei der Einteilung der Wahlkreise insbesondere deshalb, weil in zwei Wahlkreisen eine Abweichung der Bevölkerungszahl von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl in den Wahlkreisen von über 25 Prozent zu verzeichnen ist. Das gilt für den Wahlkreis 12, das ist Schmalkalden-Meiningen I, und für den Wahlkreis 32 Weimar. Darüber hinaus sollten noch einige redaktionelle und materiell-

rechtliche Änderungen im Wesentlichen infolge einer Angleichung an das Bundeswahlgesetz im Thüringer Landeswahlgesetz festgeschrieben werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Thüringer Landtag beriet den Gesetzentwurf am 23. Februar im Justiz- und Verfassungsausschuss sowie federführend im Innenausschuss.

Herr Fiedler, herzlich Willkommen, ich habe mich ausdrücklich bei Ihnen bedankt, dass Sie es ermöglicht haben, dass ich hier Berichterstatter sein darf.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Ich habe es gehört.)

(Beifall DIE LINKE)

Gut, das wusste ich nicht. Es gehört zum Anstand, dass ich das jetzt noch mal persönlich tue und mich bei Ihnen bedanke.

Die Ausschüsse berieten am 14. sowie am 16. März 2012 zu dem Gesetzentwurf. Eine Anhörung wurde nicht beantragt und fand deshalb auch nicht statt. Sowohl dem Justiz- und Verfassungsausschuss als auch dem Innenausschuss lagen jeweils zwei Änderungsanträge vor, einmal ein Änderungsantrag der einbringenden Fraktionen. Dieser enthielt eine weitere im Wesentlichen redaktionelle Veränderung, der auch hier in der Beschlussempfehlung der Ausschüsse Aufnahme fand, und zwar soll in Artikel 1 Nr. 8 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb das Wort „Erststimme“ durch das Wort „Wahlkreisstimme“ ersetzt werden. Ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE wurde in beiden Ausschüssen abgelehnt. Zum einen beabsichtigte die Fraktion DIE LINKE zu verhindern, dass Wahlkreisgrenzen durch politische Gemeinden hindurch verlaufen und eine aus ihrer Sicht sachwidrige Trennung eines ansonsten verwaltungstechnischen und damit kommunalpolitisch zusammengehörenden Gebiets vorgenommen wird. Dazu sollte ein stufenförmiges Verfahren bei der Abweichung von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl vorgeschlagen werden, wonach bei einer Abweichung von 25 Prozent eine Kannbestimmung zur Neuordnung der Wahlkreise aufgenommen wird und erst bei einer Abweichung von mehr als 30 Prozent eine Sollvorschrift für die Neueinteilung vorgesehen ist. CDU, SPD und die Landesregierung lehnten diesen Vorschlag der LINKEN ab. Sie äußerten verfassungsrechtliche Bedenken insbesondere mit Bezug auf die Gleichwertigkeit der Stimme. Diese Bedenken hat die Fraktion DIE LINKE in dem Maße nicht geteilt, weil die Gleichwertigkeit der Stimme bei der Wahlkreisstimme, also der früheren Erststimme, innerhalb des Wahlkreises gewahrt bleibt.

Zum anderen wollte die Fraktion DIE LINKE durch die Änderung u.a. in § 34 sicherstellen, dass Menschen mit Behinderung möglichst eigenständig und selbstbestimmt die Wahlhandlungen vornehmen und ihre Stimme auch ohne Unterstützung von

(Abg. Kuschel)

Hilfspersonen abgeben können. Da sollten die Wahllokale mit entsprechenden Hilfsmitteln, insbesondere Wahlschablonen, ausgestattet sein. Auch dieser Vorschlag wurde in beiden Ausschüssen diskutiert, dessen tatsächliche Notwendigkeit erörtert, die sich auch aus der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen ergeben. Die rechtliche Verantwortung zur gesetzlichen Umgestaltung der Zugangsfreiheit wurde diskutiert. Im Ergebnis kam jedoch die Ausschussmehrheit in beiden Ausschüssen zu der Auffassung, dem Vorschlag der Fraktion DIE LINKE nicht zu folgen. Der Entwurf über ein Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes wird dem Landtag mit der angeführten Änderung durch die Annahme durch den Innenausschuss mehrheitlich empfohlen. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich eröffne dazu die Aussprache und rufe als Ersten für die SPD-Fraktion den Abgeordneten Hey auf.

Abgeordneter Hey, SPD:

Frau Präsidentin, vielen Dank. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kuschel, herzlichen Dank für die exorbitant gute Berichterstattung.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Immer daran denken, das steht alles im Protokoll.)

Nach § 2 des Thüringer Landeswahlgesetzes muss eine Neueinteilung der Wahlkreise immer dann vorgenommen werden, wenn die Bevölkerungszahl im betreffenden Wahlkreis um mehr als ein Viertel von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl aller Wahlkreise abweicht. Das ist so die reine Lehre aus dem Gesetz und bei den vorliegenden beiden Wahlkreisen ist das ja auch der Fall, über die wir uns heute unterhalten. Die Vorschläge zur Neuschneidung der Wahlkreise können Sie ja auch diesem Antrag entnehmen. Ich will gleich voranstellen, dass es durchaus auch andere Varianten gegeben hätte bei der Neuaufteilung und es hat diesbezüglich auch Diskussionen zwischen beiden Antragstellern gegeben. Letztlich hat man sich zum Verfahren im hier vorliegenden Antrag verständigt.

Der Antrag der LINKEN, jetzt noch einmal eingebracht, den wir bereits im Innenausschuss vorliegen hatten und mit dem wir uns beschäftigt haben, spricht ja von einer Art, ich nenne das jetzt mal, gestuftem Verfahren, bei 25 Prozent kann eine Neueinteilung, bei 30 Prozent muss eine Neuerteilung der Wahlkreise dann erfolgen. In dieser Form ist das dann dort so festgelegt. Das mag vielleicht eine Antwort auf den demographischen Wandel sein, eine Sinnhaftigkeit dieser Regelung ist dennoch aus

meiner Sicht zu hinterfragen. Was einen weiteren großen Komplex des Änderungsantrags der Fraktion DIE LINKE betrifft, das ist die Erreichbarkeit der Wahllokale für Menschen mit einem Handicap oder einer Behinderung. Ich bin schon sehr überrascht, dass DIE LINKE mit diesem Antrag jetzt erst kommt. In gut vier Wochen sind bereits Wahlen. Sie kennen alle die Abläufe. Wenn es wirklich erhebliche Veränderungen in den Wahllokalen, beispielsweise auch baulicher Natur, geben sollte, weil man zum Beispiel bestimmte Rampen anstellt, um die Erreichbarkeit der Menschen mit Behinderung dort in irgendeiner Form zu gewährleisten, dann hätte man aus meiner Sicht das Ganze nicht unbedingt mit einem Antrag der CDU und SPD verknüpfen müssen, wenn es um die Neugestaltung der Wahlkreise geht, sondern sich generell mal dazu ins Benehmen setzen sollen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Hey, gestatten Sie eine Anfrage durch den Abgeordneten Blechschmidt?

Abgeordneter Hey, SPD:

Ja.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bitte, Herr Blechschmidt.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Danke, Herr Kollege Hey. Könnten Sie mir folgen in dem Satz: „Lieber später als gar nicht.“, damit man politische Veränderungen trifft und jetzt auch mit Blick auf die vier Wochen dennoch eine Veränderung für Menschen mit Handicap und Behinderung vorzunehmen?

Abgeordneter Hey, SPD:

Herr Blechschmidt, ich bin in der Regel immer in der Lage, Ihren Sätzen zu folgen, aber Sie werden sicherlich auch mir recht geben, wenn ich sage, dass gerade bei den Verfahrensabläufen - ich habe ja eben zum Beispiel über eventuelle bauliche Veränderungen gesprochen oder über bestimmte Veränderungen, die generell in den Wahllokalen vorgenommen werden - dann in der Regel auch die kommunale Familie mal gefragt werden müsste. Das gehört zum guten Ton. Wir machen das in der Regel beispielsweise bei Anhörungen mit dem Gemeinde- und Städtebund oder dem Landkreistag. Da werden Sie schon feststellen, wenn wir jetzt in rund vier Wochen eine Wahl anstehen haben, dass es ein bisschen spät ist, auf die Idee zu kommen, jetzt genau mit diesem Antrag die Behindertenrechte zu verknüpfen. Da, bin ich der Überzeugung, sollten wir uns durchaus auch gern nach der Wahl über diesen Themenkomplex unterhalten, aber das,

(Abg. Hey)

das werden Sie zugeben, ist doch schon sehr kurzfristig. Dass ich mich hier öffentlich darüber wundere, steht mir mindestens, denke ich mal, bei diesem Thema zu.

Die Landtagsverwaltung fiebert dem Beschluss des Hohen Hauses entgegen. Das hängt zusammen mit

(Beifall SPD)

den Fristen der Veröffentlichung in den entsprechenden Gesetzblättern. Zu lange Fiebern ist nicht gut, deswegen will ich meine Rede an dieser Stelle auch beenden und einfach für diesen Antrag werben. Ich bitte also um Zustimmung und um Ablehnung des Antrags der LINKEN. Danke schön.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt den Wunsch auf eine Zwischenfrage oder Nachfrage.

Abgeordneter Hey, SPD:

Entschuldigung, das habe ich nicht gesehen. Ja.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Herr Hey, könnten Sie sich nicht vorstellen, dass bei einer solchen gesetzlichen Neuregelung zur Behindertenfreiheit von Wahllokalen natürlich die Landesregierung als Verordnungsgeber für die bevorstehenden Kommunalwahlen Überleitungsbestimmungen schaffen kann, aber es trotzdem sehr sinnvoll ist, irgendwann mal eine gesetzliche Regelung zu treffen, die dann auch zur Wirkung kommt, und nicht mit Verweis, weil in vier Wochen Wahlen sind, können wir das nicht machen. Wenn die Wahlen vorbei sind, dann stehen wieder Wahlen an und wo wollen wir denn die Fristen setzen? Also die Frage ist ja: Sind Sie denn dafür, dass wir das gesetzlich irgendwann machen?

Abgeordneter Hey, SPD:

Herr Kuschel, wenn Sie mir zugehört haben, das tun Sie ja in der Regel immer, aber da Sie mir zugehört haben, muss ich das noch mal betonen. Selbstverständlich verschließen wir uns einer Diskussion zu dieser Thematik nicht. Ich habe nur einfach, und das ist ja legitim, auf die Zeitnähe der jetzt bevorstehenden Wahlen abgestellt und habe mich schon gewundert, weswegen Sie einen Antrag der CDU- und SPD-Fraktion auf Neuschneidung der Wahlkreise dann so geschickt verknüpfen mit den Behindertenfragen. Das, finde ich, sollte getrennt durchaus auch noch mal diskutiert werden, aber wir bekommen es jetzt einfach zeitlich nicht mehr hin. Mehr habe ich nicht gesagt. Ich denke, da sind wir ja auch in irgendeiner Form eng beieinander.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das ist parlamentarische Kreativität. Das kennen Sie nicht.)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Adams von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, vorweg ein kleines Stück Verwunderung über die Debatte, die ich gerade miterleben musste. Meiner Meinung nach werden die Wahlen in vier Wochen nach dem Thüringer Kommunalwahlgesetz abgehalten

(Beifall DIE LINKE)

und werden nicht nach dem heute hier zu ändernden Gesetz abgehalten, sondern das hier heute zu ändernde Gesetz würde in vier Wochen maximal Wirkung entfalten, wenn wir den Thüringer Landtag heute noch auflösen würden. Aber ich hoffe nicht, dass jemand auf diese Idee kommt.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Ich denke, Sie wissen das.)

Insofern gehe ich davon aus, dass ... Nein, Herr Kollege Fiedler, ich hoffe nicht, dass heute zu dieser späten Stunde der Thüringer Landtag als Hort der parlamentarischen Debatte noch aufgelöst wird.

Ich glaube, wir brauchen hier noch mal ein Stück Versachlichung. Wir diskutieren im Augenblick nicht darüber, etwas zu ändern, was in vier Wochen Realität werden muss, sondern wir reden heute darüber, die Landtagswahl im Jahr 2014 vorzubereiten. Eine gute Zeit, auch die Barrierefreiheit für Wahllokale durchgängig herstellen zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Gesetz, das relativ schnell und kurzfristig von den die Koalition tragenden Fraktionen eingereicht wurde, soll die Wahlgleichheit, also die Gleichheit der Stimmen herstellen. Wir GRÜNE finden das richtig, dass dies gemacht wird. Aber dieses Gesetz greift natürlich viel zu kurz. Es ist ein Indiz für den Handlungsbedarf, der sich aufgrund des demographischen Wandels hier in Thüringen ergibt. Oder wäre es Ihrer Ansicht nach nicht auch eine Ungleichheit, dass Kommunen, die vor zehn Jahren noch viel mehr Einwohner hatten, damit auch eine größere Steuerkraft hatten, heute die gleichen Aufgaben noch erfüllen müssen wie vor zehn Jahren, aber weniger Leute weniger Geld zur Verfügung haben und damit diese Aufgaben nur noch schlechter erfüllen können. Auch hier ist es dringend geboten, dass die Koalitionsfraktionen den Weg freigeben,

(Abg. Adams)

um dem demographischen Wandel eine vernünftige Struktur entgegenzustellen.

Weiterhin wäre es wichtig gewesen, im Zusammenhang mit diesem Gesetz einmal zu diskutieren, ob der Thüringer Landtag so, wie er jetzt besteht in dieser Größe, auch weiterhin bestehen muss oder ob es nicht wichtig wäre, eine Angleichung an das bundesdeutsche Maß zu finden, nämlich mit weniger Abgeordneten je Einwohner klarzukommen, also eine Verkleinerung des Landtags zu bewirken oder die Debatte zu führen, ob wir nicht einen anderen Weg gehen wollen, nämlich das klare Bekenntnis dazu, dass wir Macht weiter teilen wollen, dass wir Transparenz und Mitbestimmung tiefer in die Bevölkerung hereinbringen wollen, den Landtag also verdoppeln müssten. Das müsste allerdings dann auch einhergehen mit einem Feierabendparlament, so wie wir es in Bremen, Hamburg und in Berlin finden. All diese Debatten wären dringend zu führen hier im Thüringer Landtag, aber die Kurzfristigkeit des Gesetzentwurfs ließ das nicht zu. Kurzfristig nötig ist es, dieses Gesetz zu ändern, weil nach § 23 des Thüringer Landeswahlgesetzes die Aufstellung von Parteienbewerbern bzw. in Vertreterversammlungen diese Aufstellung von Bewerbern 30 Monate nach Beginn der Wahlperiode stattfinden kann. Dafür müssen wir natürlich Klarheit darüber schaffen, wie der Zuschnitt des Wahlkreises ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

DIE LINKE hat einen Änderungsantrag eingebracht, für den wir nachher beantragen werden, eine Einzelabstimmung durchzuführen.

(Beifall Abg. Kuschel, DIE LINKE)

Wir sehen große verfassungsrechtliche Bedenken gegenüber dem Änderungswillen der LINKEN von 25 auf 30 Prozent bei der Abweichung zwischen Wahlkreisen zu gehen. Das scheint uns nicht vernünftig zu sein. Wir haben aber allerdings große Sympathie und die volle Zustimmung dafür, die Barrierefreiheit für jeden hier möglich zu machen, die Barrierefreiheit herzustellen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alle Menschen, auch Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, sollen an der Wahl am Wahlsonntag, an diesem demokratischen, gesellschaftlichen Handeln teilhaben können. Dazu brauchen wir natürlich Wahllokale, die barrierefrei sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Debatte, die man allerorts hört, sollen wir denn jetzt unsere wunderbaren historischen Rathäuser, die nicht barrierefrei sind, abreißen, nur um dieses Gesetz zu erfüllen,

(Zwischenruf Abg. Hauboldt, DIE LINKE:
Nein.)

ist eine vollkommen fehlgeleitete Debatte. In jeder Ortschaft werden sie einen barrierefreien Raum, einen barrierefreien Ort finden, um die Wahl durchzuführen. Dahin sollten wir alle Bürgerinnen und Bürger einladen, barrierefrei miteinander das zu tun, was eine moderne Gesellschaft im Verfassungsstaat tut, nämlich gemeinsam wählen zu gehen. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort hat jetzt Abgeordneter Fiedler von der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, meine Vorredner haben schon einiges dazu beigetragen. Ich stimme dem Kollegen Hey im Grundsatz zu. Ich möchte nur noch eine kurze Ergänzung dazu geben, dass man natürlich jetzt nicht in einem Gesetz alles lösen kann, weil es auch wirklich drängt. Deswegen, Herr Kuschel, Sie haben ordentlich berichtet - er ist gar nicht da, wo ist er denn jetzt, ich suche ihn schon mal. Also da lobe ich ihn einmal hier und das in wie vielen Jahren, dann ist er nicht da. Es ist doch die Höhe.

Ich will damit nur noch mal darauf hinweisen, dass wir wohl den Antrag der LINKEN ausgiebig besprochen haben. Wir haben uns wirklich mit den Dingen befasst und gesagt, das ist nicht praktikabel. Wo ich recht gebe, was wir, denke ich, durchaus weiter im Auge behalten müssen, ist die Barrierefreiheit. Das hat auch die Diskussion gezeigt. Aber es gab auch in der Diskussion die ganz klare Aussage, dass dem Landeswahlleiter - und der ist derjenige, der für alle Beschwerden und Ähnliches zuständig ist - noch nichts zur Kenntnis gekommen ist, dass es da Unstimmigkeiten gab. Auch das muss man einfach mal zur Kenntnis nehmen. Ich sage aber auch ausdrücklich, man muss die Sache weiter im Auge behalten. Ich weiß, dass die kommunale Selbstverwaltung dort sehr kreativ ist und nach allen Möglichkeiten auch die Räume nutzt, die ebenerdig sind, wo man entsprechend ranfahren kann. Ich denke, das ist eigentlich hier schon ganz klar.

Dann haben wir natürlich diese Änderung von Erststimme zu Wahlkreisstimme. Ich glaube, das leuchtet auch jedem ein. Deswegen, meine Damen und Herren - ich muss nicht alles dreimal wiederholen -, bitte ich um Zustimmung zu dem Änderungsantrag und bitte um Zustimmung zum Gesetz. Danke.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Zustimmung zum Änderungsantrag?)

(Abg. Fiedler)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Na ja, man kann sich mal versprechen.)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort hat Abgeordneter Hauboldt von der Fraktion DIE LINKE.

Abgeordneter Hauboldt, DIE LINKE:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Fiedler

(Zuruf Abg. Fiedler, CDU: Ich höre.)

- ja, das ist nett -, Sie haben das ja beschrieben hinsichtlich unserer Vorstellung, dass das alles nicht praktikabel sei, aber, ich denke, Sie haben das Gesetz nicht vollkommen verworfen, so habe ich das Ihrem Redebeitrag hier entnommen. Da will ich mal ganz bei Ihnen sein, wenn wir es erreicht haben als Opposition, dass wir einen Anstoß oder eine Anregung gegeben haben für die Diskussion, eventuell bei der künftigen Gesetzgebung das alles zu berücksichtigen, dann haben wir unsere Rolle als Opposition zumindest heute erfüllt - insofern gern.

(Beifall DIE LINKE)

Auch bei Herrn Hey habe ich nicht eine grundsätzliche Ablehnung zur Kenntnis genommen. Er hat sich ein bisschen vergaloppiert, deswegen hat Herr Fiedler bestimmt auch gesagt, er ist nicht ganz bei Ihnen, was den Inhalt betraf. Der Spagat zum Kommunalwahlgesetz oder zur Kommunalwahlordnung ist ein bisschen dünn. Wenn Sie gesagt hätten, das Zeitfenster für das Landeswahlgesetz ist nun mal offen und deshalb müssen wir das in der heutigen Gesetzgebung beschließen, da kann man mitgehen, das wäre ein Argument gewesen, aber die Kommunalwahl ist dafür ein bisschen untauglich.

Auch die Diskussion, ich habe mir das noch einmal geben lassen, Herr Adams, als die Frage kam zu historischen Rathäusern. Ich habe mich heute bei meinem Wahlleiter in Sömmerda hinsichtlich Barrierefreiheit erkundigt. Wir haben die zu fast 95 Prozent gegeben. Es gibt wohl eine Einrichtung, wo das nicht ganz funktioniert. Aber auch wir haben in Sömmerda ein historisches Rathaus aus dem Jahr 1539, und auch dort ist die Barrierefreiheit gegeben. Insofern ist das kein Argument. Wir müssen keine alten Rathäuser abreißen, sondern mit ein bisschen gutem Willen und vielleicht dem einen oder anderen Euro, den man in die Hand nehmen müsste, kann man Barrierefreiheit herstellen. Da sind unsere Bürgermeister auch sehr weise, denke ich mal.

Meine Damen und Herren, wir befinden uns heute in der zweiten Lesung der fünften Änderung des Landeswahlgesetzes. Meine Fraktion hat diesen Änderungsantrag vorgelegt. Den Inhalt haben wir

nicht nur im Innenausschuss, sondern auch im Justizausschuss als mitberatendem Ausschuss schon diskutiert. Der Änderungsantrag knüpft an kritische Positionen an, die ich bereits hier an dieser Stelle schon in der ersten Lesung benannt habe. Das sind Änderungen, die es ermöglichen sollen, dass die Wahlkreiseinteilung angesichts anstehender Gebietsumstrukturierung durch Gemeindefusionen flexibler zu handhaben ist, damit natürlich auch Verwaltungszuordnungen und -gliederungen sowie Verschiebungen der Wahlkreisgröße auf Wahlen hin einfach besser zu berücksichtigen sind. Ich denke, diese Argumente bilden den Schwerpunkt unseres Änderungsantrags.

Meine Fraktion hält es nicht für zielführend - und die Diskussion hat es gezeigt und die Zuschriften haben uns das bewiesen -, wenn über die Köpfe der Bürger hinweg zukünftig Wahlkreisgrenzen mitten durch Kommunen gehen sollen, wie dies zum Beispiel in Weimar vorgesehen ist. Dort gab es ja massive Hinweise nicht nur in unsere Richtung, sondern auch hier an das Parlament bzw. an die Landesregierung, dass der Neuzuschnitt ein unmöglicher Schritt sei. Damit wird nicht nur aus der Sicht des Ortsteilrats Schöndorf, sondern der Wille der Bürgerinnen und Bürger ignoriert, dass dort Strukturen gewachsen sind, was uns immer in der Diskussion, wenn wir mal die Frage über Gebietsstrukturen erörtern, dass gewachsene Strukturen nicht zur Kenntnis genommen werden, Bürgerinteressen nicht zur Kenntnis genommen werden und hier Entscheidungen am grünen Tisch vorgenommen werden. Das, denke ich, sollte so nicht Bestand haben. Doch hier wächst nicht zusammen - das sage ich auch ganz deutlich, um bei so einem gut zitierten Spruch zu bleiben -, was nicht zusammengehört. Die Anregungen, meine Damen und Herren, die aus dem Ortsteilrat Schöndorf von dem Ortsteilbürgermeister, von interessierten Bürgerinnen und Bürgern gekommen sind, sollten wir ernst nehmen, sollte die Landesregierung ernst nehmen und bei künftigen Gesetzesvorhaben durchaus berücksichtigen.

Innerhalb der Gemeindegrenzen, meine Damen und Herren, soll es ja in größeren Kommunen, wie zum Beispiel Erfurt, sehr wohl möglich sein, dass mehrere Wahlkreise gebildet werden. Nun mögen manche einwenden, dass doch die Abgeordneten Vertreterinnen und Vertreter der ganzen Bevölkerung seien. Aber wenn die Zuordnung bzw. der Bezug von Abgeordneten zu ihren Wahlkreisen so einfach mal ohne Bedeutung wäre, muss man natürlich die Frage stellen: Warum gibt es dann noch Wahlkreiskandidaten oder Direktmandate im Landtag?

(Beifall Abg. Kuschel, DIE LINKE)

Also, meine Damen und Herren, es ist doch die lokale und regionale Zuordnung, die nicht ohne Be-

(Abg. Hauboldt)

deutung ist. Und wenn dem so ist, dann sollte die Einteilung eines Wahlkreises zumindest grundlegende Verwaltungseinheiten, die Gemeinden respektieren und diese nicht durchschneiden. Dass wegen des Grundsatzes der Vergleichbarkeit des Stimmgewichts der Wählerstimmen nicht immer jeder Landkreis unangetastet bleibt, denke ich, ist der Notwendigkeit geschuldet, diese beiden Interessen zum Ausgleich zu bringen. Das Argument der annähernden Spiegelbildlichkeit bzw. Widerspiegelung von regionalen Zugehörigkeiten bzw. regionalen Verwaltungszuordnungen ist im Übrigen keine exotische Erfindung von uns, meine Damen und Herren, sondern das gibt es seit Dezember 2011. Da gibt es den Staatsgerichtshof Baden-Württemberg. Dort existiert eine Wahlanfechtungsklage, die ist anhängig. Bei der geht es genau um das anstehende Problem, wie ist durch Trennung von Kommunen durch Wahlkreisgrenzen mit Blick auf Wahlrechtsgrundsätze und Verfassung dieses zu bewerten. Zumal die Möglichkeit der Wahlkreisgestaltung in der Vergangenheit auch in anderen Bundesländern, die ebenfalls nicht von der Versuchung frei waren, den einflussreichen bzw. beratenden regierenden Parteien günstige Ausgangsbedingungen zu verschaffen, das ist auch kein Geheimnis. Man kann also gespannt sein, wie die oben genannte Wahlanfechtungsklage ausgeht.

Meine Damen und Herren, bei den Gemeindegrenzen verschärft der Vorschlag und die Vorgaben unseres Gesetzes die Systematik. Bei der Abweichung von Hundertzahlen - Herr Hey hat es ja benannt - der Wahlkreisgrößen vom Landesdurchschnitt treten unsere Vorschläge für eine gewisse Flexibilisierung ein, immer mit Blick auf die möglichst zeitnahe Widerspiegelung von Gebietsänderungen bei einer Landtagswahl. Hier verlangt das Gesetz bisher, dass bei einer Abweichung von mehr als 25 Prozent angepasst werden muss. Unser Vorschlag geht davon aus, aus dem „muss“ ein „sollen“ zu machen. Sollen heißt eben im Sprachgebrauch des Gesetzes, es muss bei solch einer Abweichung angepasst werden. Eine Ausnahme besteht nur, wenn ein besonderer Fall vorliegt, in dem andere schwerwiegende Interessen und Rechtsgüter es rechtfertigen, keine Anpassung vorzunehmen. Die möglichst zeitnahe Widerspiegelung von Gebietsänderungen im Wahlkreiszuschnitt und Wahlprozedere ist nach Ansicht meiner Fraktion ein solch schwerwiegendes Argument und Rechtsinteresse.

Meine Damen und Herren, eine weitere Stellschraube zur Verbesserung der Anpassungsmöglichkeit ist die Straffung der Zeitschiene. Dazu bestimmt der Änderungsantrag meiner Fraktion einen festen Termin, 45 Monate nach Beginn der Wahlperiode, bis zu dem die Landesregierung den Wahltermin öffentlich bekannt geben muss. Danach erst können die Delegierten zu den Vertreterversamm-

lungen zur Aufstellung der Kandidaten und ab dem 48. Monat die Kandidaten selbst bestimmt werden. Bis zur Bekanntgabe des Wahltermins werden Gebietsänderungen noch im Wahlkreiszuschnitt berücksichtigt, danach eben nicht mehr. Im bisher geltenden Gesetz ist das Stichdatum der Anfangstermin der Kandidatenaufstellung. Das erscheint meiner Fraktion folgerichtig und stimmig genug. Nach derzeitiger Gesetzeslage muss sich aber gleichzeitig die Wahlkreiseinteilung in der Zusammensetzung der Vertreterversammlung widerspiegeln.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Es muss geben. Das ist doch Quatsch, so etwas.)

Es kann also, meine Damen und Herren, nach derzeit geltendem Gesetz passieren, dass im 31. Monat - Herr Fiedler, Sie wollen ja nicht wieder kandidieren, vielleicht ist es für Sie nicht mehr interessant, deshalb sage ich es Ihnen trotzdem noch einmal - nach Beginn der Wahlperiode eine Vertreterversammlung bzw. Delegierte dazu bestimmt werden, dann im 33. Monat nach Beginn der Wahlperiode die Wahlkreiseinteilung geändert wird und dann ab dem 39. Monat nach Beginn der Wahlperiode aber für den neu eingeteilten Wahlkreis Kandidaten aufgestellt werden sollen. Herr Fiedler, eine komplizierte Materie, gebe ich ja gern zu, ich rege mich auch nicht auf, schaffen Sie nicht. Mit Blick auf die Uhr verkürze ich meinen Beitrag, meine Damen und Herren. Ich bedaure es aber grundsätzlich, dass Sie sich - der Diskussion haben Sie sich ja nicht verweigert - aber zumindest nicht dazu bekannt haben, durchaus hier benannte Unstimmigkeiten im Gesetz zu verändern. Wir werden mit Sicherheit nicht müde werden, zu gegebenem Anlass auch hier eine Anpassung wieder vorzuschlagen. Das, was bisher gilt, widerspricht jeglicher Vernunft. Ich denke, das, was wir vorgeschlagen haben, müsste bekannte Defizite ausräumen. Interessant scheint mir auch noch ein Aspekt, der noch nicht zum Tragen gekommen ist, es betrifft aber auch das Hohe Haus. Es gibt auch noch einen Vorschlag des Bundes der Steuerzahler Thüringen e.V. Sie kennen die Ideen nicht nur hinsichtlich der Neueinteilung der Wahlkreise 32 und 12, sondern da gibt es auch eine Forderung, indem die Abgeordneten der Einwohnerzahl angepasst werden soll mit Blick auf alle Flächenländer. Das hieße nach Vorschlag des Bundes der Steuerzahler Thüringen e.V. die Reduzierung der Abgeordneten um die Hälfte hier in diesem Haus.

(Beifall Abg. Kuschel, DIE LINKE)

Auch darüber wird man mit Sicherheit irgendwann mal diskutieren dürfen. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Bergner von der FDP-Fraktion.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Vielen Dank, Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beraten heute über die Änderungen zum Thüringer Landeswahlgesetz. Die vorgeschlagenen Änderungen beruhen zum einen auf den festgestellten Veränderungen der Bevölkerungszahlen in den Wahlkreisen. Bei einer Abweichung von 25 Prozent der durchschnittlichen Bevölkerungszahl ist gemäß § 2 Abs. 4 Satz 3 des Thüringer Landeswahlgesetzes eine Neueinteilung der Wahlkreise vorzunehmen. Diese Abweichungen liegen nach dem Bericht der Landesregierung in den Wahlkreisen 12, Schmalkalden-Meiningen I und 32, also Weimar, vor. Weiterhin sollen durch den vorliegenden Entwurf Anpassungen bzw. Angleichungen an das Bundeswahlgesetz vorgenommen werden, die aus meiner Sicht im Wesentlichen sinnvoll erscheinen. Der Gesetzentwurf enthält aber keine Lösung für das Problem des demographischen Wandels. In Zukunft wird es immer häufiger zu Neueinteilungen der Wahlkreise kommen müssen. Für diese Vorhersage, meine Damen und Herren, muss man wahrlich kein Hellseher sein.

(Beifall FDP)

Ich vermisse aber hier eine Reaktion oder Überlegungen im Gesetzentwurf, um auf diese Herausforderungen entsprechend zu reagieren. In einer Stellungnahme vom Bund der Steuerzahler e.V. wird die Zusammenlegung von Wahlkreisen und somit von einer Reduzierung der Abgeordneten angeregt. Der Stellungnahme ist zu entnehmen, dass Thüringen die drittwenigsten Abgeordneten aller Flächenländer in der Bundesrepublik hat. Trotzdem, meine Damen und Herren, darf die Überlegung kein Tabu sein.

(Beifall FDP)

Wir müssen uns der Aufgabe des demographischen Wandels und der Haushaltslage in Thüringen stellen und dazu gehört auch, den Vorschlag des Bundes der Steuerzahler zu diskutieren.

Zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE möchte ich nur kurz Stellung nehmen. Ich finde es richtig, dass wir es Menschen mit Behinderung, so weit es möglich ist, ermöglichen, uneingeschränkt an den Wahlen teilzunehmen.

(Beifall FDP)

Das ist natürlich eine Selbstverständlichkeit, die auch schon meiner tiefsten liberalen Überzeugung entspricht. Das Problem ist aber, dass wir nicht etwas in das Gesetz hineinschreiben können, zu dem wir gar nicht in der entsprechenden Zeitspanne in der Lage sind. Ich möchte doch die etwas positiv

gefärbte Darstellung vom Kollegen Hauboldt nicht ganz mittragen, denn es gibt etliche Wahllokale, die eben nicht die Bedingungen erfüllen für Barrierefreiheit und die auch in der Zeit die Bedingungen für Barrierefreiheit nicht erfüllen können. Ich möchte darauf aufmerksam machen,

(Beifall FDP)

dass etliche dieser Wahllokale sich eben nicht unmittelbar im Zugriff der Kommunen befinden, sondern es handelt sich beispielsweise um Schulen, wo man eben nicht barrierefrei hineinkommt, wo Treppen da sind und um weitere Gebäude, die Wohnungsbaugesellschaften oder wem auch immer gehören, aber eben nicht den Kommunen. Man muss natürlich auch daran denken, dass es so etwas wie eine Finanzplanung gibt, nämlich auch eine Mittelfristige Finanzplanung, in die solche Maßnahmen eingeordnet werden müssen, so sie denn überhaupt technisch möglich sind.

(Beifall FDP)

Da möchte ich gerade auch bei historischen Bauten darauf aufmerksam machen, dass es etliche Bauwerke gibt, bei denen diese Barrierefreiheit nicht umgesetzt werden kann ohne erhebliche Eingriffe in die Bausubstanz, die so technisch nicht möglich sind.

Deswegen, meine Damen und Herren, sind wir der Auffassung, dass man dem Ansinnen auch nach der heutigen Gesetzeslage natürlich so weit es möglich ist, Rechnung tragen muss. Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE hapert aber noch an einem verfassungsrechtlichen Problem, und zwar am Grundsatz der Wahlrechtsgleichheit. Die Größenunterschiede zwischen Wahlkreisen sollen möglichst gering gehalten werden. Eine Erhöhung der abweichenden Bevölkerungszahl von 25 auf 30 Prozent auf eine Neueinteilung eines Wahlkreises legt aber einen Verstoß gegen das Grundgesetz nahe.

Zusammenfassend, meine Damen und Herren, will ich deshalb sagen, dass wir die Änderungen im Gesetzentwurf von CDU und SPD im Wesentlichen als sinnvoll erachten, es fehlt uns aber an einem Konzept für die Zukunft. Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE bringt durchaus neuen Schwung in die Diskussion, das begrüßen wir, er ist aber letztlich so aus unserer Sicht nicht umsetzbar. Deswegen werden wir uns sowohl bei dem Gesetzentwurf als auch bei dem Änderungsantrag enthalten. Ich danke Ihnen.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Abgeordneter. Die Rednerliste der Abgeordneten ist abgearbeitet. Ich frage, wünscht die

(Vizepräsident Gentzel)

Landesregierung noch das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir haben eine weitere Wortmeldung.

Abgeordnete Stange, DIE LINKE:

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, ich denke, die Bemerkungen von Ihnen aus den Reihen der Koalition, aber auch der Opposition zum Thema Barrierefreiheit machen es dringend erforderlich, noch ein paar Sätze hier zu sagen. Ich weiß, es ist höchste Zeit, dass wir barrierefreie Wahllokale überall herstellen.

(Beifall DIE LINKE)

Herr Fiedler, wir sollten die Barrierefreiheit nicht im Auge behalten, sondern wir sollten gesetzliche Vorschriften endlich formulieren und verabschieden. Damit würde die Diskussion über Barrierefreiheit in den Wahllokalen oder über die Nutzung von Hilfsmaterialien für hochgradig Sehbehinderte und blinde Bürgerinnen und Bürger endlich der Vergangenheit angehören.

Ich weiß - ich werde das jetzt auch noch mal begründen -, dass es richtig ist, unsere Änderungsanträge zur Thematik Barrierefreiheit zu den Wahllokalen heute genau hier zu den vorgelegten Änderungen zum Landeswahlgesetz und zur Landeswahlordnung aufzurufen, denn DIE LINKE steht für eine effiziente Arbeit. Darum müssen genau jetzt diese Änderungen in die vorgelegten Gesetze und Verordnungen einfließen, damit wir sie in Vorbereitung der Landtagswahlen 2014 bereits in Papier haben und somit rechtskräftig sind.

Herr Bergner, wenn Sie unsere Änderungsanträge richtig gelesen hätten, dann hätten Sie auch darin gefunden, dass wir, solange es Rathäuser, historische Rathäuser gibt, die im Moment noch nicht barrierefrei zugänglich sind, reingeschrieben haben, es sollen Rampen und ähnliche Hilfsmittel genutzt werden,

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Ich habe es doch gelesen.)

damit die Nutzung möglich ist. Sie wissen auch, wenn Sie vor Ort kommunal und als Landtagsabgeordneter tätig sind, dass es durchaus möglich ist, nicht nur kommunale Räume für Landtags- und Kommunalwahlen zu nutzen, sondern dass auch Räumlichkeiten von Genossenschaften, von KoWo oder anderen Institutionen genommen werden können, um barrierefreie Wahllokale zu schaffen. Ich bin als Erfurter Abgeordnete optimistisch, dass wir das hier in Erfurt auch zu den anstehenden OB-Wahlen schaffen und natürlich auch bei den Landtagswahlen.

Weil Sie so interessiert zu dieser Thematik gerade hier in Ihren Reihen reden, will ich Ihnen noch mal zwei Rechtsgrundlagen nennen, die es uns schon längst oder Ihnen als Vertreter der Landesregierung

hier gegenüberstehen, schon längst ermöglicht hätten, die Grundlagen zu schaffen. Das sind zwei Stück. Auch wenn Sie es nicht mehr hören können, werde ich es trotzdem noch einmal sagen. Es ist auf der einen Seite die UN-Konvention für Menschen mit Behinderung, die seit drei Jahren gilt, und auf der anderen Seite ist es die Thüringer Verfassung sowie das Gleichstellungsgesetz. Beides - sowohl die UN-Konvention als auch das Thüringer Gleichstellungsgesetz - hätte diesbezüglich schon längst durch die Landesregierung geändert werden müssen oder uns eine Änderung vorgelegt werden müssen. Leider ist das bisher nicht geschehen. Darum also hat die Fraktion DIE LINKE in den vorgelegten Änderungsanträgen genau diese Thematik noch einmal aufgenommen. Sie wissen, dass wir dazu verpflichtet sind, genau diese Änderung in Artikel 29 der UN-Konvention, wo es um die Barrierefreiheit bei den Wahllokalen geht, umzusetzen.

Ich werde Sie - auch wenn Sie jetzt etwas abgeschlafft in Ihren Reihen sitzen und sich dieser Thematik vielleicht nicht mehr wirklich intensiv widmen wollen - noch einmal mit Artikel 29 der UN-Konvention kurzzeitig inhaltlich auf die Höhe der Zeit bringen,

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Bitte nicht, bitte nicht.)

damit Sie wissen, dass eine Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen - was die Barrierefreiheit und die Schablonen für sehbehinderte Menschen betrifft - unbedingt notwendig ist.

(Beifall DIE LINKE)

Denn es ist darin geklärt und zu lesen, dass die Vertragsstaaten - und dazu zählt natürlich auch Deutschland und Thüringen - verpflichtet sind, den Menschen mit Behinderung die politischen Rechte sowie die Möglichkeit, dies gleichberechtigt mit den anderen zu genießen, umzusetzen. Und wir haben sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderung gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können,

(Beifall DIE LINKE)

sei es unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter oder Vertreterinnen, was auch das Recht und die Möglichkeit einschließt, zu wählen und gewählt zu werden. Unter anderem heißt das, wir haben sicherzustellen, dass die Wahlverfahren, die Einrichtung und die Materialien für Menschen mit Behinderung in geeigneter und in leicht zu verstehender Form dargelegt und sichergestellt werden. Ich denke, wenn wir das umsetzen, haben wir in Thüringen einen guten Schritt getan, um Barrierefreiheit für alle Wahlen und langfristig zu gewähren.

Noch ein Satz zum Schluss: Es geht nicht nur um Menschen mit Behinderung, das wissen Sie genau,

(Abg. Stange)

es geht auch um Ältere, um Seniorinnen und Senioren, es geht auch um 18- und 20-Jährige, die aufgrund von einem Handicap, das nicht immer mit einer körperlichen Behinderung einhergeht, nicht allein in die Wahllokale kommen, aber so könnten wir dies gewährleisten. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Frau Abgeordnete Stange. Frau Rothe-Beinlich, war das eine Wortmeldung von Ihrer Seite?

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Nein, ich wollte da nur Einzelabstimmung zu den einzelnen Punkten beantragen für meine Fraktion. Zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, hatte Herr Adams angekündigt, werden wir Einzelabstimmung beantragen.

Vizepräsident Gentzel:

Gut, das müssen wir ja konkretisieren. Es ist ja miteinander gesprochen worden, das heißt, wir stimmen zunächst über die Punkte 1 bis 3 ab, dann stimmen wir ab über den Punkt 4 ohne Punkt II und dann stimmen wir noch einmal ab über den Punkt II. Also diese drei Abstimmungen wünschen Sie. Ich frage: Gibt es Widerspruch gegen die Teilung der Frage? Das ist nicht der Fall. Weitere Wortmeldungen liegen mir darüber hinaus nicht vor. So kann ich die Aussprache schließen und wir treten ein in die Abstimmung. Wir beginnen mit dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/4215. Wir gehen so vor, wie eben miteinander abgestimmt.

Wir stimmen zuerst ab über die Punkte 1 bis 3. Wer diesen Punkten seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das ist Zustimmung von der Fraktion DIE LINKE. Gegenstimmen? Das sind Gegenstimmen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Damit sind die Punkte 1 bis 3 abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu dem Punkt 4 ohne Ziffer II. Darüber stimmen wir danach ab. Wer dem Punkt 4 im Antrag der Fraktion DIE LINKE zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das ist Zustimmung von der Fraktion DIE LINKE und von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich frage nach Gegenstimmen. Gegenstimmen gibt es von der CDU- und der SPD-Fraktion. Stimmenthaltungen? Stimmenthaltungen gibt es von der Fraktion der FDP. Damit ist Punkt 4 auch abgelehnt.

Wir stimmen jetzt abschließend ab über den Punkt II. Wer dem Punkt II zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das ist Zustimmung von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? Das sind Gegenstimmen von der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU. Wer enthält sich der Stimme? Die Fraktion der FDP enthält sich der Stimme. Damit ist der Änderungsantrag von der Fraktion DIE LINKE in Gänze abgelehnt.

Wir stimmen jetzt ab über die Beschlussempfehlung des Innenausschusses in der Drucksache 5/4205 unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Abstimmung des Änderungsantrags in der Drucksache 5/4215. Wer der Beschlussempfehlung unter der Maßgabe zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das ist die Zustimmung von der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU. Wer stimmt dagegen? Die Fraktion DIE LINKE stimmt dagegen. Wer enthält sich der Stimme? Stimmenthaltungen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von der FDP. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Wir stimmen jetzt ab unter Berücksichtigung der Abstimmungen, die wir bisher hatten, über den Gesetzentwurf von den Fraktionen der CDU und SPD in der Drucksache 5/4064. Wer diesem Gesetzentwurf die Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das ist Zustimmung von den Fraktionen von CDU und SPD. Wer lehnt diesen Gesetzentwurf ab? Das sind die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. Wer enthält sich der Stimme? Stimmenthaltungen kommen von der Fraktion der FDP und von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Gesetzentwurf angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer in der Schlussabstimmung dem Gesetzentwurf zustimmt, den bitte ich jetzt, sich von den Plätzen zu erheben. Das ist Zustimmung von der Fraktion der SPD und von der Fraktion der CDU. Wer stimmt gegen den Gesetzentwurf? Das ist die Fraktion DIE LINKE. Wer enthält sich? Enthaltungen gibt es von den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Damit ist dieser Gesetzentwurf angenommen.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt und schließe - wie verabredet - auch die Plenarsitzung. Wir sehen uns wieder morgen früh, 9.00 Uhr. Eine schöne Veranstaltung, einen guten Heimweg und morgen in aller Frische.

Ende: 18.37 Uhr